

Zeitschrift: Thurgauer Beiträge zur Geschichte
Herausgeber: Historischer Verein des Kantons Thurgau
Band: 126 (1989)

Artikel: Die Demokratische Partei des Kantons Thurgau (1889-1932)
Autor: Eckstein, Martin
Kapitel: 3: Ideen und Ziele der Demokratischen Partei des Kantons Thurgau
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-585093>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Dadurch bezweckt und fördert die demokratische Partei den wirtschaftlichen und sozialen Frieden, eine Verständigung in allen Streitfragen, sie hilft mit an der Hebung des Wohlstandes und des Fortkommens jeder Familie, an der Beseitigung von Not und Sorge und unterstützt damit den kulturellen Aufstieg der jetzigen und künftigen Generation.

Unsere Gesetze und ihre Handhabung sollen vor allem dazu dienen, dass das Rechtsempfinden des Volkes gehoben und gestärkt und ein wohlgeordnetes Zusammenleben und -wirken erreicht wird. Sie sollen auch durch wirksame Massnahmen gegen die wachsende Übermacht des Grosskapitals (Monopol der Ringe, Trusts, Syndikate usw.) in der Produktion, im Warenabsatz und in der Preisbildung den Fortbestand der kleinen soliden Existenz in Handel, Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft ermöglichen.

Die demokratische Partei ist bestrebt, auf den vorgezeichneten Gebieten von sich aus, sodann in Verbindung mit andern Parteien, mit beruflichen Verbänden und Wirtschaftsgruppen tätig zu sein. Sie betrachtet das vorstehend skizzierte Programm als Wegweiser für eine fortschrittliche Wirtschafts- und Sozialpolitik und bekundet ihre Arbeitsbereitschaft durch einen kräftigen, unablässigen Willen zur Tat, im Bewusstsein ihrer Pflicht und Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit.

Möge ihren Bestrebungen jederzeit ein schöner Erfolg beschieden sein!

3 Ideen und Ziele der Demokratischen Partei des Kantons Thurgau

Parteiprogramme können uns wohl einen ersten Einblick in Gedankengut und Ziele einer Partei und ihrer führenden Leute geben. Sinn und Zweck eines Programms lassen aber ein abschliessendes Urteil nicht zu. Der Erkenntniswert wird immer relativ sein. Ein Programm soll ja nicht nur die Ideen einer Partei einem weiteren Publikum zur Kenntnis bringen; es soll ebenso sehr Propaganda sein, deren Ziel die Gewinnung einer politischen Basis ist, die ihrerseits der betreffenden Partei die Durchsetzung ihrer Ideen ermöglichen soll. Propaganda bedeutet aber immer auch, Leistungen zu versprechen, die erst später zu erbringen sind. Für den Wähler ist ein Parteiprogramm sehr oft nur ein Wechsel auf die Zukunft. Dies dürfte auch einer der Gründe für die Schwierigkeiten sein, eine neue Partei zu gründen und diese zum politischen Erfolg zu führen.

Ein Programm allein wird uns also nie eine endgültige Bewertung und Einordnung einer Partei erlauben. Die ideellen Komponenten werden immer von anderen Faktoren, die den politischen Erfolg der Partei ermöglichen sollen, begleitet oder überlagert sein. Zeitungen, Zeitschriften und andere Publikationen können diese Lücke z. T. füllen.¹

¹ Besonders viel publizierte Emil Hofmann, Regierungs- und Nationalrat, der wohl bedeutendste Vertreter der Thurgauer Demokraten. Leider geben diese Arbeiten für die Ideengeschichte der Demokraten zu wenig ab. Schrifttumsverzeichnis siehe: Gruner, E., Bv, S. 702 f.

Besonders umfangreich liegt derartiges Material für die Thurgauer Demokraten vor. Im Thurgauer Tagblatt hatten diese während vierzig Jahren ein offizielles Parteiorgan, das täglich erschien. Diese Zeitung war sowohl durch die Besitzverhältnisse wie durch die Person des langjährigen Redaktors Martin Vögelin eng mit der Partei verbunden.² Viele Artikel, die in Form von Korrespondenzbeiträgen oder redaktionellen Berichten oder Kommentaren im Thurgauer Tagblatt erschienen sind, erlauben uns einen guten und teilweise erstaunlich tiefen Einblick in das Ideengut der Thurgauer Demokraten.

Parteiprogramme enthalten Forderungen und Gedanken meistens in eher allgemeiner Form. Dazu sollen sie noch beim Bürger für die Partei werben. Allzu aktuell sind sie oft nicht, da immer das Problem die Forderung bedingt. In der Presse hingegen – hier z.B. im Thurgauer Tagblatt – spiegelt sich dauernd die geistige und politische Auseinandersetzung der Demokraten mit den Problemen der Zeit. In einem Artikel zum Jahreswechsel 1891/92 gibt sich das Thurgauer Tagblatt und sein Redaktor selber diese Aufgabe:

«Was wir wollen und wofür wir alle Kräfte einsetzen, lässt sich in kurzen Worten zusammenfassen:

Wir stehen ein und kämpfen für die Interessen des arbeitenden Volkes, wir halten unentwegt hoch das Banner der Demokratie, nicht weil das jetzt Mode ist, sondern aus Überzeugung. Wir werden auch fernerhin kein Blatt vor den Mund nehmen; unbekümmert ob wir nach oben anstossen oder nicht, werden wir unsere Meinung frei aussagen und uns nicht kümmern um das Geschrei von solchen, die meinen, nur was ihrem Kopf passt, dürfe gesagt und geschrieben werden und die jeden, der es wagt, eine andere Meinung zu haben als sie, nicht bloss mit scheelen Augen ansehen, sondern ihn noch in den Staub, in dem sie sich bewegen, zu ziehen suchen. An solchen Leuten gehen wir mit Verachtung vorüber. Wir achten dagegen jede ehrliche politische Ueberzeugung, wir sind nur Feind jener Speichellecker, die stets die offizielle Politik als die allein seligmachende vertheidigen. Wir verlangen, dass man auch unserer politischen Ansicht, die diejenige von Hunderttausenden von Schweizerbürgern ist, Gerechtigkeit widerfahren lasse. Unser politisches Glaubensbekenntnis findet sich niedergelegt in dem vor ungefähr Jahresfrist aufgestellten Programm der demokratisch-volkswirtschaftlichen Partei. ...

Wir stellen unser Blatt durchaus nicht bloss in den Dienst einer Partei, wir werden jeder guten Idee, komme sie von welcher politischen Partei sie wolle, unsere Unterstützung angedeihen lassen. ...

Wir werden den Kampf nicht scheuen, jedoch bestrebt sein, denselben sachlich zu führen.»³

² Zur Geschichte und den Besitzverhältnissen des Thurgauer Tagblattes siehe oben 1.7.6; zu Martin Vögelin siehe oben 1.7.1, 1.7.2 und 1.7.4.

³ TT 1.1.1892.

Bei der Behandlung der Parteiprogramme sind viele Ergebnisse lückenhaft und oft auch oberflächlich geblieben. Zusammenhänge und Herkunft von Ideen und die wirklichen Ziele von Wünschen und Forderungen sind leider nicht immer erkennbar. Mit Hilfe des Quellenmaterials, das im Thurgauer Tagblatt zu finden ist, kann dieses Gerippe ergänzt und vielleicht sogar ausgefüllt werden. Thematisch soll diese «Ideologie» der Demokraten in drei Problem- und Fragekreisen erarbeitet werden:

- 1. Das Weltbild der Demokraten: Unter «Weltbild» ist hier das Verhältnis der Demokraten zu allgemeinen Problemen ihrer Zeit zu verstehen; Probleme wie Imperialismus, Kolonialismus, Militarismus, Weltkrieg, Friedensbewegungen (Pazifismus, Völkerbund usw.) und die aufkommenden faschistischen und marxistisch-bolschewistischen Diktaturen.
- 2. Der Staat: Hier soll vor allem versucht werden, das Staatsideal der Demokraten herauszuarbeiten. Gefragt wird hauptsächlich nach dem Aufbau des Staates und der Verteilung, Ausübung und Kontrolle der Macht.
- 3. Wirtschafts- und Sozialpolitik: Wie beurteilten die Demokraten die soziale Lage ihrer Zeit? Für welche sozialpolitischen Ideen und Aktivitäten traten sie ein? Wie war ihr Verhältnis zu den verschiedenen wirtschafts-, sozial- und gesellschaftspolitischen Modellen (sozialistische/marxistische, genossenschaftliche und kapitalistische)? Hatten sie eigene Modellvorstellungen oder nicht?

Der Grund dieser Einteilung ist einerseits im vorliegenden Quellenmaterial und andererseits in der Gewichtung und Beurteilung der betreffenden Probleme in den früher besprochenen Parteiprogrammen der Demokraten zu suchen. Als Ergebnis dieser Untersuchung wird kaum eine «Ideologie» der Demokraten vorliegen; eine Ideologie, wie sie z.B. der Marxismus, Liberalismus oder Konservatismus in ihren verschiedenen Erscheinungsformen entwickelt haben. Jede Ideologie wird und muss irgendwann einmal den Anspruch erheben, eine «Wahrheit» gefunden zu haben, welche allein und endgültig die Lösung der Probleme des menschlichen Zusammenlebens in der Gesellschaft gewährleisten könnte. Dazu ist unter dem Titel «Demokratische Weltanschauung» in einem Artikel des Thurgauer Tagblattes zu lesen:

«Kein Sterblicher und keines Sterblichen Weisheit verwaltet und beherrscht das Reich der Wahrheit, weder in der Wissenschaft noch in der Kunst der Politik»⁴

Im gleichen Artikel wird weiter geschrieben, dass jede Zeit neue grosse Probleme habe, die immer wieder neue Lösungsformen verlangen würden. Einmalige und endgültige Lösungen gebe es nicht.⁵

⁴ TT 13.11.1916.

⁵ a.a.O.; dieser Vorwurf richtete sich vor allem gegen den Marxismus und Liberalismus.

Die geistige Auseinandersetzung der Demokraten mit ihrer Zeit war also mehr eine Auseinandersetzung mit einzelnen Problemen und Phänomenen oder genauer mit Fehlentwicklungen der bestehenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung, als mit der bestehenden Ordnung selbst. Dem ist bei der Behandlung des vorliegenden Themas Rechnung zu tragen. Ferner muss beachtet werden, dass in der vierzigjährigen Geschichte der Thurgauer Demokraten nicht alle Ideen Bestand hatten und viele neue laufend in das Gedankengut dieser Partei aufgenommen wurden. Da das Wesentliche und Bleibende behandelt werden soll, sind der Arbeit auch von diesem Gesichtspunkt aus Grenzen gesetzt.

3.1 Das Weltbild im engeren Sinne

In den Zeitabschnitt, in dem die Demokratische Partei des Kantons Thurgau existierte, fiel der Höhepunkt der Machtentfaltung der europäischen Nationalstaaten. Gleichzeitig setzte aber auch der Zerfall ihrer Weltgeltung ein. Ihre gegenseitigen Beziehungen, ihr aussen- und innenpolitisches Grundverhalten – wenn auch nicht in allen Staaten im gleichen Ausmasse – und ihr Verhältnis zur übrigen Welt waren weitgehend vom Imperialismus, Kolonialismus und Militarismus geprägt. Der Erste Weltkrieg war zugleich Höhepunkt und Endpunkt dieser Entwicklung und dieses Systems. Das alte Staatensystem, das scheinbar weiterexistierte, wurde nach dem Kriege durch nichts Neues ersetzt. Der Völkerbund blieb ein Versuch, und die in ihn gesetzten Hoffnungen konnten nicht erfüllt werden. Mit dem Faschismus in Italien und dem Marxismus-Leninismus in Russland wurden der bürgerlich-demokratischen Welt Alternativen entgegengesetzt, die von vielen Betroffenen schon bald einmal nicht mehr als Fortschritt auf eine bessere Zukunft hin verstanden wurden.

Ein parteioffizielles Weltbild der Demokraten gab es nicht. Nur einmal, nämlich im Parteiprogramm von 1917 und im Begleitwort dazu⁶, nahmen sie ausführlich Stellung zu allgemeinen Problemen der internationalen Politik. Das Thurgauer Tagblatt hingegen, setzte sich immer wieder mit diesen Problemen auseinander. Dabei ist allerdings zu beachten, dass das Thurgauer Tagblatt eher eine Lokalzeitung war. Das weltpolitische Geschehen stand üblicherweise nicht im Mittelpunkt der Berichterstattung. In Kommentaren zu besonderen Ereignissen und immer wieder in Artikeln zum Jahreswechsel und anderen Fest- und Feiertagen (Ostern, Pfingsten, 1. August, Bettag usw.) versuchte es aber oft, zu diesen grossen Zeitproblemen Stellung zu nehmen. Meistens waren diese Artikel äusserst kritisch und ablehnend. So wurden z.B. in einem Artikel zur Jahrhundertwende die Kolonialstaaten scharf angegriffen und ihnen das Recht auf Kolonien überhaupt abgesprochen.⁷

⁶ Siehe oben 2.3.1 und 2.5.4.

⁷ TT 30.12.1900.

3.1.1 Imperialismus, Kolonialismus und Militarismus

Die gegenseitige Abhängigkeit von Imperialismus, Kolonialismus und Militarismus sind allgemein bekannt. Einzelne können sie deshalb nur mit Einschränkungen betrachtet werden. Es soll hier gezeigt werden, was die Demokraten und ihre Exponenten in Presse und Politik unter diesen Begriffen verstanden, wie sie sich die Entstehung dieser Phänomene erklärten und welche Gefahren sie in ihnen sahen. Da nur vereinzelte Äusserungen zum Imperialismus zu finden sind, muss das Schwergewicht auf den Kolonialismus und Militarismus gelegt werden.

3.1.1.1 Imperialismus

Im Ersten Weltkrieg sahen die Demokraten das Ergebnis jahrelanger zwischenstaatlicher Beziehungen, deren Grundlage «Gewalt» und «Anarchie» waren.⁸ «Hurrapatriotismus und säbelrasselnder Nationalismus», die in «Chauvinismus, Völkerhochmut und monarchische Eroberungssucht» ausgeartet seien, hatten nach ihrer Meinung die Völker in eine Katastrophe geführt.⁹ Aber nicht erst die Erfahrungen des Krieges verursachten diese Erkenntnis. Unter dem Titel «Machtpolitik und Kultur» befasste sich das Tagblatt in einem Artikel schon 1902 ausführlich mit dem Problem des Imperialismus.¹⁰ Imperialismus wurde in diesem Artikel wie folgt definiert:

«Das heisst mit anderen Worten, sie hat den Imperialismus erzeugt, jene politische Lehre, welche durch die kriegsgerische Eroberung neuer Länderstriche und Vergewaltigung schwächerer Völker neue Ausbeutungsgebiete sichern will und darum die Nationen zur äussersten Anspannung ihrer militärischen Machtmittel treibt».¹¹

Als Beispiele dieser Politik werden der Burenkrieg, die Interventionen der Vereinigten Staaten auf Kuba und in den Philippinen und die Besetzung von Kiautschau durch Deutschland genannt.¹²

Der Imperialismus war für das Tagblatt keine neuartige Erscheinung. Dies unterstreicht der Hinweis auf England, das eine bis ins Zeitalter Elisabeths zurückgehende imperialistische Tradition gehabt habe. Erst die Fortschritte auf dem Gebiet der Naturwissenschaften (wohl nicht nur die der Naturwissenschaften im engeren Sinne, sondern auch der Technologie und des Verkehrs- und Energiewesens) hätten aber den Grossmächten die Mittel in die Hand gegeben, eine imperialistische Politik zu führen, wie sie in der Geschichte ohne Vorbild dastehe.¹³ Den Hauptgrund dieser Erscheinung glaubte das Tagblatt

⁸ Begleitwort zum Parteiprogramm von 1917, S. «10–14».

⁹ a.a.O., S. «15».

¹⁰ TT 11.7.1902.

¹¹ a.a.O.

¹² a.a.O.

¹³ a.a.O.

letzten Endes im Zusammenhang von Imperialismus und sozialer Frage gefunden zu haben und kam zu folgender Erklärung:

«Die ‹Welt- und Kolonialpolitiker› wollen neue Ländereien erschliessen, um den Überschuss an Bevölkerung aufzunehmen und für die Industrie neue Absatzgebiete zu schaffen. ...

Männer wie Chamberlain und Rhodes proklamieren das Recht des Stärkeren und eine rücksichtslose Gewaltpolitik als wirtschaftliche Existenzbedingung ihrer Nation».¹⁴

Diese von wirtschafts- und sozialpolitischen Überlegungen begründete imperialistische Politik war für das Tagblatt schon in ihrem Ansatz falsch. Nach seiner Ansicht war der wirtschaftliche Fortschritt nur durch die Arbeit der eigenen Industrie zu sichern:

«Die schweizerische Industrie verdankt ihre einflussreiche Stellung auf dem Weltmarkt der Qualität und Intensität der Arbeit und nicht ihren Panzerschiffen und Torpedos».¹⁵

Den oft im Zusammenhang mit der kolonialistischen Komponente des Imperialismus vorgebrachten Anspruch der Kolonialmächte auf Verbreitung von Kultur und Zivilisation lehnte das Tagblatt energisch ab. Verbreitet würden nicht Kultur und Zivilisation, sondern nur die Gier und Rohheit der Kolonialmächte. Dies wirke ebenso zerstörend auf die geistigen und sittlichen Kräfte der zu kolonisierenden Völker wie der Völker der Kolonialmächte. Die Konsequenzen hätten die Kolonialmächte in der Zukunft einmal selber zu tragen; nämlich dann, wenn die aus ihren althergebrachten Lebensgewohnheiten herausgerissenen und nur mit den negativen Seiten europäischer Zivilisation in Berührung getretenen unterdrückten Völker sich von den Kolonialmächten lösen und diesen als Konkurrenten entgegentreten würden.¹⁶

Für die Demokraten war der Begriff «Imperialismus» also hauptsächlich von zwei Erscheinungen, nämlich dem Kolonialismus und Militarismus, geprägt. Die imperialistische Politik der betreffenden Staaten führten sie auf das in diesen herrschende politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche System zurück. Ausgehend von moralischen und sachpolitischen Überlegungen¹⁷ sprachen sie imperialistischer Politik jede Rechtfertigung ab.

Wahrscheinlich dem Verständnis und Wissen der Zeit entsprechend befasste sich das Tagblatt mehr mit Fragen des Kolonialismus und Militarismus als mit dem Imperialismus, der sich dem Betrachter eben oft und beispielhaft in den ersten beiden Phänomenen zeigt.

14 a.a.O.

15 a.a.O.

16 a.a.O.

17 Zu diesen sachpolitischen Überlegungen siehe oben Anm. 15 und dazugehöriges Zitat im Text.

3.1.1.2 Kolonialismus

Eine interessante Beobachtung muss gleich vorweggenommen werden. Das Tagblatt hat sich nur im letzten Jahrzehnt vor und in den ersten Jahren nach der Jahrhundertwende mehr oder weniger intensiv mit dem Kolonialismus beschäftigt. Später wurde dieses Thema in der Zeitung kaum mehr aufgegriffen. Eine Erklärung kann im vorliegenden Material nicht gefunden werden. Die allgemeine Tendenz des Tagblattes weist auch nicht auf einen Sinneswandel des Redaktors hin. Andere, den Lesern und der Redaktion wichtiger erscheinende Fragen, wie Abrüstung, Pazifismus, Militarismus, Weltkrieg und Nachkriegsprobleme, müssen wohl das Problem des Kolonialismus in den Hintergrund gedrängt haben.

Zu den ersten Auseinandersetzungen mit dem Kolonialismus kam es im Tagblatt bei der Behandlung von Fragen der Sklaverei, des Sklavenhandels und der Bekämpfung dieser Missstände. Dabei zog das Tagblatt erstaunliche Schlussfolgerungen, die man kaum erwarten würde. So wurde in einem von einer Wiener Zeitung übernommenen Artikel nach den Beweggründen europäischer Antisklaverei-Bewegungen gesucht und diese Bestrebungen aufs schärfste verurteilt:¹⁸

«Sie¹⁹ richtet sich zwar nicht gegen den Sklavenhandel, wohl aber gegen die Sklavenhändler, gegen eine bestimmte Sorte von Sklavenhändlern, die sämtlichen handeltreibenden Nationen Europas ein Dorn im Auge sind, an deren Niederwerfung sie alle ein Interesse haben. Man bekämpft sie nicht, weil sie Sklavenhändler sind, sondern weil sie erfolgreiche Konkurrenten sind und überhaupt den Profit schmälern.»²⁰

Eine nicht viel bessere Note erhielten in diesem Artikel die Kirchen, die sich ja an diesen Antisklaverei-Bewegungen stark beteiligten:

«Wo die mohammedanische Religion in Afrika eindringt, da hört sofort jede Möglichkeit einer Bekehrung der Eingeborenen zum Christenthum auf. Gleichzeitig damit beginnt auch ein bewusster und energischer Widerstand derselben gegen alle Versuche kapitalistischer Ausbeutung.

Es ist ein Malheur für das Christenthum, dass es heute in Afrika nicht auftreten kann, ohne vom Kapitalismus gefolgt zu sein. Wo immer ein christlicher Missionar sich niederlässt, da findet sich auch gleich einer jener zahlreichen Handelsreisenden ein, ... Ihm folgt der Schnaps, mitunter auch die Syphilis, die einheimische Industrie erliegt der Konkurrenz der eingeführten billigen Fabrikate, die Eingeborenen verfallen der Schuldsklaverei, ... die verschuldeten Eingeborenen werden zur Arbeit herangezogen; wenn sie sich wehren, verjagt man sie, konfisziert ihr Land, führt Kontraktsklaven ein,

18 TT 19.2.1889; der Artikel wurde von der Wiener «Gleichheit» übernommen.

19 Nach Ansicht des Tagblattes wurde diese Antisklavereibewegung von Bismarck geschürt.

20 a.a.O., Anm. 18; gemeint sind mohammedanische.

beginnt den Plantagenbau. Dies ist der Gang der kapitalistischen Zivilisation in Ost- und Westafrika, ... Sie bedeutet für die Eingeborenen ihre soziale, moralische und physische Degradation, Aufhebung ihres primitiven Bodenkommunismus, Auflösung ihrer Gentilverfassung, damit Beseitigung jeglichen festen Haltes, Untergang und Proletarisierung.»²¹

Für den Verfasser dieses Artikels waren also die Missionsbestrebungen der christlichen Kirchen nicht nur erfolglos, sondern förderten geradezu Unterdrückung und Zerstörung des schwarzen Afrikaners. Ähnliche Gedanken entdeckt man in einem Bericht über den sogenannten «Lavigerie-Kongress».²² Ausgehend von der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiter, Kleinbauern und -handwerker in Europa –

«Wird er nicht der Sklave einer Macht, die da heisst Konkurrenz und Grosskapital?»²³

– wurde dort die Frage aufgeworfen, wie es sich denn überhaupt vertrage, die Sklaverei in Afrika zu bekämpfen, wenn man gleichzeitig bereit sei, bei sich zu Hause ähnliche Zustände zu tolerieren.

Wie schon am Anfang des oben zitierten Artikels²⁴ zu lesen ist, wurde also nach der Meinung des Tagblattes nicht der Sklavenhandel als solcher, sondern der ihn teilweise tragende Islam bekämpft. Denn dieser allein konnte nach dem Urteil des Verfassers der Ausbreitung sowohl des Christentums wie der kapitalistischen Kolonialwirtschaft im Wege stehen. Der Autor führte seine Gedanken und Schlussfolgerungen aber noch weiter und kam zur Überzeugung, dass sich der Afrikaner, der zum Islam übertrete, viel besser stelle als der, der sich zum Christentum bekehren lasse:

«Der Islam ist eine Religion des Welthandels in seinen Anfängen, wo noch einfache Warenproduktion herrschte, neben und unter der die urwüchsigen Produktionsweisen sich forterhalten. Er ruiniert sie nicht, er erhebt sie; er löst den Gentilverband nicht auf, er macht ihn nur wehrhafter und kraftvoller, indem er ihm die Waffen der Neuzeit in die Hand drückt. Er schützt den Neger vor der Schnapspest, so weit es möglich ist, und er schützt ihn vor der Versklavung. Das Gesetz Mohammeds verbietet nicht bloss den Genuss geistiger Getränke, es verbietet auch, einen Mohammedaner in Sklaverei zu halten. Der Neger, der zum Islam übertritt, wird dadurch geschützt vor der

21 a.a.O.

22 «Lavigerie – Kongress» benannt nach Lavigerie, Charles Martial Allemand; *1825, + 1892, 1867 Erzbischof von Algier, 1882 Kardinal, 1884 zugleich Erzbischof von Karthago. Er gründete 1868 die Kongregation der «Weissen Väter» zur Christianisierung Afrikas, bekämpfte die Sklaverei, trat politisch für die Annäherung der französischen Katholiken an die Republik ein.

23 TT 12.5.1889.

24 TT 19.2.1889; siehe oben Anm. 18.

Sklaverei. Der Neger, der das Christenthum annimmt, entgeht damit keineswegs der Kontrakt- und Lohnsklaverei.»²⁵

In einer ganzen Anzahl weiterer Artikel befasste sich das Tagblatt immer wieder mit dem Kolonialismus.²⁶ Ausgangspunkt und Ziel der Kritik in diesen Artikeln waren meist die Behandlung der Eingeborenen in den Kolonien. Die von den Verfechtern des Kolonialismus vorgebrachten Beweggründe wie Verbreitung von Kultur und Zivilisation, Befriedung kriegerischer Stämme und Völker, Missionierung usw. wurden nie akzeptiert:

«Denn die Greuel der Kolonialpolitik kommen nicht von ungefähr. Sie liegen vielmehr im Wesen derselben begründet. Die Grundlage, auf der sie beruht, ist eine falsche. Nicht um die Verbreitung von Bildung und Gesittung, Wohlstand und Menschlichkeit handelt es sich bei derselben. Der Beweggrund, der zu ihr führt, das Ziel, das ihr vorschwebt, ist viel mehr der materielle Vorteil, die eigene Bereicherung, die Ausbeutung fremder Länder und Völker, mit einem Worte der Profit».²⁷

Ähnlich beurteilte das Tagblatt den Burenkrieg. So nannte es diesen einen «Kolonialkrieg der Spekulanten» (auf die südafrikanischen Goldfelder), und die von den Engländern vorgebrachten Rechtsansprüche hielt es für reine Spiegelfechtereie.²⁸

Neben diesen eher humanitären und moralischen Vorbehalten sind auch noch andere Gründe zu finden, welche die Demokraten und das Tagblatt veranlassten, den Kolonialismus so entschieden abzulehnen und zu verurteilen. Die Kritik richtete sich ja in Wirklichkeit gegen dieselben Wirtschaftskreise und -interessen, von denen sich auch die der demokratischen Partei und dem Tagblatt nahestehenden Bevölkerungsgruppen bedroht fühlten.²⁹ Kolonialwirtschaft wurde in erster Linie von Grossunternehmern aller Art und nicht von Handwerkern, Bauern, Arbeitern und Angestellten geführt. Diese fürchteten sich höchstens vor der Konkurrenz billiger Arbeitskräfte und Produkte aus den Kolonialgebieten. Wenn diese These auch nicht gerade bewiesen werden kann, so weist doch ein Artikel zur Intervention der Vereinigten Staaten auf Kuba und den Philippinen in diese Richtung:

25 a.a.O.

26 Eine Auswahl der wichtigsten Artikel im Thurgauer Tagblatt: 4.5.1889, «Es tagt»; 19.1.1890, «Umschau»; 12./13./14.10.1892, «Nach Sumatra»; 28.7.1896, «Wie es die Weissen in Afrika treiben»; 20.2.1900, «Deutsche Kultur in Afrika»; 28.4.1900, «Unmenschlichkeiten am Congo»; 19.7.1900, «Das Trauerspiel im fernen Osten» (Boxeraufstand); 21.7.1900, «Weiss oder Gelb»; 24.3.1901, «Heuchelei der Grossen».

27 TT 28.4.1900.

28 TT 25.11.1900.

29 Siehe oben 1.3, 2.1, 2.2, 2.3, 2.4 und unten 3.3.

«Den amerikanischen Arbeitern war weisgemacht worden, es sei ihr eigenes Interesse, was die Annexion fremder, noch halbwilder Länder erheische, während sie die Geschäfte der Grosskapitalisten und Spekulanten besorgten.»³⁰

Die Kritik am Kolonialismus beruhte aber nicht nur auf moralischen und humanitären Einwänden und der Angst vor der wirtschaftlichen Konkurrenz. Den Fragen nach dem Rechtsanspruch der Kolonialstaaten auf Kolonien und nach dem wirtschaftlichen Wert und Nutzen dieser Gebiete kam in der Argumentation ebenfalls eine gewisse Bedeutung zu. Wie in anderem Zusammenhang schon mehrmals gesagt wurde, gab es für das Tagblatt keinen, irgendwie begründeten Rechtsanspruch eines Staates irgendein Gebiet dieser Welt zur Kolonie zu machen. Schon sehr früh vertrat es die Meinung, dass diese Gebiete in jeder Beziehung ausschliesslich Eigentum der Eingeborenen seien.³¹ Eine besondere Gelegenheit, um zu diesem Problem Stellung zu nehmen, sah das Tagblatt im Boxeraufstand in China. Der Boxeraufstand war eine besondere Gelegenheit, weil China im Gegensatz zu afrikanischen Kolonialgebieten selbst für europäische oder abendländische Begriffe alle Merkmale eines Staates aufwies und auch von möglicherweise positiven Seiten europäischer Kolonialpolitik (Zivilisation, Kultur usw.) nur wenig hätte profitieren können. Trotzdem geriet China in ein Abhängigkeitsverhältnis, das sich von dem der Kolonien nicht allzu sehr unterschied:

«Dass die Dinge in China diese erschreckende Wendung genommen haben, dass nun so viel kostbares Leben vernichtet wurde, daran tragen die Mächte selber einen grossen Teil der Verantwortung, denn sie haben sich benommen als ob China herrenloses Gut sei. Die Dinge in China weisen die europäischen Völker mit zwingender Gewalt darauf hin, dass es ausser den Weissen noch andere Rassen gibt, die von den Gütern dieser Welt bei einer Aufteilung des Erdballs für sich ein voll gerütteltes Mass verlangen.»³²

Der wirtschaftliche Wert und Nutzen der Kolonialgebiete für ihre Mutterländer war und blieb bis in unsere Zeit ein Streitpunkt zwischen Anhängern und Gegnern des Kolonialismus. Unbestritten ist sicher, dass je nach den sozialen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen in den Mutterländern und in den Kolonien kleinere oder grössere Kreise der Wirtschaft und der Bevölkerung direkt oder indirekt Profit aus den Kolonien ziehen konnten. Wie weit dies aber für die Gesamtheit der Kolonialstaaten und ihre Völker und Volkswirtschaften zutraf, müsste wohl von Fall zu Fall abgeklärt werden. Das Tagblatt selber befasste sich nicht oft mit dieser Seite des Problems. Wie allerdings schon oben

30 TT 24.3.1901.

31 TT 19.1.1890.

32 TT 19.7.1900.

einmal gezeigt wurde,³³ mass es der Förderung der eigenen Wirtschaft mehr Wert bei als einer durch Imperialismus und Kolonialismus getragenen territorialen und wirtschaftlichen Expansionspolitik. Einmal schrieb das Tagblatt sogar, Kolonien seien in Wirklichkeit «wert- und zukunftslos.»³⁴

3.1.1.3 Militarismus

Wie schon in den beiden vorangehenden Kapiteln gezeigt wurde, waren Imperialismus, Kolonialismus und Militarismus für das Tagblatt eigentlich nie oder fast nie selbständige Erscheinungen. Es hat diese Phänomene immer unter Beachtung ihres Zusammenhangs, ihrer gegenseitigen Abhängigkeit und ihres gemeinsamen Ursprungs interpretiert und kritisiert.³⁵

In folgendem Artikel, der teilweise in einem anderen Zusammenhang³⁶ schon einmal zitiert wurde, kommt dieser Gesichtspunkt der Interpretation und Kritik besonders zum Ausdruck:

«Den amerikanischen Arbeitern war weisgemacht worden, es sei ihr eigenes Interesse, was die Annexion fremder, noch halbwilder Länder erheische, während sie die Geschäfte der Grosskapitalisten und Spekulanten besorgten. Vom Kolonialbesitz ist Weltmachtpolitik unzertrennlich, diese braucht aber als Hauptstütze den Militarismus, der nun auch auf das freie Amerika seinen schweren Fuss gesetzt ... Mit der Herrschaft des Militarismus aber geht die Freiheit flöten.»³⁷

Zusammenfassend kann also gesagt werden, dass für das Verständnis des Tagblattes der Militarismus eine Folgeerscheinung von Imperialismus und Kolonialismus war. Gleichzeitig sah es in ihm auch das Werkzeug zur Durchsetzung dieser imperialistischen Politik.

In welchen Erscheinungen oder Auswüchsen im politischen, gesellschaftlichen und militärischen Leben glaubte es nun den Militarismus zu erkennen? Hauptmerkmale des Militarismus waren für das Tagblatt u.a. das Übergreifen militärischer Verhaltensnormen in zivile Bereiche der Gesellschaft, eine Überbewertung des gesellschaftlichen und moralischen Ansehens des Militärischen und die Einflussnahme militärischer Behörden und Kommandostellen auf die allgemeine Politik eines Landes; also eine wohl auch heute mehr oder weniger allgemein anerkannte Definition des Militarismus.

Besonders angegriffen wurde das Ansehen, das der «Mann in Uniform» und vor allem der «Mann in Offiziersuniform» auch ausserhalb des von seiner Funktion und seinem Rang bedingten Wirkungskreises genoss. Dies haupt-

33 TT 11.7.1902 und oben Anm. 15.

34 TT 20.2.1900, «Deutsche Kultur in Afrika». Das Tagblatt meinte in diesem Artikel, Kolonien seien volkswirtschaftlich ohne Wert, d. h. sie seien für die Mutterländer Zuschussgebiete.

35 Siehe unten 3.1.1.4.

36 TT 24.3.1901 und oben Anm. 30.

37 a.a.O.

sächlich wegen der geistigen Haltung, die das Tagblatt hinter dieser scheinbaren Formalität zu sehen glaubte, wie ein Kommentar zu einem Erlass Wilhelms II., der für höhere Staatsbeamte bei offiziellen Anlässen das Tragen von Uniformen anordnete, zeigt:

«Zuletzt haben im deutschen Reich nur noch Uniformierte ein Recht überhaupt zu leben. Vielleicht bekommen dann Strassenkehrer und Arbeiter Sklavenmonturen und Finanzminister Lieutenantsuniformen, so dass der eigentliche Mensch unter den Bürgerlichen erst mit dem Minister beginnt.»³⁸

Aber auch die Schweiz war nach der Meinung des Tagblattes nicht frei von diesen Erscheinungen. So wurde immer wieder das «Gigerltum»³⁹ gewisser Offiziere und die Preussenverehrerei⁴⁰ höherer Offiziere verurteilt. Auf ähnliche Überlegungen dürfte die Ablehnung des am 4. Oktober 1896 zur Volkabstimmung gelangten Bundesgesetzes betreffend die Disziplinarordnung für die eidgenössische Armee durch die Thurgauer Demokraten zurückzuführen sein:

«Auf Grund des Artikels 30 der neuen Disziplinarordnung könnte aber in Zukunft gegen jeden Angehörigen der Armee eingeschritten werden, der im Zivilverhältnis sich Äusserungen erlauben würde, in welchen ein militärisch-diktatorisch veranlagtes Gemüt einen <Ordnungsfehler> erblickte. Man sage nicht, dieser Fall werde nie eintreten; der nun glücklich gegangene Säbelrassler Wille hat letztes Jahr verlangt, das Oberst Bircher wegen seiner an einer Volksversammlung gesprochenen freien Worte vor ein Disziplinargericht gestellt werde. Bei der Annahme des neuen Gesetzes könnten sich leicht solche Fälle mehren, weil dann eine gesetzliche Handhabe geboten wäre. Es muss eine klare Grenze gezogen werden zwischen Militär und Zivil, und nun will plötzlich die neue Disziplinarordnung auf einmal die militärische Strafgewalt sich auch auf das bürgerliche Leben ausdehnen lassen! Das lassen wir uns nicht gefallen und verwerfen schon aus diesem Grunde das Gesetz.»⁴¹

Ähnliche Überlegungen veranlassten 1906 den Thurgauer Demokraten Emil Hofmann im Nationalrat, anlässlich der Beratung eines neuen Bundesgesetzes betreffend die Militärorganisation, sich für die Besetzung hoher Kommandostellen der Armee durch Berufsoffiziere einzusetzen (Berufsdivisionäre); dies in der Absicht, die «politisierenden Obersten» an die Zügel zu legen und die Politik auch personell vom Militär zu trennen.⁴²

Ein besonderer Anlass zur Auseinandersetzung mit dem Militarismus schweizerischer Prägung bot sich dem Tagblatt bei der Behandlung der so-

38 TT 31.3.1889.

39 TT 12.7.1906; gemeint sind damit Modegecken in nicht ordonnanzgemässen Uniformen.

40 TT 20.11.1895 und eine ganze Anzahl weiterer Artikel in der zweiten Hälfte des Monats März 1896. Angegriffen wurden vor allem Wille und Gertsch.

41 TT 4.10.1896.

42 TT 21./22.12.1906; das ganze Votum wurde am 18./19.1. 1907 abgedruckt.

nannten «Meuterei an der Flüela».⁴³ Der unter dem Titel «Kadavergehorsam» publizierte Artikel war eine einzige Abrechnung mit der «Schule Wille» und mit Wille selber. Diesem wurde rundweg das Recht abgesprochen, überhaupt zu dieser Meuterei Stellung zu nehmen, da er sich in Vergangenheit und Gegenwart selber so viele Disziplinlosigkeiten geleistet habe, dass er gar nicht qualifiziert sei, «an andere den höchsten Massstab punkto Disziplin anzulegen».⁴⁴ Darüber hinaus wurden Wille bei dieser Gelegenheit, sicher teilweise zu Unrecht, noch einiges mehr an Unredlichkeiten unterschoben:

«Eine Disziplin nach preussischem Muster wäre ein Unglück für die schweizerische Armee, auch ohne Kadavergehorsam wird diese im Ernstfalle ihre Pflicht bis zum letzten Blutstropfen tun. Aus dem schweizerischen Volksheer lässt das Schweizer Volk keine Prätorianertruppe schaffen, die sich zu allem möglichen missbrauchen liesse, sogar unter Umständen aufs eigene Volk zu schießen.»⁴⁵

Diese Kritik, in der die Meuterei wohl mehr Vorwand zur allgemeinen Abrechnung mit gewissen Tendenzen in Armee und Staat war, spiegelt aber nicht die Meinung der gesamten Demokratischen Partei, sondern eher die extremer Exponenten. Zumindest weist die Stellungnahme von Nationalrat Emil Hofmann in diese Richtung. Dieser ging in seiner Interpellationsbegründung am 7. Oktober des gleichen Jahres im Nationalrat nicht nur mit den «schriftstelernden Offizieren» und ihren «Schreibereien», dem Brigadekommandanten und dessen «Soldatenschindereien», sondern ebenso sehr mit der Disziplinlosigkeit der Bündnertruppen scharf ins Gericht.⁴⁶ Diese im ganzen sachliche Kritik von Hofmann weist uns darauf hin, dass in Bezug auf das Problem «Militarismus in der Schweiz» bei den Thurgauer Demokraten kein allzu grosser Konsens der Meinungen bestanden haben kann.⁴⁷

Im übertragenen Sinn darf das Militarismusbild der Thurgauer Demokraten sicher als «klassisch» bezeichnet werden, wobei ein Teil der Überlegungen und Schlussfolgerungen zweifellos «sozialistischem» Gedankengut entnommen wurden. Auf diese Herkunft weist u.a. auch die Analyse des Ersten Weltkriegs im Begleitwort zum Programm der Demokratischen Partei der Schweiz von 1917 hin.⁴⁸ Andere Argumente zeigen dann wieder eher einen christlichen Ein-

43 Während einer Manöverkritik waren Bündner Truppen entgegen dem erhaltenen Befehl wegen der schlechten Witterung ins Tal marschiert. Die wenigen anwesenden Offiziere waren nicht in der Lage, sich durchzusetzen und dies zu verhindern.

44 TT 25.9.1913; zu Willes Artikel in NZZ 23.9.1913 und seinem Rapport an den Bundesrat: Schuhmacher, E., Ulrich Wille, S. 395 f.

45 TT 25.9.1913.

46 TT 8.10.1913.

47 Vgl. dazu Anm. 51 und dazugehöriges Zitat im Text.

48 Begleitwort, S. «10–18».

fluss. So wurde etwa das römische Sprichwort «Qui (!) vis pacem, para bellum» als heidnisches Sprüchlein abgelehnt und dessen Umkehrung verlangt:

«Der Menschheit Losung muss werden: <Qui (!) vis pacem, para pacem>»⁴⁹

Wieweit ging nun der «sozialistische» Einfluss bei den Demokraten? Die Antwort gibt uns das Tagblatt in einem Bericht über einen antimilitaristischen Kongress welscher Arbeiterverbände selber. Sein Kommentator schrieb dazu, dass Auswüchse wie Soldatenschindereien, «Gigerltum» usw. zu bekämpfen seien, wer aber gegen das Militär (in der Schweiz) als solches sei, werde in Wirklichkeit zum «unbewussten Handlanger der Reaktion».⁵⁰

Die Kritik der Demokraten am Militarismus – dies gilt weitgehend auch für die Kritik am Imperialismus und Kolonialismus – richtete sich also zuerst einmal gegen Auswüchse, während Sozialisten und Marxisten immer auch eine Kritik am bestehenden wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen System miteinschlossen.

Mussten also die Letzteren getreu ihrer Überzeugung jede Armee (zumindest jede bürgerliche Armee) ablehnen, so kann man bei den Demokraten schon sehr früh das Argument vom «notwendigen Übel» finden, das allein das Bestehen einer Armee rechtfertige. So musste sich das Tagblatt, selbst bei allem menschlichen Verständnis, gegen die Militärdienstverweigerung wenden:

««Naine» (ein Verweigerer) ist also ein Opfer seiner politischen Überzeugung. Immerhin ist es gut, wenn der Mann keinen Nachfolger findet. Die Auswüchse des Militarismus zu bekämpfen ist das gute Recht aller freiheitlich Gesinnten, an den Grundlagen unseres Heerwesens rütteln zu wollen ist eine Torheit und ein Verbrechen. Die Schweiz bedarf zur Behauptung ihrer Unabhängigkeit, solange die uns umgebenden Mächte in Waffen starren, einer tüchtigen Miliz.»⁵¹

Im Zusammenhang mit der Frage nach dem Recht auf eine Armee wirft sich immer auch die Frage nach dem gerechten Krieg auf. Ein Marxist (als Beispiel) wird in Wirklichkeit nur den Krieg zur Befreiung des Proletariats billigen; für den nationalen Krieg wird er nur in Ausnahmefällen eintreten und versuchen, diesen als Teil eines klassenkämpferischen Krieges zu interpretieren. Die Demokraten sahen dagegen im Verteidigungskrieg den einzig legitimen und gerechten Krieg. So schreibt das Tagblatt unter dem Titel «Der Tod fürs Vaterland» zum Burenkrieg:

«Nur den Verteidigungskrieg, den Kampf um die Freiheit und die Unabhängigkeit billigt die heutige zivilisierte Menschheit noch, das ist der heilige

49 a.a.O. Richtig heisst das Sprichwort übrigens «Si vis...» und nicht «Qui vis...».

50 TT 12.7.1906.

51 TT 12.9.1903.

Krieg, aber zum verdammenwürdigen Morde wird er, wenn Neid, Habsucht, Ruhm- und Ehrsucht seine Triebfedern, seine Ursache sind, der Mensch Jagd macht auf seinen Nebenmenschen ... wir bedauern den armen Söldner, der in Englands Heere dient, ... Arme Schotten, brave Iren, ihr weiht einer unwürdigen Sache euer Leben.»⁵²

Selbst in der grössten Abrüstungs- und Friedenseuphorie nach dem Ersten Weltkrieg, von der auch die Demokraten geblendet wurden, und in der sie sich stark für die Herabsetzung der Militärausgaben und die allgemeine Abrüstung einsetzten, blieben sie in Wirklichkeit ihrer Grundhaltung treu.⁵³ So zog das Tagblatt am Schluss einer Artikelserie zur Abrüstungsfrage daraus folgende Konsequenzen für die schweizerische Politik:

«Den Antimilitarismus der schweizerischen Linksparteien, wie er sich seit 1916 auswirkt, der sich gegen alles, was Armee hiess, richtete und die Wehrmänner systematisch zur Gehorsamsverweigerung verleiten wollte, haben wir immer als eine verfehlte Methode betrachtet, und auch heute noch, womit der Friedensgedanke nicht gefördert wird, wie es auch verfehlt ist, wenn man gegen Staat und Staatsordnung demonstrieren will...

Hier geht der Trennungsstrich zwischen den politischen Antimilitaristen der kommunistischen Partei und denjenigen, die für eine zeitgemässe Abrüstung und überzeugte Friedenspolitik eintreten und für die Wahrung demokratischer Grundsätze auch in der Armee.»⁵⁴

Die Demokraten sahen im Militarismus aber nicht nur eine Gefahr für das friedliche Zusammenleben der Völker, sondern ebenso eine Gefahr für den Frieden und Fortschritt im Innern der Staaten. Ausgehend vom oben Dargelegten kann gesagt werden, dass für die Demokraten die meisten Kriege (d.h. die «imperialistischen» oder «militaristischen», beziehungsweise «ungerechten» Kriege) zugunsten wirtschaftlicher Interessen geführt wurden. In ihren Überlegungen gingen sie aber noch weiter und kamen zur Überzeugung, dass hingegen die Lasten des Krieges nur von den wirtschaftlich nicht direkt Interessierten, dem kleinen Volk, getragen werden müssten:

«Es geht bei diesem Kriege also wie bei allen anderen: sowohl die Blutsteuer wie die Geldsteuer wird im Wesentlichen dem Volke, den kleinen Leuten aufgebürdet.»⁵⁵

Einerseits wurde also im Tagblatt die These vertreten, dass militaristische Politik und in ihrer Konsequenz Kriege meistens um wirtschaftlicher Interessen willen geführt würden; andererseits kam es in einem Artikel zum russisch-japa-

52 TT 30.3.1900.

53 Begleitwort, S. «10–18»; TT 8.2.1922; 17.7.1922; 13.11.1926 und 17./18./19.7.1928.

54 TT 17./18./19.7.1928; das Zitat selber stammt aus der Ausgabe von 19.7.

55 TT 6.4.1900, Artikel zum Burenkrieg.

nischen Krieg zur Schlussfolgerung, dass gerade diese Politik letzten Endes auch ihren Urhebern gefährlich werden könnte:

«Der heutige Kapitalismus ist auf den Militarismus zugespitzt, aber die Konsequenz des Militarismus, der Krieg, droht vor allem den kapitalistischen Interessen.»⁵⁶

Nachdem die Stellung des Tagblattes und der Demokraten zum Militarismus nun von verschiedenen Seiten her beleuchtet worden ist, sollte auf das schon am Anfang angeschnittene Problem des Verhältnisses von Militarismus zu Idealen wie Demokratie und Freiheit zurückgekommen werden. Der Militarismus (dies gilt in gleicher Weise auch für den Imperialismus und Kolonialismus) war für das Tagblatt und die Demokraten nur in seiner Konsequenz ein Problem zwischenstaatlicher Beziehungen. Die Ursache glaubten sie aber in gestörten wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen innerhalb der einzelnen Staaten gefunden zu haben. Diese Fehlentwicklungen verursachten und förderten nach ihrer Meinung also bestimmte Tendenzen in der internationalen Politik. Gleichzeitig war für sie der Militarismus eine der grössten Gefahren für den demokratischen Staat. Dazu aus einem Artikel zu einem der Revisionsprozesse in der Dreyfuss-Affäre:

«Die Affäre Dreyfuss zeigt so recht, dass zwischen der demokratischen Republik und dem Militarismus ein unüberbrückbarer Gegensatz besteht.»⁵⁷

3.1.1.4 Zusammenfassung

Obwohl die Thurgauer Demokraten (und mit ihnen die Schweizer Demokraten) nie mehr als eine regionale Bedeutung⁵⁸ erlangten, befassten sie sich immer wieder mit Problemen, die weit über den Rahmen tages-, sach- und lokalpolitischer Fragen hinausgingen. Dieser Versuch, das Alltägliche hinter sich zu lassen, sich allgemeinen Problemen der Menschheit zu stellen und diese zu ergründen, muss festgehalten werden. Dies ist für eine kleine Partei, die dazu nur in einem kleinen Teil eines ebenfalls kleinen Landes eine gewisse Bedeutung erlangte, aber trotz ihres bescheidenen Spielraumes versuchte, neben den grossen politisch-ideologischen Strömungen der Zeit (Liberalismus, Konservatismus und Sozialismus) eine eigenständige Position einzunehmen, sicher bemerkenswert.

Hier kann bereits eine erste ideologische Abgrenzung dieser Position vorgenommen werden. Die Demokraten müssen generell irgendwo im Grenzbereich von Liberalismus und Sozialismus eingeordnet werden. In den Gründungs- und Anfangsjahren der Partei scheint «sozialistisches» Gedankengut überwogen zu haben. So ist doch anfänglich die Auseinandersetzung mit dem Imperialismus,

⁵⁶ TT 19.2.1904.

⁵⁷ TT 8.6.1899.

⁵⁸ In der Ostschweiz.

Kolonialismus und Militarismus immer auch eine recht deutliche Kritik am bestehenden und weitgehend liberalen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen System. Gegen Ende des Ersten Weltkrieges tritt dann noch einmal diese ursprüngliche Tendenz in den Vordergrund,⁵⁹ um dann aber in den Nachkriegsjahren um so deutlicher verdrängt zu werden. Einerseits dürfte dies auf das Aufkommen der Sozialdemokratie zurückzuführen sein, die sich gerade in diesen Jahren als einzige Arbeiterpartei (neben den Kommunisten) durchzusetzen vermochte und damit den Demokraten mit Erfolg einen Teil ihrer Position – ideologisch und in der Wählerschaft – streitig machen konnte. Andererseits dürfte auch die Revolution in Russland und das Verhältnis der schweizerischen Sozialdemokratie zu Sowjetrussland nicht ohne Einfluss auf die Demokraten geblieben sein.

3.1.2 Der Erste Weltkrieg

Der Ausbruch des Krieges, besonders der Zeitpunkt des Ausbruches, kam für die Demokraten und ihre Zeitung, wie für die meisten ihrer Zeitgenossen, überraschend. Allerdings vertrat das Tagblatt bereits in einem Kommentar zum Mord von Sarajewo die Meinung, dass dieses Attentat⁶⁰ eine reale Kriegsgefahr für den Balkan und ganz Europa bedeute. Der Kriegsausbruch selber wirkte dann aber doch wie ein Schock.⁶¹ Die Berichterstattung erfolgte in den ersten Monaten bis in den Dezember 1914 hinein nahezu kommentarlos. Eine erste Gelegenheit zur Stellungnahme bot sich den Demokraten am kantonalen Parteitag vom 18. Oktober 1914.⁶² In der Eröffnungsrede ging der Parteipräsident (Vögelin) aber nur kurz auf den Krieg selber ein. Haupttraktandum waren die durch den Krieg bedingten Wirtschaftsprobleme der Schweiz.⁶³ Eigentlich erst mit einem Kommentar zur bekannten «Spittelerrede» begann eine wirkliche Auseinandersetzung mit dem Kriege.⁶⁴ Die Antwort auf die Fragen nach Ursache, Schuld und Folgen dieser Katastrophe konnte nur in einer ganz bestimmten Richtung ausfallen. Für die Demokraten war dieser Krieg die tragische, aber logische Konsequenz der Maximen internationaler Politik und der innerstaatlichen Zustände der vorangegangenen Jahrzehnte.⁶⁵ In einer ganzen Anzahl von Artikeln und Publikationen wurde diese These zur Grundlage aller Überlegungen und Schlussfolgerungen.⁶⁶

59 Begleitwort.

60 TT 2.7.1914.

61 TT 3.8.1914.

62 TT 19.10.1914.

63 a.a.O. An diesem Parteitag herrschte noch allgemein die Meinung, der Krieg werde nicht allzu lange dauern. Deshalb glaubte man auch, dies seien alles nur kurzfristige Probleme.

64 TT 18.12.1914.

65 Siehe oben 3.1.1.1 bis 3.1.1.4.

66 TT 28.6.1915, «Zum Jahrestag von Sarajevo»; 12.9.1916, «Spiel mit dem Feuer»; 5.2.1917, (Zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den U.S.A. und Deutschland); Begleitwort, S. «10–18».

Der Krieg selber nahm für die Demokraten die Ausmasse einer alles mit sich in den Abgrund reissenden «Kulturkatastrophe» an. Noch Jahre nach Kriegsende nannte das Tagblatt ihn ein «geistiges und moralisches Debakel der ganzen Zivilisation.»⁶⁷

«Aber alle diese riesenhaften Opfer, welche die Völker seit bald Jahresfrist bringen, sind in den Dienst der Zerstörung gestellt. Sie werfen Europa um ein Jahrhundert zurück und mühsam muss nach dem Krieg wieder Stück für Stück aufgebaut werden, was dank einer raffinierten Technik in kurzen Augenblicken niedergerissen wurde. Wenn man zurückdenkt an die Zeit vor dem Krieg, wo Geld für kulturelle, für humanitäre Zwecke kaum flüssig gemacht werden konnte und dem die Tatsache gegenüberstellt, dass heute von den Parlamenten der kriegsführenden Staaten ohne Wimpernzucken Milliarden für den Moloch bewilligt werden, der seine Kinder verschlingt, krampft sich einem das Herz im Leibe zusammen ... Die heutige Generation weiss es nun, welch furchbar wütend Schrecknis der Krieg ist. Die Blüte der männlichen Jugend, die hingesunken wie Kräuter im Maien, die zerstörten Städte und Dörfer, die zerstampften Fluren, die Menge Krüppel, die ein grauenhaftes langes Leben des Siechtums vor sich haben, die gramerfüllten Witwen, denen der Krieg ihr Liebstes nahm, die Waisen, die unbehütet von Vaterliebe aufwachsen müssen, sie alle sind die beklagenswerten Opfer menschlichen Wahnsinns, der in diesem Krieg wahre Orgien feiert, wie in keinem je zuvor. Sie wollen gute Christen sein, alle die Kriegshetzer und Urheber des grauenhaften Mordens, ... Möchten wenigstens die wenigen Staaten Europas, die vom Hexentanz noch nicht ergriffen sind, nicht in diesen hineingerissen werden. Möchte unter dieses blutigste Kapitel der Weltgeschichte bald der Schlusspunkt gesetzt werden können und die Menschheit befreit sein von dem schrecklichen Alp, der ihr seit Monden den Atem raubt.»⁶⁸

Nichts ist in diesem Artikel übriggeblieben von der nüchternen, kalten und gefühllosen Kriegsberichterstattung der ersten Kriegsmonate. Das hohle Pathos, das die Presse der Kriegsstaaten auszeichnete, und das leere Gerede über den «Segen des Krieges»,⁶⁹ die beide hin und wieder sogar in schweizerischen Köpfen herumspukten⁷⁰, waren im Tagblatt sowieso nie zu finden. Dabei sahen die Demokraten nicht nur die wirtschaftlichen Folgen des Krieges und das Leid der betroffenen Menschen; für sie war dieser Krieg eine «Weltkatastrophe»,⁷¹ die das ganze Fundament der abendländischen Welt bedrohte.

67 TT 19.7.1928.

68 TT 28.6.1915.

69 a.a.O.

70 TT 12.9.1916, «Spiel mit dem Feuer»; dieser Artikel wurde von Pfarrer Etter in Rorschach verfasst und erschien zuerst im «Religiösen Volksblatt».

71 Begleitwort, S. «11».

«Die blutigste Krisis, in der seit dreieinhalb Jahren die Völker Europas sich befinden, geht unaufhaltsam weiter. Bereits steht die Welt im vierten Kriegswinter. Und immer noch rast die Kriegsfurie wie ein ehernes Schicksal durch Europas schönste Landstriche. Und furchtbar sind die Folgen des blutigen Ringens. Das grausame Sterben und Verderben der Jünglings- und Manneskraft, ein wahnsinnig-brutales Zerstören alles dessen, was die Menschheit zum Leben braucht, der wirtschaftliche Druck, der bald auf Neutralen wie Kriegsführenden in gleicher Weise lastet, verbunden mit schamlosem Kriegswucher, und im geistigen Leben eine Verwüstung und Verdrehung alles dessen, was sonst rechten Menschen als wahr, gross und gut gegolten hat. Europas Staatsgebäude kracht in allen Fugen. Throne wanken und Königskronen sind bereits in den Staub gerollt».⁷²

Es wäre falsch hier den Eindruck erwecken zu wollen, die Demokraten seien in der Verurteilung des Krieges so etwas wie ein Einzelfall gewesen. Bemerkenswert ist aber die Intensität und Ehrlichkeit, mit der sie ihre Überzeugung vortrugen.

Die Abscheu (der Demokraten) vor dem Krieg war und ist eine Sache des Gefühls und Glaubens oder der Moral und Ethik und nicht eine des Wissens und Erkennens. Die Diskussion um die Kriegsschuldfrage war hingegen ganz anderer Natur. Die meisten Vorgänge und Verwicklungen, die dann wirklich den Krieg verursachten, waren dem Zeitgenossen ganz oder teilweise unbekannt. Wollte er zur Schuldfrage Stellung nehmen, so musste er entweder den vordergründigen Propagandaargumenten der Kriegsführenden, Sympathien oder seiner allgemeinen Einstellung zum Krieg folgen. Die Demokraten zeigten am Anfang des Krieges gewisse Sympathien für Deutschland, was wahrscheinlich auf die besonders akzentuierte Antipathie gegen Russland zurückzuführen ist.⁷³ Spätestens mit der Erklärung des unbegrenzten U-Boot-Krieges⁷⁴ verschwinden aber die letzten Sympathien für Deutschland.⁷⁵ Gerade in einem Satz wie diesem –

«Deutschland fühlt sich offenbar so stark, dass es die ganze Welt in Schranken fordern kann.»⁷⁶

– kam bereits die Kritik am «Völkerhochmut» zum Ausdruck, die dann noch im gleichen Jahr im Begleitwort zum neuen Programm der Demokratischen Partei der Schweiz zu finden war und dort als eine der kriegsverschuldenden

⁷² a.a.O., S. «10».

⁷³ TT 3.8. und 18.12.1914. Ähnliches ist schon sehr früh zu beobachten. So z. B. in: TT 29./30./31.12.1891; TT 1.1.1892; hier wurden die Dreibundstaaten als friedliebend und die sich abzeichnende russisch-französische Allianz als besonders kriegerisch dargestellt.

⁷⁴ 1.2.1917

⁷⁵ TT 5.2.1917.

⁷⁶ a.a.O.

Verhaltensnormen verurteilt wurde.⁷⁷ Gegen Ende des Krieges vertrat dann das Tagblatt immer mehr die Meinung, Deutschland und Österreich-Ungarn hätten ein grösseres Mass an Verantwortung und Schuld zu tragen als die anderen Staaten.⁷⁸

Für die Demokraten hatte aber diese Art der Betrachtung, Beurteilung und Verurteilung, d.h. die Frage nach dem Mass der Schuld der einzelnen Staaten, keine allzu grosse Bedeutung. Wie schon einmal dargelegt wurde,⁷⁹ glaubten sie die Ursachen eines Krieges eher im gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Bereich suchen zu müssen. Dieser Krieg war für sie eine direkte Folge des Imperialismus, der die gesamte Politik ihrer Zeit geprägt hatte.⁸⁰ Rückblickend auf den Krieg schrieb das Tagblatt 1928 in einem Artikel zur Abrüstung zur Kriegsschuldfrage:

«Gewiss gibt es auch bei uns prinzipielle Gegner der Abrüstung, wobei wir von denjenigen Kreisen absehen wollen, die sich von geschäftlichen Interessen leiten lassen. In den Grossstaaten waren diese die Hauptschuldigen am Kriege.»⁸¹

Den Regierungen sei es nur möglich gewesen, den Krieg zu erklären und durchzuhalten, weil sie in der Aussen- und Militärpolitik keiner demokratischen Kontrolle durch Volk und Parlament unterworfen gewesen seien.⁸² In dieser Behauptung fanden dann die Demokraten auch den Ansatzpunkt zu ihrer These über die Möglichkeiten der Kriegsverhinderung und der Friedenssicherung.

3.1.3 Frieden, Friedensbewegungen und Völkerbund

In der Auseinandersetzung der Demokraten mit dem Problem «Frieden»⁸³ sind zwei Tendenzen zu erkennen. Auf der einen Seite führten sie, wie am Ende des vorangehenden Kapitels gezeigt wurde, die Friedensgefährdung und den Krieg auf Fehler oder Fehlentwicklungen in der bestehenden wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Ordnung zurück. Daneben betrachteten sie dieses Problem immer auch unter dem Gesichtspunkt idealistischer oder humanitärer Forderungen im Sinne eines Henri Dunant oder einer Bertha von

77 Begleitwort, S. «13 und 15».

78 Dieser Meinungsumschwung im Tagblatt lässt sich kaum mit einzelnen Zitaten belegen. Man kann aber sagen, dass sich die Sympathien im Februar 1917 (U-Boot-Krieg) endgültig auf die Entente-Mächte verlagert haben.

79 Siehe oben 3.1.1.1 bis 3.1.1.4.

80 Begleitwort, S. «10»; TT 24./27.8.1918, «Ideen und Interessen des Krieges»; dieser Artikel wurde kommentarlos von der «Wiener Arbeiterzeitung» übernommen.

81 TT 19.7.1928.

82 Begleitwort, S. «18».

83 «Frieden» soll hier als Problem im umfassendsten Sinne verstanden werden.

Suttner. Das Verhältnis der Menschheit zum Frieden war für sie eine Art Lernprozess.

«Den grossen Erfolg haben jedenfalls die Friedenskongresse, dass die Sympathie der Völker für den Weltfrieden immer mehr gewonnen wird; dass immer mehr der Krieg als ein ungeheures Elend empfunden und als ein Verbrechen verabscheut wird, das zu begehen Jeden ein tiefes Grauen anwandeln muss.»⁸⁴

«Wer hätte vor der kurzen Zeit von 200 Jahren an eine Aufhebung des Sklavenhandel, an eine religiöse und persönliche Freiheit, an eine allgemeine Volksbildung gedacht! Nun wie ists heute? Sklaverei, religiöse und politische Knechtschaft sind verpönt – nun möge doch bald der Massenmord Krieg als allgemeines Verbrechen angesehen werden. Nur den Glauben an eine Macht der Wahrheit nicht verlieren und vorwärts gerungen dem hehren Ziele zu. Wer für die Ideale eines Völkerfriedens arbeitet, der lebt sein Leben würdig – er lebt der Menschheit.»⁸⁵

Tagblatt und Demokratische Partei fühlten sich deshalb eng mit allen Vereinigungen und Personen verbunden, die für diese Bestrebungen kämpften. So schrieb der Verfasser eines Artikels zum Friedenskongress in Bern, er sei «befremdet und unangenehm berührt», weil das Konkurrenzblatt (Thurgauer Zeitung) seinerseits ziemlich skeptisch zu diesem Kongress Stellung bezogen hatte. Für ihn war dieser nicht «lächerlich», und in den Teilnehmern sah er keine «Idealisten», die «dem Regenbogen nachjagen», sondern «Idealisten im wahrsten und schönsten Sinne des Wortes» und Menschen, die von einer «aus tiefstem Herzen emporflammenden Begeisterung für das Ideal des Weltfriedens von Innen heraus durchglüht» seien.⁸⁶ Heute mag diese Bewunderung inhaltlich wie stilistisch naiv und vielleicht sogar lächerlich klingen. Damals, als nach der Meinung des Tagblattes in der Öffentlichkeit «Soldatentugend und -ehre» mehr zählten als «Bürgertugend und -ehre»,⁸⁷ entsprach sie aber sicher der ehrlichen Überzeugung des Verfassers und seiner Leser. Dies bestätigt auch ein Artikel zum 60. Geburtstag von Bertha von Suttner:

«Man mag in ihren Schriften vieles als tendenziöse Übertreibung bezeichnen, in Wahrheit wird man doch zugeben müssen, dass sie um ein edles Ideal ringt, dass sie mit Recht dem Krebsübel des Militarismus enggetreten will und dass ihr Name verdient, mit den besten genannt zu werden.»⁸⁸

84 TT 4.9.1892; Kommentar zum Friedenskongress in Bern.

85 TT 29.9.1898

86 TT 4.9.1892.

87 TT 29.9.1898.

88 TT 26.6.1903.

Ob und wie weit sich Thurgauer Demokraten vor dem Ersten Weltkrieg persönlich an irgendeiner Friedensbewegung beteiligten, lässt sich an Hand des vorliegenden Materials nicht feststellen. Im Tagblatt kamen aber diese, direkt oder indirekt, immer wieder zu Wort. So druckte es etwa den Aufruf des Friedensvereins Konstanz zur 25-Jahr-Feier des Frankfurter Friedens, den Pfarrer Pflüger aus Dussnang verfasst hatte, ab. Pflüger schrieb u.a. in diesem Artikel:

«... der Krieg ist eine schreckliche Krankheit, der Militarismus ein zehrendes Siechtum, der Frieden allein Bürgschaft der Gesundheit! Die Zukunft gehört dem Weltfrieden. Dem Recht die Bahn! Die Waffen nieder!»⁸⁹

Solche Artikel druckt eine Zeitung üblicherweise nur ab, wenn sie sich mit ihnen wenigstens teilweise identifizieren kann. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Demokraten diese Friedensbemühungen unterstützten und dass ihr Publikationsorgan diesen immer offen stand.

Das Tagblatt und die Demokraten selber sahen die erfolgversprechendsten Friedensbestrebungen auf folgenden Ebenen:

- Schiedsgerichte zur Lösung internationaler Streitigkeiten
- Abrüstung und damit Herabsetzung der Rüstungsausgaben zugunsten sozialer Aufgaben.

Mit der zweiten Forderung glaubte man, kurzfristig die Kriegsgefahr und langfristig, durch den wachsenden Wohlstand der Völker, deren Interesse an einem Krieg verringern zu können.⁹⁰

Nach dem Ersten Weltkrieg richtete sich das Interesse der Demokraten hauptsächlich auf den Völkerbund und die Abrüstungsbemühungen. Ihre Vorstellungen und Forderungen zum Problem an sich änderten sich kaum. In Anlehnung an die im Begleitwort zum Parteiprogramm von 1917 aufgestellten Thesen setzten sich die Demokraten (auf kantonaler wie auf eidgenössischer Ebene) stark für den Völkerbundsbeitritt ein.⁹¹ Einige führende Thurgauer Demokraten verstanden dies auch als persönliche Aufgabe; so war z. B. der damalige Parteipräsident Dr. Frey Mitglied des Vorstandes der schweizerischen Völkerbundsvereinigung und Dr. Keller (Mitglied des Parteivorstandes) Präsident der thurgauischen Völkerbundsvereinigung.⁹²

89 TT 13.5.1896. Pflüger zog später nach Zürich und wurde dort als sozialdemokratischer Politiker bekannt.

90 TT 11.2.1897; 4.9.1892 und 29.9.1898.

91 TT 1.9.1919; am eidg. Parteitag vom 31. 8. beschlossen die Demokraten einstimmig den Beitritt zu empfehlen. Das Referat von Scherrer-Füllemann «Die Schweiz und der Völkerbund», das er an diesem Parteitag hielt, ist in TT 3./4./5.9.1919 abgedruckt; derselbe im Nationalrat im Namen der Partei in TT 12.11.1919. TT 8./15.5.1920; Aufrufe der Demokratischen Partei zugunsten des Völkerbundsbeitrittes.

92 TT 22.10.1925 (Frey); 20.12.1926 (Keller).

Das Verhältnis der Demokraten zur Abrüstungsfrage war trotz allem sowohl in der Vor- wie in der Nachkriegszeit immer etwas zweideutig. Sie haben nie eine sofortige oder totale Abrüstung verlangt. Besonders in bezug auf die Schweiz folgten sie dem Motto «ja, aber...». Dies belegen beispielsweise der Kommentar zum Friedenskongress von Bern im Jahre 1892⁹³ oder andere bereits zitierte Artikel.⁹⁴ Wohl bewunderten sie den Idealismus einer Bertha von Suttner und deren Gesinnungsfreunde; nichtsdestotrotz waren sie selber zu sehr Realisten, um nicht zu wissen, wie schwierig und nahezu unmöglich die Durchsetzung dieser Forderungen sein würde. Die gegen Ende des Krieges von der Forderung nach Ausbau der demokratischen Kontrolle (Volkssouveränität und direkte Demokratie) der Aussen- und Militärpolitik getragene Hoffnung auf Frieden und Abrüstung zerschlug sich schon bald nach Kriegsende. Sicher auch als Folge dieser Erfahrung griff bei den Demokraten Skepsis und Pessimismus um sich. Wohl verlangten sie in den zwanziger Jahren noch hin und wieder eine Reduktion der Militärausgaben in der Schweiz,⁹⁵ von einer Abrüstung der Schweiz – an eine allgemeine glaubten sie kaum mehr – war aber nie die Rede. Gegen Ende des Jahrzehnts vertraten sie dann eher die Meinung, die Zeit verlange eine Stärkung und nicht eine Schwächung der Armee.⁹⁶ Im Tagblatt wurde dies hauptsächlich mit der Aggressivität und Gefährlichkeit des italienischen Faschismus begründet. Erstaunlich früh erkannte es die besondere Gefährdung der Schweiz durch den nun faschistisch geprägten Irredentismus.⁹⁷

Die am Anfang des Kapitels erwähnte «gesellschaftskritische» Tendenz in der Argumentation der Demokraten zum Friedens- und Kriegsproblem, wie sie vor allem im Begleitwort zum eidgenössischen Programm von 1917 zu finden ist, erlebte mit diesem Programm selbst ihren Höhepunkt. In den folgenden Jahren wurde sie immer mehr in den Hintergrund gedrängt. Es darf sicher gesagt werden, dass für die Demokraten bis Kriegsende die Machtverhältnisse innerhalb des bestehenden wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Systems für die katastrophale Entwicklung verantwortlich waren.⁹⁸ Daneben gab es wahrscheinlich auch Demokraten, für die das System selbst schuld war. Als Partei haben die Demokraten aber nie den sozialistischen oder gar marxistischen Standpunkt übernommen. Sie waren überzeugt, dass ohne revolutionäre Veränderungen und nur durch den Ausbau der Volksrechte und die Einführung der direkten Demokratie dieses System auf den rechten Weg gebracht werden könnte.⁹⁹ Ihr Ziel war also der Ausgleich; d.h. ein Ausgleich der Interessen innerhalb der Staaten wie auch zwischen den Staaten. Diese Hoffnung

93 TT 4.9.1892.

94 TT 11.2.1897; 29.9.1898 und 26.6.1903.

95 TT 17.7.1922 und 12.11.1920.

96 TT 20.6.1930.

97 TT 17./18./19.7.1928.

98 Begleitwort S. «10–18».

99 a.a.O.

erklärt auch ihre Empörung über die Friedensverträge, die dem Kriege folgten. So verurteilten sie schon im Juni 1919 die Friedensbedingungen als «Gewaltfrieden».¹⁰⁰ Dabei verstanden sie darunter nicht einen Gewaltfrieden im Sinne gewisser nationalistischer Kreise Deutschlands. Aber für sie trug er bereits die Wurzeln der Revanche und eines neuen Krieges in sich.¹⁰¹ Deshalb und nicht etwa aus Deutschlandfreundlichkeit konnte das Tagblatt zu diesem Friedensvertrag sagen:

«Der Friedensvertrag aber, auch wenn er unterzeichnet wird, kann nicht von Dauer sein, denn er bedeutet ein Verbrechen am deutschen Volke, ein grösseres noch als es der Kriegswille von 1914 war.»¹⁰²

3.1.4 Die faschistische und kommunistische Diktatur

Neben dem italienischen Faschismus gab es bekanntlich noch eine ganze Anzahl weiterer faschistischer oder philofaschistischer Bewegungen in Europa. Das Tagblatt betrachtete aber den italienischen als geistigen Vater aller. Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Deutschland fiel in die Zeit des Zusammenbruches der Demokratischen Partei des Kantons Thurgau und wurde kaum mehr beachtet. Es mag etwas problematisch sein, den italienischen Faschismus stellvertretend für alle ihm verwandten Bewegungen zu betrachten. Da aber das Tagblatt sich in den zwanziger Jahren gezwungenermassen nur mit dem Faschismus in Italien auseinandersetzen konnte, drängt sich dies auch hier auf.¹⁰³

Im Nationalsozialismus sah es noch mehr als im italienischen Faschismus eine reaktionäre und konservative Bewegung.

«Der deutsche Nationalsozialismus, dem heute so viele Intellektuelle und Geistliche zuströmen, huldigt Zwecken und Zielen, die nur Unheil für die Menschheit bedeuten, er schafft Uferlosigkeit und setzt sich für Schichten ein, die mitschuldig sind an dem furchtbaren Unheil, das 1914 über die Menschheit hereingebrochen und dessen Auswirkungen noch nicht abzusehen sind.»¹⁰⁴

Sowohl das faschistische Italien wie das kommunistische Russland waren in ihrer Art Antworten auf die Katastrophe der bürgerlich-liberalen Welt. In beiden Ländern verursachte weitgehend der Krieg die politisch-wirtschaftliche Lage, die den beiden Bewegungen erst erlaubte, die Macht zu ergreifen. Beide waren trotz aller Unterschiede aus der Opposition zum bürgerlich-liberalen System entstanden und standen diesem in ausgeprägter Feindschaft gegenüber.

¹⁰⁰ TT 5.6.1919.

¹⁰¹ TT 7.6. und 20.6.1919.

¹⁰² TT 19.6.1919.

¹⁰³ TT 7.1.1927, «Diktatur oder Demokratie».

¹⁰⁴ TT 4.9.1931, zu den Nationalratswahlen 1931.

Auch die Demokraten waren, wie gezeigt, nicht die grössten Freunde der Zustände ihrer Zeit. Trotzdem fühlten sie sich dem bürgerlich-liberalen System immer noch verbunden und auch zugehörig. Sie waren und blieben davon überzeugt, dass nur die «bürgerliche» Demokratie die Möglichkeiten und Mittel biete (Volksouveränität und direkte Demokratie), um die anliegenden Reformen in «demokratischem», d. h. in ihrem Sinne durchzuführen.

Die Auseinandersetzung mit beiden Bewegungen beschränkte sich fast ausschliesslich auf eine Auseinandersetzung mit dem äusseren Erscheinungsbild. Auf die ideologischen Hintergründe, die sich vor allem in der totalen Andersartigkeit im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereich der beiden Staaten äusserten, traten sie kaum ein. Wie schon gesagt, befassten sie sich fast ausschliesslich mit dem äusseren Erscheinungsbild; denn dieses, nämlich die Diktatur, war für sie die Negation all der Ideale, für die sie eintraten. Deshalb war für das Tagblatt nicht die ökonomische Struktur, sondern die Diktatur Massstab der Kritik. Von seinem Standpunkt aus und auf Grund seiner Erfahrungen konnte es daher ruhig sagen:

«Diktatur ist Gewalt, ob sie von links oder rechts kommt, und was Gewalt ist, das haben wir auch in den Jahrhunderten der Zivilisation erfahren.»¹⁰⁵

Den Erfolg der beiden Bewegungen führte es auf die Folgen des Weltkrieges und auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Ungerechtigkeiten zurück. Dabei förderte nach seiner Ansicht die Angst vor dem Kommunismus die Chancen des Faschismus noch.

«Woher die Hochkonjunktur des Faschismus? Das ist die Folge des Krieges. Er hat den Sinn für Wert und Heiligkeit des Menschenlebens ertötet. Er hat den Aberglauben an die Heilkraft der Gewalt erzeugt. Er hat die Menschheit in wirtschaftliches Elend gestürzt, an dem sie noch Jahrzehnte zu leiden haben wird. ...

Die Angst vor der in Moskau gepredigten Weltrevolution liess die Weltbourgeoisie die Arme zu dem vermeintlich Stärksten, dem Diktator ausstrecken.»¹⁰⁶

An einem anderen Ort meinte das Tagblatt aber dazu, der «Kampf» des Faschismus gegen den Kommunismus sei mehr Vorwand als echtes Anliegen.¹⁰⁷ Hingegen glaubte es, die Ursachen für den kommunistischen Erfolg in Russland eindeutig im wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Bereich gefunden zu haben. Ein Artikel zur kommunistischen Gefahr in der Schweiz, der mit folgender Aufforderung an das schweizerische Bürgertum endete, belegt dies:

105 TT 3.9.1931; zu den Nationalratswahlen 1931.

106 TT 7.1.1927.

107 TT 19.1.1926.

«Die Anhänger der Diktatur des Proletariats werden um so eher den kürzeren ziehen, wenn die bürgerlichen Parteien sich ihrer Pflicht gegenüber dem Volksganzen bewusst werden und Hand bieten zur Einführung grosszügiger sozialer Reformen. Trotten sie aber in kurzsichtiger Weise in den alten ausgefahrenen Geleisen weiter, verkennen sie die Zeichen der «Zeit», so wird sich dies an ihnen selber schwer rächen. Das alte Gewaltsystem hat furchtbares Unglück über die Welt gebracht. Die Diktatur des Proletariats würde, wie das Beispiel von Russland auch dem blödesten Auge zeigt, dieses Elend noch vergrössern. Nur in der wahren Demokratie, der Herrschaft des ganzen Volkes, nicht eines Teil desselben, beruht das Heil der Welt.»¹⁰⁸

In dieser Analyse der Ursachen ist gleichzeitig auch das «demokratische» Rezept zur Bekämpfung des Kommunismus zu finden. Der «Ausbau des sozialen Rechtsstaates und Schutz des demokratischen Staatsgedankens»,¹⁰⁹ die immer das Ziel der demokratischen Politik gewesen seien, wie das Tagblatt bei anderer Gelegenheit schrieb, seien eben die beste Abwehr der kommunistischen und faschistischen Gefahr. Diese These haben die Demokraten und das Tagblatt immer wieder vertreten.¹¹⁰

3.1.5 Zusammenfassung, Ergebnisse, Fragen

Das demokratische Weltbild wird fast nur von der Reflexion auf Fragen und Probleme des wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Bereichs geprägt. Selbstverständlich sind auch für die Demokraten Phänomene wie der Imperialismus oder der Weltkrieg zuerst Probleme eigener Art. In der Analyse werden sie aber immer wieder auf Probleme des wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Bereichs zurückgeführt. Meistens werden für die Entstehung Fehlentwicklungen in der bestehenden wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Ordnung verantwortlich gemacht. Hin und wieder suchten sie die Schuld auch im System selbst. Dieses sogenannte «kapitalistische» System, das zumindest auf wirtschaftlicher Ebene eindeutig vom Liberalismus geprägt war (wenn es auch sonst, wie z. B. in Deutschland, alles andere als liberal sein konnte), hatte wohl die europäischen Industriestaaten auf eine nie geahnte Höhe wirtschaftlicher, politischer und militärischer Macht gebracht. Gleichzeitig stellte es sich aber durch seine ungelösten Sozialprobleme, den Weltkrieg usw. selbst in Frage und leitete damit auch seinen eigenen Untergang ein. Es wäre Unsinn zu behaupten, die Thurgauer Demokraten seien die einzigen gewesen, die diese Grundproblematik erkannt hätten. Interessant und bemerkenswert ist aber, dass diese in Wirklichkeit bürgerliche Partei schon sehr früh ihr ganzes Denken und Handeln auf diesen Problemkreis ausrichtete.

¹⁰⁸ TT 22.3.1919.

¹⁰⁹ TT 17.6.1919.

¹¹⁰ Siehe dazu TT: 31.12.1919, «Rückblick aufs Jahr 1919»; 7.6.1930, «Zum 5. Parteitag der KPS in Basel»; 5.8.1919, «Die thurg. Demokraten zur inneren Lage»; 4.6.1924, «Richtlinien demokratischer Politik»; 31.7.1925, «Zum 1. August»; 20.3.1928, «Richtlinien demokratischer Politik».

Ihr Ziel war der soziale Rechtsstaat ¹¹¹ und der Ausbau der direkten Demokratie und der Volkssouveränität. Der Idee und dem Ideal von der Macht des Volkes kommt hier eine grosse Bedeutung zu. Allein das Volk als Gesamtheit der Bürger vermag eben mit Hilfe der Volksrechte diese Ideen und Ideale in die Realität umzusetzen. Nur so kann beispielsweise ein Krieg verhindert oder der soziale Rechtsstaat errungen werden. Deshalb verlangten die Schweizer Demokraten in ihrem Programm von 1917 den Ausbau der Volkssouveränität, um damit Regierungen und Parlamente aller Staaten einer direkten Kontrolle durch das Volk zu unterwerfen. Eine gewisse Anlehnung an Rousseau ist hier nicht zu verkennen. Wie weit diese Anlehnung bewusst oder unbewusst war, lässt sich heute kaum mehr beurteilen. Man muss aber bedenken, dass diese ideale Vorstellung von Volk, Volkswille und Volkssouveränität in der Schweiz eine alte Tradition hatte und immer noch hat. Besonders Parteien oder politische Gruppierungen, die sich selbst als Opposition verstehen, greifen immer wieder gern darauf zurück.

Der soziale Rechtsstaat, der für die Demokraten Wunsch, Forderung und Hoffnung blieb, ist heute in der Schweiz in vielen Bereichen Wirklichkeit geworden oder auf dem Wege der Realisierung. Schon zur Zeit der Demokraten begannen auch die anderen bürgerlichen Parteien ihren Widerstand – sofern er überhaupt bestanden hatte – gegen die Sozialreformen abzubauen. Die Entwicklung der Schweiz nach dem Zweiten Weltkrieg hat gezeigt, dass die Grundthese der Demokraten richtig war. Nur Staaten und Gesellschaften, die versuchen sämtlichen Bürgern in allen Lebensbereichen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, haben eine Zukunft.

3.2 *Der Staat*

Während für den Marxisten der Staat grundsätzlich ein Phänomen des Überbaues ist, und er ihn deshalb als eine Art Werkzeug oder «Mittel zum Zweck» interpretiert, kommt diesem Organismus in den meisten anderen politisch-ideologischen Bewegungen eine zentrale Bedeutung zu. Die Diskussion über die Organisation des Staates und die Machtverteilung und Machtkontrolle innerhalb dieses Gebildes berührt eines der Grundprobleme menschlichen Zusammenlebens. Diese Diskussion ist bis heute offen geblieben und wird es wahrscheinlich immer bleiben. Aber spätestens mit Locke, Montesquieu und Rousseau – um nur die wichtigsten Staatstheoretiker der vorrevolutionären Zeit herauszugreifen – wurde ein Weg eingeschlagen, auf dem sich noch heute alle westlichen Demokratien befinden. Selbst die osteuropäischen Staaten haben nie darauf verzichtet, diese Tradition mindestens der Form nach weiterzuführen.

111 TT 17.6.1919.

Einige der Grundwerte dieser Staatsidee (Gewaltentrennung, Volkswahl der Legislative usw.) sind zu Dogmen geworden, an denen niemand mehr zu rütteln wagt. Am Beispiel der Geschichte des schweizerischen Bundesstaates sieht man, dass diese Grundwerte wohl zum Fundament aller Stufen dieses Staates (Gemeinden, Kantone, Bund) wurden, deren Ausgestaltung aber gleichzeitig eine ganze Reihe neuer Probleme aufwarf. Proporz oder Majorz bei der Wahl der Parlamente, direkte oder indirekte Wahl der exekutiven und judikativen Behörden und das Mitspracherecht des Volkes in Verfassungs- und Gesetzesfragen wurden zu Streitpunkten, die ihre Aktualität bis heute nicht verloren haben. Man denke nur etwa an die Problematik der Totalrevision der Bundesverfassung. Das «formalpolitische» Interesse der Thurgauer Demokraten richtete sich, wie bereits bei der Behandlung der Parteiprogramme gezeigt wurde, gerade auf diesen Fragenkomplex. Die Antwort auf die Frage nach dem Staatsideal der Demokraten müssen wir ebenfalls hier suchen. Die Demokraten interessierten sich in diesem Zusammenhang aber nicht nur für spezifisch schweizerische Probleme. So konnte der Redaktor des Tagblattes nur mit dem Kopf schütteln, als sich Norwegen nach der Trennung von Schweden als Monarchie konstituierte.¹

Für ihn als Demokrat und Schweizer war die Frage «Monarchie oder Republik» nicht rhetorisch. Dies scheint uns absurd; es wird zu zeigen sein, dass das für ihn nicht so war.²

Für die Demokraten war der durch Volksrechte und Volkssouveränität geprägte Staat immer das Ziel ihrer Politik. In ihm sahen sie die einzige erstrebenswerte Form menschlichen Zusammenlebens. Dieser Staat sollte aber immer von Menschen für Menschen geschaffen sein. Eine Eigendynamik dieses Gebildes «Staat» lehnten sie ebenso ab wie den Versuch, dessen Entstehung oder Existenzberechtigung auf irgend einen überirdischen oder übermenschlichen Willensakt zurückzuführen.

«Es ist deshalb traurig genug für ein vorgerücktes Zeitalter, wenn mit gänzlicher Verkennung natürlicher Menschenrechte in gewissen Staaten das Gottesgnadentum von der Regierung selbst immer wieder betont wird, damit man nicht vergesse, dass der usurpierte Thron durch ein göttliches unantastbares Recht begründet sei. Aber diese Ansicht begegnet selbst in absolutistischen Staaten mehr und mehr dem Widerspruch der wirklich Gebildeten, die ein für allemal daran festhalten, dass die Staatsform keine göttliche, sondern eine menschliche Einrichtung sei, somit auch das Recht der Regierenden nur aus den Rechtsanschauungen der Völker entspringe.»³

1 TT 16.8.1905.

2 Siehe unten 3.2.1.

3 TT 18.2.1897, «Über einige Grundfragen der demokratischen Staatsordnung».

Ein demokratischer Staat darf also seine Entstehung nie auf einen göttlichen oder übermenschlichen Willensakt zurückführen. Dadurch würde er nämlich eines seiner Hauptmerkmale verlieren; d. h. die Möglichkeit der Veränderung und Entwicklung. Gottesgnadentum trägt die Entwicklung zu aristokratischen, monarchischen und diktatorischen Staatsformen immer in sich.⁴

Wenn also Staat oder Staatsform immer wandelbar sein müssen, dann kann man konsequenterweise kein absolutes Staatsideal vertreten. Wohl waren die Volksrechte für die Demokraten Ideale, aber erst durch das, was die Menschen damit anzufangen wissen, wird der Staat zum «idealen Staat».⁵

3.2.1 Demokratie in Monarchie und Republik

Heute ruft die Frage, ob eine Monarchie denn überhaupt eine Demokratie sein könne, höchstens ein Lächeln hervor. In diesem Zusammenhang würde jedermann an England oder an skandinavische Staaten denken. Und das sind doch Demokratien! Viele Zeitgenossen der Demokraten hätten wohl ähnlich reagiert, die Demokraten nicht. Einerseits hatten sie ein ganz anderes Monarchiebild, als wir und viele ihrer Zeitgenossen: Wenn sie «Monarchie» sagten, dachten sie sofort an Deutschland und besonders an Wilhelm II. Andererseits verbanden sie, wie bereits gezeigt,⁶ Monarchie immer auch mit Aristokratie, Absolutismus, Diktatur oder Gottesgnadentum. Diese bedingten sich nach ihrer Meinung alle gegenseitig. Dazu waren sie alle gleichzeitig Ursache und Folge fehlender demokratischer Institutionen. Auch bei der Entstehung dieser Überzeugung hatte das Bild der deutschen Monarchie einen nachhaltigen Einfluss.

So vertrat dann das Tagblatt auch eine höchst eigenwillige Interpretation des «Wohlgemuth-Handels».⁷ Wohlgemuth hatte nach seiner Meinung als «Lockspitzel» und «agent provocateur» nicht Sozialdemokraten und Anarchisten zu überwachen, sondern anarchistische und sozialistische Umtriebe zu provozieren und zu produzieren, um damit die Existenzberechtigung der deutschen Monarchie und ihres repressiven Systems zu beweisen.⁸ Diese Interpretation mag für damalige Ohren gesucht, wenn nicht gar skurril geklungen haben; die spätere Forschung⁹ hat aber gezeigt, dass das Tagblatt mit seinen Verdächtigungen kaum neben der historischen Wahrheit lag. Auf alle Fälle entsprach diese Sicht der Dinge dem Monarchiebild der Demokraten. Dieses Monarchiebild und besonders das der deutschen Monarchie hing nie vom Monarchen ab; d.h. in Deutschland von Wilhelm II. Das «persönliche Regiment» von Wilhelm

4 a.a.O.

5 a.a.O.

6 Siehe oben Anm. 3 und 4 und dazugehörige Textstellen.

7 Zum Wohlgemuth-Handel: Bonjour, *Gesch. der schweiz. Neutralität*, Bd. II, S. 473–484; Renk, H., *Bismarcks Konflikt mit der Schweiz*.

8 TT 7.5.1889.

9 Siehe oben Anm. 7.

II. war für die Demokraten Folge und nicht Ursache dieser Monarchie. Wilhelm II. war nicht das «Böse» an sich, sondern der «Vielredner auf dem deutschen Kaiserthron».¹⁰ In den Kommentaren zu dessen berühmt-berüchtigten Reden – sei dies nun jene an den brandenburgischen Provinziallandtag¹¹ oder irgend eine andere – ist mehr Spott als Empörung über ihn zu finden:

«... hat der deutsche Kaiser sich mit seinem Blutsbefehl bloss blamiert. Wir Republikaner haben jedoch keinen Grund, traurig zu sein, wenn sich Kaiser und Könige blamieren.»¹²

Leider sollte die spätere Entwicklung zeigen, dass weder dieser Spott noch diese Beurteilung der Person des deutschen Kaisers berechtigt waren.

Die Monarchie selbst war für die Demokraten eine vorübergehende Erscheinung. Nach ihrer Meinung war die Staatsform genauso einer Entwicklung unterworfen wie etwa das Wirtschaftsleben eines Staates. Im Übergang von der Monarchie zur Republik sahen sie nicht nur eine Entwicklung zu einer höheren Stufe der Staatsform, sondern ebenso sehr eine Anpassung an veränderte Lebensbedingungen.

So gesehen verlangt jede Stufe von Wirtschaft, Kultur und Bildung die ihr eigene Staatsform.

«Nein, die eigenthümliche Bedeutung, wir dürfen sagen, die göttliche Sendung unseres Volkes, zeigt sich auf dem Gebiet des innenpolitischen und sozialen Lebens. Unser Vaterland hat eine bedeutsame politische Aufgabe, nicht im Sinne politischer Machtenfaltung, sondern im Sinne der Ausbildung der Idee einer freien Bundesgenossenschaft, der republikanischen Einrichtung des Gemeinwesens. Diese Idee ist – abgesehen von den Freistaaten der antiken Welt – zum ersten Mal durch jene Männer verwirklicht worden, die auf dem Rütli sich den Bund der Treue und Zusammengehörigkeit schwuren. Seither sind eine Reihe Völker dem Beispiel der Eidgenossen gefolgt und haben an Stelle aristokratischer oder monarchischer Zustände republikanische Verfassungen gesetzt. Es ist keine Frage, dass die Idee der republikanischen Einrichtung des Staatswesens im Fortschreiten und Sieg begriffen ist; auch ist durch die Erfahrung bewiesen, dass der republikanische Gedanke auch in einem ausgedehnten Reiche verwirklicht werden kann. Für viele Staaten ist jetzt noch – teilweise für unabsehbare Zeit – die monarchische Staatsform die geeignetere; man darf eben nie vergessen, dass ein Volk zur republikanischen Staatsform reif sein muss und dass nur einem zur Freiheit erzogenen und entwickelten Volke diese höchste, der menschlichen Gesellschaft würdigste Staatsform zum Segen gereicht. Die monarchi-

10 TT 3.8.1900. Es handelt sich hier um einen Kommentar zur sogenannten Hunnenrede Wilhelms II. Die Rede selber ist abgedruckt in: Johann, E., Reden des Kaisers, S. 90 f.

11 TT 27.2.1892. Auch diese Rede in: Johann, S. 56 f.

12 Siehe oben Anm. 10.

sche Staatsform muss nothwendig den Völkern als ein Übergangsstadium dienen, als eine Etappe, auf der sie vorbereitet werden für die Freiheit der Demokratie. Aber früher oder später muss die Reife kommen, wo das Volk der republikanischen Selbstbestimmung bedürftig ist und sie auch ertragen mag.»¹³

Wenn man das Problem «Monarchie oder Republik» von diesem Standpunkt aus betrachtet, muss man zur Überzeugung kommen, dass sich Monarchie und Demokratie auf die Länge ausschliessen. Denn so gesehen ist Demokratie unteilbar und muss von der untersten bis zur obersten Stufe des Staates und für alle Entscheidungsprozesse verwirklicht sein. Von diesem Standpunkt aus wurde für den Redaktor des Tagblattes die norwegische Königsfrage zu einem Problem.¹⁴

Misst man aber die Monarchie an diesen Kriterien, so muss man für die Republik und erst recht für eine mit Volksrechten ausgestattete Republik einen noch viel strengeren Massstab anlegen. Gerade hier lag ein zentraler Punkt demokratischer Kritik am bestehenden Staat. Kritik an fehlenden Volksrechten, am Majorzwahlsystem und an indirekten Wahlen hiess für die Demokraten, auf fehlende demokratische Institutionen hinweisen, die in der Schweiz noch der Verwirklichung harrten. Dazu glaubten sie, dass der dem monarchischen verwandte aristokratische Geist in der Schweiz noch nicht endgültig ausgerottet sei:

«Die Verfassung von 1869 ist wohl in demokratischem Sinne verfasst, aber der Geist der Aristokratie, der einst in sämtlichen Schweizer Kantonen der vorherrschende war, spukt noch jetzt vielerorts und sucht mit verletzender Einseitigkeit und Beschränktheit jede andere Ansicht zu unterdrücken.»¹⁵

3.2.2 Demokratie und Volksrechte

3.2.2.1 Die Volksrechte als Ausdruck der Volkssouveränität

Bevor über Volkssouveränität und Volksrechte gesprochen werden darf, muss man sich über deren Bedeutung Klarheit verschaffen. Während in der allgemeinen Staatsrechtslehre kein Junktim zwischen Volksrechten und Volkssouveränität gesetzt wird – d. h. für sie ist die Volkssouveränität in einer repräsentativen Demokratie ebenso gewährleistet wie in einer unmittelbaren oder direkten Demokratie – wurde und wird in der Schweiz und besonders in der schweizerischen Politik ein enger Zusammenhang zwischen diesen beiden Begriffen gesehen.¹⁶ Volkssouveränität heisst bei uns eben nicht, dass die Reprä-

¹³ TT 16.9.1894.

¹⁴ Siehe oben Anm. 1.

¹⁵ TT 18.2.1897; ähnliches in einem Artikel vom 11.4.1889, «Die Demokratie im Thurgau», in dem zur Gründung einer demokratischen Partei aufgerufen wurde, weil im Thurgau die demokratische Gesinnung darniederliege.

¹⁶ Siehe dazu: Zippelius, R., Allgemeine Staatslehre, S. 82–92.

sentanten des Volkes diese Souveränität vertreten, sondern dass das Volk sie selber wahrnimmt. Teilweise ist dies ja möglich (Initiativen, Referenden), teilweise ist sie aber eine Fiktion (Aussenpolitik).

Woher kommt nun diese schweizerische «Eigenart»? Mindestens zum Teil kann die Antwort in der Bundesverfassung gefunden werden. In BV 6 verlangt der Bund von den Kantonen nicht etwa, dass sie «Demokratien» seien. Die Kantone müssen sich nur als Republiken konstituieren. Darüber hinaus ist es ihnen freigestellt, den Bürgern die Ausübung ihrer Rechte in «repräsentativer oder demokratischer Form» zuzugestehen. Ausgehend von diesem Artikel der Bundesverfassung und der oben erwähnten Tradition, sehen wir, dass der Begriff «demokratisch» in der Schweiz eine ganz besondere Bedeutung hat. Demokratisch ist eben der Staat, der die Volksrechte kennt und in dem das Volk die Möglichkeit hat, diese Rechte wahrzunehmen. Wie bei der Behandlung der Parteiprogramme gezeigt wurde, bildeten gerade diese Volksrechte bei den Demokraten die wichtigsten Forderungen. Diese waren aber nicht nur Forderungen der Demokraten, sondern demokratische Forderungen. Hier dürfte auch die Herkunft des Parteinamens und die Verwandtschaft zu den 69er und 74er Demokraten zu suchen sein. Demokrat sein heisst so gesehen, für diese demokratischen Ideen, d.h. für die Volksrechte kämpfen. Die Wahrnehmung dieser Volksrechte durch das Volk ergibt dann erst die Volkssouveränität.

Heute versteht man unter Volksrechten im engeren Sinne Initiative und Referendum. Die Demokraten haben die Volksrechte nie weder so genau noch so eng umschrieben. So forderten sie beispielsweise im 91er Programm unter dem Titel «Ausbau der Volksrechte» nicht nur diese beiden klassischen Rechte. Neben Initiative und Referendum ist dort auch die Forderung nach der Volkswahl des Bundesrates und der Einführung eines Proporzelementes zu finden.¹⁷ Ähnliche Vorstellungen von den Volksrechten sind 1892 in einem Artikel des Tagblattes zur Volkswahl des Bundesrates zu finden. Obwohl es in diesem Artikel eindeutig um die Wahlart des Bundesrates geht, ist die Idee des Volksrechts nicht zu übersehen.¹⁸ Für die Demokraten waren also Wahlmodus von Bundesrat und Parlament ebenso ein Volksrecht wie Initiative und Referendum.

Der St. Galler Demokrat und Nationalrat Scherrer-Füllemann erweiterte den Kreis dieser Volksrechte noch.¹⁹ Er vertrat die Ansicht, dass dem Kampf um die Volksrechte die gleiche Bedeutung zukomme, wie früher dem Kampf um Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die Schweiz sei aber beim Ausbau der Volksrechte noch zurückgeblieben. Dabei zählte er neben der Gesetzgebungsinitiative auch die Volkswahl des Bundesrates, den Nationalratsproporz, den Schutz des Vereinsrechtes, eine Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung u.a.m. zu den Volksrechten. Irgendwie wurde so jede Forderung der

¹⁷ Siehe oben 2.1. 2.2 und 2.3.

¹⁸ TT 9.2.1892.

¹⁹ TT 16.1.1906.

Demokraten, die sie mit Hilfe der klassischen Volksrechte durchzusetzen hofften, selber zu einem Volksrecht.

Besonderes Gewicht haben die Demokraten auf das Finanzreferendum und die Gesetzgebungsinitiative auf Bundesebene gelegt.²⁰ Der Ruf nach dem Finanzreferendum entzündete sich meist an irgendwelchen Militärkrediten. Die Kritik richtete sich dabei weniger gegen die Militärkredite an sich, als die nach ihrer Ansicht fehlende Verhältnismässigkeit. So empörte sich das Tagblatt 1903 über den Ankauf von Kanonen für zwanzig Millionen, weil das Volk nichts dazu zu sagen habe, während es 1884 über die Erhöhung der Besoldung des Gesandten in Washington habe abstimmen können.²¹ Die Gesetzgebungsinitiative hingegeben sollte das Instrument zur Durchsetzung sozialer und politischer Reformen werden.²²

Die Volksrechte waren für die Demokraten nicht etwas an sich Erstrebenswertes. Die Institution «Volksrecht» wird nicht durch die Einführung, sondern durch den Gebrauch zum Ideal. Dazu sagte Scherrer-Füllemann in seinem bereits zitierten Referat, dass der von den Demokraten postulierte Ausbau der Volksrechte nicht «Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck» sei.²³ Scharf wandte sich das Tagblatt gegen die oft vertretene Meinung, dass die Volksrechte (z.B. das Referendum) konservative Tendenzen begünstigen. Sollte sich dies bewahrheiten, so sei es die Aufgabe der richtigen Demokraten, das Volk politisch zu erziehen.²⁴

3.2.2.2 Die direkte Volkswahl²⁵

Was oben zu den Volksrechten im allgemeinen gesagt wurde, gilt mehr oder weniger auch für das Postulat der direkten Volkswahl. Man sollte die ideellen Motive nicht ganz übersehen, aber für die Demokraten waren diese eindeutig zweitrangig. Auch die direkte Volkswahl war Werkzeug und nicht Ziel ihrer Politik. So wie die klassischen Volksrechte die Durchsetzung ihrer Forderungen und Ideen ermöglichen sollten, so hofften sie, mit Hilfe der direkten Volkswahl Einsitz in die betreffende Behörde nehmen zu können. Diese Hoffnung war und wäre noch heute berechtigt. Während es kleineren und sogenannten «Oppositionsparteien» immer wieder gelingt in Kantonsregierungen, die durch das Volk gewählt werden, Einsitz zu nehmen, ist es bis heute nie jemandem gelungen, gegen den Willen der Bundesratsparteien einen Sitz in der Landesregierung zu erobern.

Diese «wahlarithmetischen» Überlegungen dürften die wesentlichsten Gründe der demokratischen Forderung nach Einführung der direkten Volks-

20 TT 6.5.1903 und 23.4.1909 (beide Finanzreferendum); 22.10.1904 (Gesetzgebungsinitiative).

21 TT 6.5.1903.

22 TT 22.10.1904.

23 Siehe oben, Anm. 19.

24 TT 25.4.1900.

25 Das Thema wird hier am Beispiel des Bundesrates behandelt.

wahl (und des Proporz) gewesen sein. Bewusst oder unbewusst, dafür aber ziemlich geschickt, verstanden sie es, dieses Motiv in den Hintergrund zu schieben. Wenn Nationalrat Curti (St. Gallen) in einer Rede zur Doppelinitiative²⁶ sagte: «Man soll endlich an die Stelle des Rechtes der Macht die Macht des Rechts setzen», so meinte er mit dem «Recht der Macht» eben die Macht der regierenden freisinnigen Partei. Der Ausspruch «Macht des Rechts» tönt heute schön. Dabei verstand Curti darunter natürlich in erster Linie die Teilnahme an der Macht durch die Demokraten und andere Parteien (SP, K-K).²⁷ Jede Partei, ob Minderheits- oder Mehrheitspartei, sollte das ihr zustehende Mass an Macht ausüben können.

In diesem Sinne begrüsst das Tagblatt bereits 1891 die Wahl Zemps in den Bundesrat und sah darin nicht einen Akt des Wohlwollens, sondern der Gerechtigkeit und auch der Notwendigkeit für den Fortschritt der Schweiz.²⁸ Mit ganz ähnlichen Argumenten forderte es fast vierzig Jahre später die bürgerlichen Parteien auf, einen Sozialdemokraten zum Nachfolger von Bundesrat Haab zu wählen.²⁹

Der grosse Kampf in der Schweiz um die Einführung der Volkswahl des Bundesrates und des Nationalratsproporz war die bereits erwähnte Doppelinitiative, die am 4.11.1900 zur Abstimmung gelangte und verworfen wurde.³⁰ Die Thurgauer Demokraten und das Tagblatt engagierten sich stark für diese beiden Initiativen. Während zweier Jahre führten sie durch unzählige Zeitungsartikel und Vorträge führender Demokraten innerhalb und ausserhalb des Kantons einen wahren Propagandafeldzug.³¹ Wie weit sie an der Vaterschaft an dieser Initiative beteiligt waren ist unklar. Im Herbst 1898 berichtete das Tagblatt von einer Vertrauensmännerversammlung von Sozialdemokraten und Linksdemokraten, an der die Einreichung der beiden Initiativen beschlossen worden sei.³²

26 Die «Doppelinitiative» waren zwei Initiativen, die darauf abzielten BV 73 (Verhältnisswahl für den Nationalrat) und BV 95, 96, 100 und 103 (Wahl des Bundesrates durch das Volk) zu revidieren. Beide Vorlagen wurden am 4.11.1900 abgelehnt. Siehe dazu: BBl 1899 IV 741; 1900 III 634, 669, 673, 675; IV 775.

27 Zu Curtis Referat siehe: TT 11.2.1899.

28 TT 19.12.1892.

29 TT 18./19.11.1929.

30 Siehe oben Anm. 26.

31 Einige Bsp. zum Einsatz der Demokraten für die «Doppelinitiative»: TT 19.10.1898; das Komitee der DP des Kts. TG beschliesst am 17.10. Unterstützung der Doppelinitiative; TT 29./30.12.1898; »Historische« Abhandlung über Vorgeschichte und Herkunft der beiden Forderungen; TT 10./11.2.1899; Vortrag von Nationalrat Curti (SG); TT 7.3.1899; Vögelin spricht an einer Versammlung der Metallarbeitergewerkschaft Turgi; TT 15.3.1899; Regierungsrat Hofmann spricht an einer Versammlung des thurg. Bauernbundes; TT 9.10.1900; Hofmann an einer Volksversammlung in Märstetten. Diese Liste liesse sich fast beliebig verlängern!

32 TT 30.9.1898.

Die Thurgauer Demokraten scheinen als Partei nicht vertreten gewesen zu sein. Martin Vögelin, der Redaktor des Tagblattes, war nach diesem seinem eigenen Artikel aber nicht nur als Korrespondent, sondern auch als Teilnehmer an der Versammlung. Ob er im Auftrag der Partei handelte, lässt sich dem Artikel allerdings nicht entnehmen.

Drei Hauptargumente haben die demokratische Propaganda für die Volkswahl des Bundesrates getragen. Über eines haben wir schon gesprochen. In erster Linie wollte man damit die Macht der Freisinnigen im Bund brechen. Direkt wurde dieses Ziel höchst selten erwähnt. Zwischen den Zeilen ist es aber überall zu finden. Kurz vor dem Abstimmungstag wurde es sogar ziemlich deutlich gesagt:

«Wir brauchen eine schweizerische Regierung, die getragen ist vom Vertrauen des gesamten Schweizervolkes. Nicht die Mehrheitspartei der Bundesversammlung soll die Auswahl ... treffen und bestimmen können ...»³³

Der Ausbau der Volksrechte war das zweite Argument, mit dem die Demokraten fochten. Die Bedeutung der Volksrechte in der Schweiz im allgemeinen und bei den Demokraten im besonderen wurde bereits behandelt. Es dürfte also erlaubt sein, sich hier kurz zu fassen. Der Ausbau der Volksrechte war ein zentraler Punkt der demokratischen Politik. Jede mögliche Form der Mitsprache des Volkes war für sie ein Volksrecht. Ähnlich wie den Proporz – «Wer das gesamte Volk als den Souverän betrachten will, stimme für den Proporz ...»³⁴ – beurteilte das Tagblatt die Volkswahl des Bundesrates:

«In der Republik will das Volk der oberste Herrscher sein, also ist es nur folgerichtig, wenn es die Verwalter des Landes, die Regierung selber wählt. Dies ist ein demokratisches Postulat, es ist der Ausbau der politischen Rechte des Schweizervolkes und aus diesem Grunde sollte sich dieses am 4. November dieses schönste aller Volksrechte durch Annahmen des Initiativbegehrens sichern.

Volkswahl heisst Volkswohl!»³⁵

So gesehen ist die Souveränität des Volkes keine abstrakte und nur theoretisch durchführbare Idee, sondern eine konkrete Forderung. Demokratisch sein heisst dann konsequenterweise, sich dafür einsetzen, dass das Volk in jeder Frage mitentscheiden kann. Die Wahlart selbst wird so zum Volksrecht. Nur die direkte Volkswahl entspricht aber diesem Volksrecht und ist deshalb die einzig mögliche demokratische Form, eine Regierung zu wählen.

33 TT 4.11.1900.

34 TT 30.10.1900.

35 a.a.O.

Das dritte wichtige Argument fanden die Demokraten in der ständig wachsenden Macht des Bundes. Diese Machtverschiebung von den Kantonen auf den Bund, die ganz automatisch zu einer gewissen Zentralisation führte und immer noch führt, bedauerten und bekämpften sie überhaupt nicht. Föderalistische Bedenken hatten sie keine. Nach ihrer Ansicht war aber diese Macht völlig unkontrolliert.

«Die geradezu ungeheure Machtfülle des Bundesrates einerseits, andererseits sein Verhältnis zum Parlament, zur Bundesversammlung, machen seine Wahl durch das Volk zur absoluten Notwendigkeit. Wir brauchen angesichts der Erscheinungen im wirtschaftlichen Leben der Schweiz einen Bundesrat, der getragen ist vom Vertrauen des gesamten Schweizervolkes. ...

Im Verhältnis des Bundesrates zur Bundesversammlung herrschen immer Flitterwochen. Letztere wählt den Bundesrat, dieser verleiht seinerseits vielen Mitgliedern der Bundesversammlung Ämter und Würden, wählt sie in Kreiseisenbahnräte, in den Verwaltungsrat der Bundesbahnen etc. Aus der Hand des Bundesrates ergiesst sich alle Jahre ein Millionen starker goldener Strom von Subventionen. Die Kontrolle der Bundesversammlung gegenüber dem Bundesrat ist eine ganz ungenügende, wie das bei der grossen Ausdehnung der Geschäfte nicht anders zu erwarten ist, die Verwaltungsreform lässt immer auf sich warten, weil die Volkswahl des Bundesrates erst der grundlegende Teil derselben ist.»³⁶

«Die Wahl des Bundesrates durch das Volk will der ganz von selbst mit der Ausdehnung der Verwaltung wachsenden Machtfülle des Bundesrates ein Gegengewicht anhängen, in dem sie diesen vom Volk, das eifersüchtiger als die nach Offiziers- und anderen Stellen lüsternen Parlamentarier über die Integrität und Popularität der staatlichen Einrichtungen wacht, abhängiger machen.»³⁷

Unter dem Titel «Neues Herrentum und Schweizerfreiheit» hieb das Tagblatt in einem anderen Artikel drei Tage vor der Abstimmung dann ziemlich demagogisch in die gleiche Kerbe.³⁸ Nachdem das Schweizervolk zweimal eine Aristokratie überwunden habe (den Adel im Mittelalter und die Aristokratie des Ancien régime), werde es eine dritte nicht aufkommen lassen:

«Und wiederum erhebet nun eine dritte Aristokratie ihr Haupt, ein neuer Adel, ein neues Herrentum, ein Ämter- und Beamtenadel: die Bureaukratie. Diese wollen wir nicht erst gross werden lassen, damit sie uns nicht so viel wie die beiden anderen zu schaffen mache.»³⁹

36 TT 9.10.1900; Hofmann am 8.10 in Märstetten.

37 TT 13.10.1900.

38 TT 1.11.1900

39 a.a.O.

Hier sollte eindeutig die freisinnige Mehrheit in Bundesrat und Bundesversammlung getroffen werden. Trotz aller Demagogie erkannte der Verfasser dieses Artikels die ganze Problematik des modernen Verwaltungsstaates, obwohl dieser damals noch in den Kinderschuhen steckte, erstaunlich gut.

«Im Apfel Tells, dem Sinnbild der Schweizerfreiheit, sitzt ein Wurm. Das ist umso gefährlicher, als der moderne Staat in hohem Grade ein Verwaltungsstaat ist und immer mehr werden wird. Sorgen wir rechtzeitig, dass die Freiheit in den vielen Bureaux nicht verloren gehe. Das ist umso gefährlicher, als jede neue Zentralisation die Macht des Bundes vermehrt und jedes neue Bundesgesetz unsern kantonalen Regierungen, Kantonsräten und Bevölkerungen ein Stück von ihren politischen Rechten wegnimmt. Schaffen wir dafür rechtzeitig den notwendigen Ersatz durch die Vermehrung der Volksrechte im Bunde!

Machen wir die Bundesversammlung zur wahren Repräsentation, zur treuen Volksvergegenwärtigung durch die Abschaffung des Vorrechts einer künstlichen Parlamentsmehrheit, durch die Rechtsgleichheit der Parteien! Wählen wir den Bundesrat durch das Volk, damit er eine Regierung sei, im Vertrauen des ganzen Volkes wurzelnd, der Mehrheit wie der Minderheit, dem Volk verantwortlich, und stark durch solches Vertrauen auch gegen aussen!»⁴⁰

Die Angst und das Misstrauen vor der Macht und Anonymität der Bundesverwaltung und Bundesgewalt im fernen Bern ist leicht zu erkennen. Die Antwort war aber nicht der bis in die heutigen Tage hinein bekannte Ruf nach mehr Föderalismus und weniger Zentralismus, sondern die Forderung auf Volkswahl des Bundesrates.

In diesem Ausmass haben sich die Demokraten nie wieder für die Volkswahl des Bundesrates eingesetzt. Von der Forderung selbst sind sie aber bis zur Auflösung der Partei nicht abgegangen. Die Volkswahl aller Behörden blieb für sie immer die einzig demokratische Wahlart.⁴¹

3.2.2.3 Der Proporz

In der Doppelinitiative ging es bekanntlich nicht nur um die Volkswahl des Bundesrates, sondern auch um die Einführung des Proportionalverfahrens für die Nationalratswahl. Die Demokraten haben beide Forderungen immer in einem sehr engen Zusammenhang gesehen. Dies springt beim Durchlesen aller zitierten Artikel zur Doppelinitiative, die im vorangehenden Kapitel immer unter dem Gesichtspunkt der Volkswahl des Bundesrates behandelt wurden, in die Augen. Wenn für die Demokraten die Volkswahl die einzig demokratische Wahlart für den Bundesrat war, so war eben der Proporz das einzig demokrati-

⁴⁰ a.a.O.

⁴¹ TT 19.12.1903; 30.5.1914 und 25.8.1921.

sche Wahlverfahren für den Nationalrat. Die freisinnige Vorherrschaft konnte nur beendet werden, wenn ihre Vormachtstellung in Bundesrat und Nationalrat gebrochen wurde. Die Institutionen in Bund und Kantonen konnten nur in demokratischem Sinne verändert werden, wenn man für sämtliche Volksrechte eintrat. Die Volksrechte als Ausdruck einer unteilbaren Volkssouveränität waren für die Demokraten alle gleichwertig und wurden von ihnen mit denselben Argumenten und Zielsetzungen vertreten. Eine blosser Wiederholung des bei der Behandlung der Volkswahl Dargelegten rechtfertigt sich nicht. Deshalb sei hier auf zwei Nebenaspekte der demokratischen Argumentation zum Proporz hingewiesen. Gemeint ist damit das Problem der Gerechtigkeit des damaligen Wahlsystems und der Regierbarkeit der Schweiz unter diesem Wahlsystem.

Die Demokraten hielten den Majorz für ausgesprochen ungerecht. Bei aller Subjektivität dieses Urteils darf ihnen die Objektivität nicht ganz abgesprochen werden. Mit dem Aufkommen der Parteien als Träger der politischen Willensbildung und Macht war ein bestimmendes Element in die Politik gekommen, das bedeutend jünger war als der Bundesstaat, seine Institutionen und das diese bis anhin in seiner Zusammensetzung bestimmende Majorzwahlsystem. Dieses macht bekanntlich die Person zum Träger der politischen Macht und Vertreter einer geographisch bestimmten Bevölkerungsgruppe. Die Parteien hingegen vertraten und vertraten Gruppierungen, deren Entstehung mehr auf wirtschaftliche, ideologische oder soziologische Ursachen zurückzuführen ist. Das Tagblatt meinte dazu, früher habe es einen «einheitlichen Willen des Volkes» gegeben. Deshalb sei das Parlament trotz Majorz ein Spiegel des Volkes gewesen. Heute seien hingegen die Sonderinteressen der einzelnen Gruppen so gross, dass diese nur noch von deren Vertrauensleuten wahrgenommen werden könnten. Unter dem Majorz werde nun aber die relativ stärkste Sonderinteressengruppe zur Mehrheit im Parlament. Nur durch den Proporz könne das Parlament wieder zum Spiegel des Volkes gemacht werden.⁴²

Während das in den USA und in Grossbritannien angewandte Majorzsystem (Einerwahlkreise) üblicherweise das Entstehen zweier grosser Parteien zur Folge hatte, die sich schon bei kleinen Verschiebungen der Wähleranteile an der Macht ablösen und ablösen, verhinderte das schweizerische Majorzsystem gerade diese Machtablösung. Sind nämlich in einem Wahlkreis mehrere Parlamentssitze zu besetzen, so ist es für eine Minderheitspartei genauso schwer wie im englischen System gegen den Willen der Mehrheitspartei einen eigenen Kandidaten durchzubringen. Besonders nachteilig war nun dieses System für Minderheitsparteien, die in gewissen Teilen eines Wahlkreises Mehrheitspartei waren. Hätte eine solche Minderheitspartei in einem Einerwahlkreis einen Sitz erobert, so verlor sie unter dem schweizerischen System ihre Stimmen. Während also das englische System wohl die kleinen Parteien benachteiligt, begünstigt es dafür die Machtablösung der grossen Parteien. Das schweizerische Sy-

42 TT 6.11.1897.

stem hingegen benachteiligte auch grosse Minderheitsparteien und verhinderte praktisch den Sturz der Mehrheitspartei. Mag das englische System aus Gründen der Mehrheitsbildung, die aber dort nach beiden Seiten spielen, akzeptabel und begründbar sein; das schweizerische System hingegen war (und ist) ungerecht und entsprach Aufgabe und Bedeutung schweizerischer Parlamente (Nationalrat, Grossrat) überhaupt nicht mehr.⁴³

Die Demokraten als Minderheitspartei, die dazu zusammen mit anderen Minderheitsparteien (SP, K-K) den Freisinnigen gegenüberstanden, was sie eher noch mehr benachteiligte, haben die Ungerechtigkeit des Majorz immer wieder hervorgehoben.

«... jede Partei erhält die ihr gebührende Vertretung aus eigener Kraft und mit eigenen Stimmzetteln. ... Der Proporz dient der Wahrheit, der Gerechtigkeit und dem Frieden ... Proporz heisst Gerechtigkeit!»⁴⁴

«..., dass sie ⁴⁵ sich als Totengräber des hohen Ideals der Wahlgerechtigkeit aufspielen.»⁴⁶

«Der Proporz will etwas Höheres, Wahlgerechtigkeit. Letzteres ist für die Herren Forrer und Cie. ein leerer Wahn, weil sie mit Vorrechten aufräumt, an denen jene mit allen Fasern ihres Herzens hängen, weil sie von denselben unrechtmässig profitieren ... Der Proporz gibt jedem das Seine. Die Proporzgegner wollen aber mehr, sie wollen auch noch was ihnen nicht gehört, sie wollen sich das Recht vorbehalten, die Minderheit zu vergewaltigen. Freiwilliger Proporz, wenns ihnen passt, sonst alles «üs» ... Der Proporz schafft wahres Wahlrecht. Das Parlament soll ein getreues Spiegelbild des gesamten Schweizervolkes sein.»⁴⁷

«Der Proporz ist weder konservativ noch radikal, aber ist gerecht. Er gibt jeder einzelnen Stimme die gleiche Stimmkraft.»⁴⁸

Soweit sich die Demokraten durch den Majorz benachteiligt glaubten, war ihr Urteil sicher subjektiv. Es ist aber kaum zu bestreiten, dass der schweizerische Majorz nicht nur die Mehrheitspartei bevorzugte, sondern ebenso sehr deren Ablösung als Regierungspartei praktisch verhinderte. Verdankt eine Partei ihre Mehrheit und die Erhaltung dieser Mehrheit nur noch einem bestimmten Wahlsystem, so wird dieses Wahlsystem selbst zur Ungerechtigkeit. So gesehen war das Urteil der Demokraten und aller anderen Majorzgegner objektiv.

Ein weiteres Argument, das die Demokraten immer wieder zugunsten des Proporzes vorbrachten, war die Frage, ob die Schweiz unter einer vom Majorz

43 Siehe dazu unten, Erläuterungen zu den Zitaten 44–48.

44 TT 30.10.1900.

45 Gemeint sind die Freisinnigen.

46 TT 14.1.1909.

47 TT 8.3.1909.

48 TT 18.10.1910.

getragenen Legislative und Exekutive überhaupt noch regierbar sei. Um auf dieses Argument eingehen zu können, muss man sich kurz Aufgaben und Bedeutung schweizerischer Parlamente (Nationalrat, Ständerat, Grossrat) vor Augen halten. Die Aufgabe unserer Parlamente beschränkte sich in Wirklichkeit auf Beratung von Gesetzen. Dabei muss die Betonung auf Beratung gelegt werden. Ausgearbeitet werden sie in der Regel ja von der Exekutive. Je nach Art der Vorlage kann oder muss dann das Volk die Entscheidung fällen. Der Gesetzgebungsprozess ist also geteilt und der entscheidende Akt dieses Prozesses ist dem Parlament entzogen. In dieser Zweiteilung des Gesetzgebungsprozesses haben die Demokraten mit ihrer Argumentation für den Proporz eingehängt. Nationalrat Curti meinte dazu in seinem bereits zitierten Vortrag, den Minderheitsparteien sei es auf Grund ihrer numerischen Stärke in den Parlamenten, die in keiner Weise ihrem Rückhalt im Volke entspreche, unmöglich auf die Gesetzgebung Einfluss zu nehmen. Ihre Opposition gegen ein Gesetz, die sich vielleicht nur gegen einzelne Teile oder gewisse Punkte richte, könne im Parlament nicht «aktiv» werden. Ihre Rolle beschränke sich dann auf Opposition in den Volksabstimmungen. So werde aus der Oppositionspolitik der Minderheitsparteien gezwungenermassen eine reine Obstruktionspolitik.⁴⁹ Da die Freisinnigen damals nicht mehr auf die absolute Mehrheit der Stimmbürger zählen konnten, war es den Minderheitsparteien durchaus möglich mit dieser Waffe zu drohen. Sicher nicht ganz zu Unrecht hatte das Tagblatt bereits 1891 die Wahl Zemps zum Bundesrat in diesem Sinne interpretiert.⁵⁰ Es schrieb damals, diese Wahl sei kaum mehr zu umgehen gewesen und man könne nur hoffen, dass die Konservativen bereit seien, ihre «prinzipielle Obstruktionspolitik» aufzugeben.

Auf kantonaler Ebene haben es die Demokraten ausgezeichnet verstanden, diese Obstruktionspolitik als Droh- und Druckmittel in der politischen Propaganda einzusetzen. Im Kampf um die Einführung des Proporz auf kantonaler Ebene (1919) und als von freisinniger Seite her in den zwanziger Jahren zweimal versucht wurde, den Proporz wieder abzuschaffen (1925/1927), haben sie zusammen mit den Sozialdemokraten und den Konservativen sehr geschickt mit dieser Drohung gearbeitet.⁵¹

Fassen wir zusammen: Der Proporz war für die Demokraten ein Volksrecht. Nach ihrer Ansicht war er das einzige demokratische und gerechte Wahlverfahren, weil nur er jeden einzelnen Stimmbürger gleich behandelt und jeder Partei den ihr zukommenden Teil an der Macht gewährleisten kann. Gleichermassen entsprach nur er den Anforderungen der Zeit und der Bedeutung unserer Parlamente. Nur eine vom Proporz getragene Legislative und eine aus direkten

49 TT 10./11.2.1899.

50 TT 19.12.1891.

51 TT 1.2.1919; 2.7.1924; 27.8.1924; 1.9.1925; 31.1.1927; 9.2.1927 und 14.3.1927. Dieses Mittel konnten die Demokraten natürlich nur auf kantonaler Ebene einsetzen. Auf eidg. Ebene waren sie für solche Manöver zu schwach.

Volkswahlen hervorgegangene Exekutive waren nach ihrer Überzeugung in der Lage, die Schweiz zu führen und zu regieren.

3.2.3 Zentralismus oder Föderalismus

Kein Staat und erst recht nicht ein Bundesstaat kann der Diskussion ausweichen, wie er Macht und Aufgaben zwischen der Zentrale und den nachgeordneten staatlichen Verbänden verteilen will. Für den Bundesstaat hat diese Frage existentielle Bedeutung. Wohl hat sich einerseits jeder Bundesstaat einmal grundsätzlich für eine föderalistische Struktur entschieden und damit den Einzelstaaten ein gewisses Mass an eigener Souveränität zugesprochen. Andererseits muss dieser Entscheid für jede neue Aufgabe, die an den Staat herantritt, wieder gefällt werden. Dazu verändern sich laufend viele der Umstände, die zu einer bestimmten Aufgaben- und Gewaltenteilung zwischen Bund und Einzelstaaten geführt haben. Diese Grundsatzdiskussion muss also im föderalistischen Staat immer offen bleiben. Für die Demokraten war dies keines der dringendsten Probleme. Sie haben aber, wie bereits oben gezeigt wurde,⁵² dieses Problem durchaus erkannt. Gesucht haben sie die Diskussion eigentlich nie. Bot sich aber die Gelegenheit dazu, so sind sie ihr auch nicht ausgewichen.

Ausgehend von den Parteiprogrammen und den Ideen, die in den vorangegangenen Kapiteln behandelt wurden, kann folgende Tendenz festgestellt werden: Generell wollten die Demokraten wichtige Forderungen auf Bundesebene verwirklichen. Wie bei der Behandlung der Volkswahl des Bundesrates und des Proporzes gezeigt wurde, waren sie sich der Konsequenzen bewusst. Dies musste (und muss noch heute) gezwungenermassen zu einer gewissen Zentralisierung führen; d.h. zu einem Abbau kantonaler zugunsten bundesstaatlicher Kompetenzen. Dies haben sie bewusst in Kauf genommen, denn sie waren nie Freunde eines zu weit gehenden Föderalismus. Als das «Zündhölzchenmonopol»⁵³ am Standesmehr scheiterte, meinte das Tagblatt dazu:

«So wäre doch wenigstens die Volksmehrheit dagewesen, wenn auch nicht die Ständemehrheit, die man einmal in die Rumpelkammer werfen sollte.»⁵⁴

Ähnliche Überlegungen veranlassten das Tagblatt nach der Volkszählung von 1910 zur Bürgerrechtsfrage Stellung zu nehmen. Der relativ hohe Ausländeranteil an der Bevölkerung (15%) löste schon damals einige Unruhe aus. Das Tagblatt hielt eine vereinfachte, obligatorische, geschenkte oder aufgezwungene Einbürgerung durch die Gemeinden für verfehlt. Das Problem sei nur durch

⁵² Siehe oben Anm. 40 und dazugehöriges Zitat im Text.

⁵³ «Zündhölzchenmonopol»: Initiativbegehren zwecks Revision BV 31 und Aufnahme eines Artikels 34ter. Die Initiative wurde in der Volksabstimmung von 29.9.1895 verworfen. Siehe BB1 1891 V 413; 1895 II 647; III 653, 656; IV 1.

⁵⁴ TT 3.10.1895 und TT 25.6.1892. Zu diesem Problem sagte Curti in einer Rede: «Was den Föderalismus betrifft, so haben wir Demokraten immer zu den Zentralisten gehört».

ein «allgemeines, gleiches Schweizer Bürgerrecht zu lösen.»⁵⁵ Die Vereinheitlichung der Rechtspflege wurde von den Demokraten immer auch als eine Hinwendung zu mehr Zentralismus verstanden und begrüsst. So schrieb das Tagblatt zur Strafrechtsvereinheitlichung, ein eidgenössisches Strafgesetz diene nicht nur dem Fortschritt, der Vereinheitlichung und der Modernisierung der Strafrechtspflege, sondern auch der Zentralisation.⁵⁶ Selbst die Einführung einer eidgenössischen Verwaltungs- und Disziplinargerichtsbarkeit wurde unter diesem Aspekt betrachtet.⁵⁷

Die Thurgauer Demokraten waren also keine grossen Verfechter des Föderalismus. Einen Einheitsstaat nach französischem Muster erstrebten sie sicher nicht. Am schweizerischen Föderalismus wollten sie aber einige deutliche Abstriche vornehmen.

3.3 *Wirtschafts- und Sozialwesen*

Einleitung:

Wahrscheinlich sind in keinem anderen Bereich der Politik in den letzten hundert bis hundertfünfzig Jahren grössere Veränderungen oder Fortschritte zu beobachten als in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Während im vorigen Jahrhundert die Gründerväter des «liberalen» Staates überall darauf abzielten, Staat und Wirtschaft sorgfältig voneinander zu trennen, wobei in erster Linie dem Staat jede Einflussnahme auf die Wirtschaft entzogen werden sollte und nicht umkehrt, prägen heute wirtschafts- und sozialpolitische Probleme weitgehend unsere Politik. Man erinnere sich hier nur etwa an den ständig wachsenden Anteil der Sozialausgaben am gesamten Bundesbudget. Der Wahrheit halber muss aber festgehalten werden, dass die Schweiz nie ein liberaler Staat im extremsten Sinne war. So hatte bereits der Zweckartikel der Bundesverfassung¹ dem Bund eine Aufgabe gegeben, die in Wirklichkeit in den Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik gehört. Trotzdem hätte sich damals wahrscheinlich niemand vorstellen können, dass AHV/IV/EO, SUVA und Arbeitslosenversicherung oder Konjunktur- und Währungspolitik einmal zu den wichtigsten Aufgaben unseres Staates werden könnten.

Einerseits erlaubte und förderte dieser liberale Staat den industriellen und wirtschaftlichen Aufschwung in einem bis anhin unbekannten Ausmass. Andererseits zeigte es sich bald einmal, dass er nicht nur unfähig war, die anliegenden Sozialprobleme zu lösen, sondern diese zu einem beachtlichen Teil sogar

55 TT 15.4.1912.

56 TT 18.8.1927.

57 TT 16./19.10.1914. Bericht vom Parteitag der Thurgauer Demokraten vom 18.10. Die eidg. Verwaltungs- und Disziplinargerichtsbarkeit (Revision BV 103 und Aufnahme von Artikel 114 bis) wurde am 25.10.1914 angenommen. Siehe dazu: BB1 1914 III 627, 779, 731; IV 668.

1 BV 2.

selber verursachte. Während z.B. in der vorindustriellen Zeit der alternde Mensch schrittweise aus dem Produktionsprozess in Landwirtschaft und Handwerk (dort arbeiteten die meisten Menschen) austrat und von der Familie relativ leicht versorgt werden konnte, war und ist der grosse Teil der Bevölkerung des Industriezeitalters dazu nicht in der Lage. Vor allem die Wohnverhältnisse und das Einkommen der Arbeiterschaft erlaubten dies nicht mehr.

Nicht von ungefähr wurde dann in Deutschland und nicht in England die erste gezielte staatliche Sozialpolitik betrieben (wenn man einmal von Einzelfällen wie dem Fabrikgesetz im Kanton Glarus absieht). Für Bismarck, als konservativ-paternalistischen Politiker, war eben Sozialpolitik, die ja immer einen Eingriff des Staates in die Wirtschaft verlangt, keine Erbsünde. So kamen auch in vielen anderen Staaten die ersten Anstösse zur Sozialpolitik meistens aus nichtliberalen oder nur bedingt liberalen Kreisen; d. h. aus konservativen, christlichen, linksbürgerlichen, sozialistischen usw.

Auch die Demokraten hatten schon früh gesehen, dass der Liberalismus und der liberale Staat in Erscheinungsbild und Grundkonzeption seine Schwachstellen hatte und zeigte. Mit den wirtschafts- und sozialpolitischen Postulaten in den Parteiprogrammen betrieben sie im allgemeinen Symptombekämpfung, während dann mit den Forderungen nach der Einführung von Staatsmonopolen schon eher Grundsätzliches in Frage gestellt wurde. Die Ursachen für die Fehlentwicklungen und Probleme des liberalen Staates und des Liberalismus wurden im besonderen Verhältnis dieses Staates zu seiner Wirtschaft gesucht. Einerseits hatte die Trennung von Staat und Wirtschaft und die Freiheit des Einzelnen im Bereiche der Wirtschaft den industriellen und wirtschaftlichen Aufschwung gefördert; andererseits hatten gerade dieses Abseitsstehen des Staates und die Freiheit (des Unternehmers) den wirtschaftlich Schwachen dem Schutz des Staates entzogen. Dies war eindeutig die Kehrseite des Systems. Gerade in dieser Problematik haben die Demokraten mit ihrer Analyse und Kritik am Wirtschaftssystem jener Zeit eingehängt und daraus ihre wirtschafts- und sozialpolitischen Ideen entwickelt und begründet.

«Die Freiheitsidee, welche unseren Schweizerbund bis auf die Gegenwart beseelte und zusammenhielt, darf nicht zu einem Freibrief für Zügellosigkeit und Zuchtlosigkeit werden, weder auf wirtschaftlichem noch auf politischem oder auf persönlichem Gebiete. Gerade die Demokraten haben schon frühzeitig, zum Teil zusammen mit den Sozialisten, den Christlich-Sozialen, den Sozial- und Religiösgesinnten im Volke mit Bedauern die Verheerungen konstatiert, welche durch die Betätigung der Idee der schrankenlosen Freiheit beim Einzelnen in der Gesellschaft und im Staate angerichtet wurden. Auf wirtschaftlichem Gebiete hat das *laissez faire, laissez aller* (gehenlassen), der Manchesterfreisinn zur rücksichtslosen Ausbeutung grösserer Massen des Volkes auf der einen Seite und zur Ansammlung bedeutender Kapitalien

in den Händen weniger auf der anderen Seite geführt. Das war der eine Grund, weshalb die Demokraten sich von den Freisinnigen loslösten, um hier im Gegensatz zum einflussreichen Fabrikantenfreisinn dem Missbrauch des Freiheitsprinzips auf wirtschaftlichem Gebiete entgegenzutreten und um das Recht des Staates zu kämpfen, zum Schutze der Schwachen einzugreifen. Diese urchig demokratische Gesinnung legte den Grundstein zu der sozialpolitischen Bewegung und Gesetzgebung des letzten halben Jahrhunderts und der Gegenwart. Auf politischem Gebiete ist der schrankenlosen Freiheit Einzelner und einer privilegierten Schicht in der Leitung des Staates durch den Ausbau des Volksstaates und die Sicherung der Volksrechte entgegengewirkt worden.

Nicht nur wird durch die politische Demokratie die politische Macht privilegierten Ständen und Kreisen entrissen und in die Hände des Volkes gelegt, sondern ihr Erfolg sichert auch die beste Grundlage für die Schaffung und den Ausbau der wirtschaftlichen und sozialen Demokratie. Durch die Erhebung des Volkswillens zum entscheidenden Faktor wird die beste Garantie dafür geschaffen, dass eine möglichst grosse Zahl der Volksgenossen nach Möglichkeit unter glücklichen Verhältnissen lebt. Dass eine derartige Staatsordnung, welche auf einen Mittelstand hinarbeitet, nicht ohne erhebliche Beschneidungen und Freiheitsbeschränkungen für den Einzelnen und von Gruppen abgeht und dass vor allem der Gewissenlose, Rücksichtslose oder Gewalttätige in seine Schranken zurückgewiesen werden muss, ist gegeben. Nur nebenbei sei bemerkt, dass auch auf dem Gebiete der persönlichen Lebensführung der Grundsatz der unbedingten Freiheit Bankrott gemacht hat und auch die moderne Pädagogik demselben nicht huldigen kann. Das wahre Volksinteresse verlangt nicht schrankenlose Freiheit, sondern politische, wirtschaftliche und soziale Demokratie.»²

Wie wir in diesem Artikel sehen, lehnten die Demokraten die uneingeschränkte Freiheit des Einzelnen im Wirtschaftsleben ab. Das Wohl der Benachteiligten bedeutete ihnen mehr. Selbst in den übrigen Bereichen waren sie gegen einen weiten Freiheitsraum und zuviel Individualismus. Nur so konnte nach ihrer Meinung der Volkswille durch die Ausübung der Volksrechte zum Tragen kommen und der demokratische Staat geschaffen werden. Beide sind dann «die beste Grundlage für die Schaffung und den Ausbau der wirtschaftlichen und sozialen Demokratie.»³ Der letzte Satz dieses Artikels – «Das wahre Volksinteresse verlangt nicht schrankenlose Freiheit, sondern politische, wirtschaftliche und soziale Demokratie» – drückt irgendwie in kürzester Form sämtliche Ideen und Forderungen der Demokraten aus. Über diese «politische» Demokratie, d. h. ihre Idealvorstellungen vom Staat, haben wir bereits gespro-

2 TT 25./27.7.1922.

3 a.a.O.

chen. Offen und zu behandeln ist jetzt noch die Frage, wie sie diesen Staat in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung ausgestalten wollten.

Was hiess nun für die Thurgauer Demokraten Wirtschafts- und Sozialpolitik überhaupt? Welche Bedeutung massen sie ihr bei und welches Ziel gaben sie ihr? Wenn man die Parteiprogramme durchliest, kann man auf die eine oder andere Frage eine Antwort bekommen. Es ist klar, dass die Forderungen nach der Einführung einer AHV oder des Zündhölzchenmonopols Antworten auf ganz bestimmte Missstände waren. Aber hinter der Gesamtheit dieser Forderungen müssen noch mehr und tiefere Ideen und Gedanken gestanden haben. Am einfachsten und besten lassen wir dazu einmal das Tagblatt zu Wort kommen:

«Bei allen Völkern, unter allen Rassen die gleiche Jagd nach dem Glücke. Mutig ringen die unteren Schichten der Bevölkerung um ihr Daseinsrecht; es lebt und arbeitet in ihnen mächtiger denn anderswo der Erhaltungstrieb und ist das Leben noch so kärglich, noch so elend, mit Aufbietung der ganzen Kraft wird es geschützt, denn es ist eben heilig. Die Gedrückten vereinigen sich unter einer eigenen Fahne und vorwärts gehts in den heiligen Kampf wider der Menschheit Geissel, wider den goldenen Fluch, wider Gewalt-herrschaft und Ausbeutung.

Die Freunde der Sozialreform der verschiedensten Parteien reichen sich die Hand, um bessere menschenwürdigere Zustände zu schaffen. Vergeblich ist das Bemühen der finsternen Mächte, der sozialen Bewegung Stillstand zu gebieten, denn mit der Wucht eines Elementarereignisses bricht sie sich Bahn. Der erfinderische Menscheng Geist hat Mittel gefunden, die das irdische Leben vielfach verschönern, sorgloser und lieblicher gestalten und alle sollen teilhaftig werden der Bequemlichkeit des modernen Lebens. Es wächst hier nieden Brot genug für alle Menschenkinder. Wie arm wäre die Welt, wenn jeder bloss für sich sorgen würde, wie leer, wie öde ginge dann der Mensch durchs Leben! Nein, edlere Ziele, höhere Ideale schwellen des Menschen Brust. Nicht was dem Einzelnen nützt, sondern was dem ganzen Volk frommt, das sei unser Ziel. Die Selbstsucht muss besiegt werden, damit Gemeinsinn erblühe. Der Glaube an den Sieg der Wahrheit und Gerechtigkeit, an eine bessere Zukunft ist der Kompass, der unserm Lebensschifflein den Weg weist.

Auch das neue Jahr soll uns wieder im Kampf um die gute Sache der gedrückten Volksklassen auf dem Posten finden. Wir zählen weiterhin auf die getreue Mitarbeit unserer Freunde, deren Zahl sich erfreulicherweise täglich mehrt. Vereint sind auch die Schwachen mächtig. So mancher steht noch abseits, vereinzelt, der in der grossen demokratischen Fortschrittsarmee einen Platz als einfacher Soldat einnehmen sollte. Möchte doch das neue Jahr un-

ser Volk wieder einen kräftigen Schritt vorwärts führen und Institutionen ins Leben treten sehen, die dem Volk zum Segen gereichen.»⁴

«Und doch gibt's für die Demokratie kein anderes Ziel, keinen anderen Weg zur Erfüllung ihrer hohen Aufgabe, ein Hort der Schwachen und Gedrückten zu sein, als dass über die trennenden Schranken der Partei, der Konfession und der Sprache hinweg alle, die guten Willens sind, mitarbeiten am grossen Werke des sozialen Fortschritts. In der Demokratie müssen alle Volksschichten Opfer bringen können für die allgemeine Wohlfahrt.»⁵

«... Aufgabe der demokratischen Partei, auf einen Ausgleich in der Sozialpolitik hinzuarbeiten, die Gegensätze unter den Wirtschaftsgruppen nach Möglichkeit ausgleichen zu helfen, statt zu verschärfen.»⁶

«Wir glauben als Idealisten an eine wahrhaft menschenwürdige Gestaltung des Gemeinschaftslebens auf der ganzen Erde und allen Gebieten desselben, also an die Lösung vor allem der sozialen Frage.»⁷

Wie bereits im ersten zitierten Artikel⁸ zu lesen ist, wollten die Demokraten die gesamte Gesellschaft in den Mittelstand hineinführen. Zwischen den Zeilen ist dieses Ziel auch in den folgenden Zitaten zu finden. Dabei ging es ihnen kaum um eine Mittelstandspolitik im üblichen Sinn. Selbstverständlich kam auch der Wunsch zur Stärkung des bereits bestehenden Mittelstandes zum Ausdruck. Hauptsächlich sollte aber die wirtschaftliche Lage der unteren Volksschichten verbessert und die der Oberschicht «verschlechtert» werden. Ihr Ziel war also eine Art «Mittelstands-Gesellschaft». Der Weg zu diesem Ziel führte über die Lösung der sozialen Frage. Auch hier sollten die Volksrechte das Werkzeug zur Durchsetzung dieser Ideen sein.

Dieser Ausgleich der wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze war nach der Meinung der Demokraten und ihrer Zeitung für jede Gesellschaft von lebenswichtiger Bedeutung. Denn eine Gesellschaft, die nicht auf dieses Ziel zusteuert, hat keine Zukunft und wird einem diktatorischen Regime linker oder rechter Observanz verfallen.⁹

Wirtschafts- und Sozialpolitik dient also nicht nur dem wirtschaftlichen und sozialen Ausgleich, sondern auch der Vorbeugung unerwünschter politischer Entwicklungen.

Wie beurteilten nun die Demokraten das damalige Wirtschaftssystem der Schweiz und die sozialen und wirtschaftlichen Zustände in unserem Land? Details sollen hier noch nicht besprochen werden. Deshalb genügen einige einführende Bemerkungen. Eine differenzierte Betrachtung soll später vorgenommen

4 TT 1.1.1899.

5 TT 1.1.1903.

6 TT 2.1.1912.

7 TT 13.11.1916.

8 Siehe oben Anm. 2.

9 a.a.O.

werden. Ganz allgemein können wir aber festhalten, dass die Antwort desto negativer ausfällt, je mehr wir zeitlich zurückgehen. Es ist also auch hier eine gewisse Links-Rechts-Verschiebung festzustellen. Falsch wäre es aber zu sagen, in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts seien die Demokraten «Sozialisten» und in den 20er Jahren dieses Jahrhunderts «Liberale» gewesen.

In den 90er Jahren war aber ihre Opposition auf dieser Ebene der Politik schärfer und eindeutiger.

«Der Giftbaum der Börse hat zahlreiche Opfer gefordert. In Winterthur fing's an, in Uster und Basel war Fortsetzung, wo der Schluss sein wird, wissen die Götter. Man ruft nach staatlichen Massregeln gegen das Börsenunwesen. Das Einfachste wäre, der Staat verböte das Börsenspiel überhaupt. Das ist im heutigen Staat allerdings ein Ding der Unmöglichkeit, aber irgend etwas sollte geschehen, um dem Börsenschwindel ein Ende zu machen.

Der Tanz um das goldene Kalb hat grauenerregende Dimensionen angenommen; Tausende wollen ernten, wo sie nicht gesät, Tausende wollen reich werden nicht durch redliche Arbeit, sondern durch mühelose Spekulation. Ein Jagen und Hasten nach materiellem Genuss ist nicht bloss die Signatur des abgelaufenen Jahres, sondern unserer Zeit überhaupt. Mit Gesetzesparagraphen gegen das Börsenunwesen ist daher nicht zuviel gewonnen, wenn nicht die Gesellschaft selbst zur Einsicht kommt, dass das Übel an der Wurzel ausgerottet werden sollte.»¹⁰

«Dann aber ist der Hauptgrund der Abneigung – ist Hr. Curti antikapitalistisch, während die Mehrheit unserer Rathsmitglieder dem Kapitalismus wohl will. Das letztere ist sehr erklärlich. Denn die meisten National- und Ständeräthe sind Kapitalisten, entweder einfache Geldkapitalisten, die behaglich die Zinsen einstreichen, welche ihr Geld ihnen ohne jegliche Mühe und Arbeit bringt, oder Unternehmer, aktive oder passive, die um ihren Unternehmergewinn besorgt sind; besorgter natürlich, als um das Wohl ihrer Arbeiter. Noch andere Rathsmitglieder sind zwar weder das eine noch das andere, wenigstens nicht in hervorragendem Masse, aber ihr durch unsere Gesellschaftsordnung bedingtes reichliches Einkommen macht sie zu natürlichen Alliierten der Kapitalisten. Endlich gibt es wohl auch solche, die in durchaus uneigennütziger Weise des Glaubens sind, die uneingeschränkte Konkurrenz, die eigentliche Lebensluft des Kapitalismus, sei immer noch das beste, ordnende und regulierende Prinzip des Wirtschaftslebens. Sie vermögen sich vom Banne des Manchesterthums nicht loszureissen, stecken sie doch seit ihren Jugendjahren darin und ist es doch für Ältere so schwer, lang gehegte Anschauungen aufzugeben und mit der Zeit fortzuschreiten. ... Wir wiederholen: die grosse Mehrheit der Mitglieder unserer obersten gesetzgebenden Behörden ist dem Kapitalismus durchaus nicht abgeneigt.

¹⁰ TT 29.12.1891.

Daher ihre natürliche Abneigung gegen das kleine Häuflein der Demokraten, der Träger der modernen Anschauung, wonach der wilde Konkurrenzkampf durch gesetzgeberische Erlasse eingedämmt und die Arbeit geschützt werden muss. Daher ihre offene oder versteckte, grössere oder geringere Abneigung gegen die Sozialpolitik und deren einflussreichste Repräsentanten. Der Arbeitsschutz schmälert die Dividenden, tastet <wohlerworbene Privatrechte> an und macht die Geschützten <begehrlich>; die Staatsmonopole verengen das Feld der Spekulation; die genauen statistischen Erhebungen (Enqueten) bringen Dinge ans Tageslicht, welche den Kapitalismus diskreditieren. Alles das ist unbequem und, wenn möglich zu vermeiden. Überhaupt wäre es nach dem kapitalistischen Katechismus am besten, wenn sich die Massen gar nicht oder möglichst wenig um ihre Klasseninteressen und um ökonomische Fragen bekümmerten. Anstatt ihr zeitliches, sollten sie lieber ihr ewiges Heil bedenken!»¹¹

Man merkt hier sofort, dass in dieser frühen Zeit sozialistisches Gedanken- gut nicht ganz spurlos an den Demokraten vorbeigegangen war. Für viele liberale oder freisinnige Ohren tön- ten diese demokratischen Stimmen damals wahrscheinlich ziemlich suspekt. Dabei ging es den Demokraten – soviel lässt sich wohl diesem Artikel entnehmen – kaum um die Abschaffung des «kapitalistischen» Systems an sich. Einige dieser Forderungen und Ideen, die uns heute vielleicht selbstverständlich erscheinen, rüttelten für das Verständnis der damaligen Zeit wohl doch bereits am Fundament. Im Laufe der Zeit «milderte» sich die Einstellung der Demokraten zu diesen Problemen etwas. Man sollte diese Entwicklung aber auf keinen Fall mit dem «Zorn der Jugend» oder ähnlichen Argumenten begründen, denn im Prinzip blieben sie ihren ursprünglichen Ideen immer treu. So hielt etwa Vögelin 1907 in Weinfelden zum 1. Mai ein Referat, in dem er an Hand des «wissenschaftlichen Sozialismus» Ursachen und Ziele der sozialen Kämpfe darlegte und darauf hinwies, «dass es Pflicht des Staates werde, die Privatmonopole zu verunmöglichen und an sich zu reissen.»¹² Was Vögelin im einzelnen unter «wissenschaftlichem Sozialismus» verstand, bleibe dahingestellt; aufschlussreich ist dieses Referat trotzdem. Noch 1929 schrieb das Tagblatt über die freisinnige Partei, diese sei immer noch die Partei des «Grosskapitals» und «Manchesterliberalismus», sei sozial wenig bis gar nicht aufgeschlossen und halte den Staat für ein notwendiges Übel und sei trotzdem die dominierende Kraft in der schweizerischen Politik geblieben.¹³

Der Rahmen der Ideen der Demokraten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik ist in dieser Einführung grob abgesteckt worden. In den folgenden Kapiteln soll nun versucht werden, auf einige Aspekte besonders einzugehen. Das Schwergewicht liegt dabei bei folgenden Bereichen:

¹¹ TT 25./26.6.1892.

¹² TT 2.5.1907.

¹³ TT 28.3.1929.

- «Soziale Frage»: Was verstanden die Demokraten unter dem immer wieder verwendeten Begriff «soziale Frage»? Wie beurteilten sie ganz allgemein die sozialen Zustände ihrer Zeit? Wo setzte ihre Kritik ein? Wo glaubten sie die Gründe und Ursachen der sozialen Missstände entdeckt zu haben?
- «Wirtschafts- und sozialpolitische Ideen»: Mit welchen Massnahmen wollten sie diese Missstände bekämpfen und beheben?
- «Wirtschafts- und sozialpolitische Aktivitäten»? Abgehend von der Konzeption dieser Arbeit soll hier versucht werden, einige der wichtigsten Aktionen der Demokraten auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Sozialpolitik herauszugreifen.
- «Kapitalismus» Hier soll ganz speziell der Frage nach dem grundsätzlichen Verhältnis der Demokraten zum «kapitalistischen» Wirtschaftssystem nachgegangen werden.
- «Marxistisch-sozialistische und genossenschaftliche Modelle» Diese Betrachtung ist als Gegenstück zum vorangehenden Kapitel zu verstehen.

3.3.1 Die Demokraten und die soziale Frage

In verschiedenen Zusammenhängen sind wir bis jetzt immer wieder Auseinandersetzungen der Demokraten mit der sozialen Frage begegnet. Wir haben gesehen, dass sie die Entstehung vieler Probleme, mit denen sie sich beschäftigten, auf wirtschaftliche und soziale Missstände zurückführten. In ihren Programmen nahmen wirtschafts- und sozialpolitische Postulate immer einen sehr breiten Raum ein. Wenn wir, ohne weiter darauf einzugehen, unter «sozialer Frage» einmal die Summe aller wirtschaftlichen und sozialen Probleme verstehen, so sehen wir, dass diese «soziale Frage» und die Auseinandersetzung mit ihr für die Demokraten von grösster Bedeutung war. Vögelin hielt diese in seinem Antrittsartikel als Redaktor am Thurgauer Tagblatt sogar für das wichtigste Problem seiner Zeit:

«Weitaus die wichtigste Frage, die die heutige Welt in Atem hält, ist die soziale. Zu dieser Frage Stellung zu nehmen, ist die erste Pflicht eines Redaktors. Sind auch die Zustände in der Schweiz und speziell im Kanton Thurgau, der doch vorwiegend ein ackerbaubetriebender ist, glücklicherweise noch nicht so schlimm wie in anderen Ländern, z.B. in England, wo der Mittelstand fast gänzlich verschwunden ist, und Reiche und Arme einander als erbitterte Gegner gegenüberstehen, so weiss doch jeder Einsichtige, dass auch bei uns noch mehr getan werden kann und soll für die materielle und geistige

Hebung des Volkes ... Darum sei unsere Losung: Vorwärts auf allen Gebieten des Lebens, denn rasten heisst rosten, und Stillstand ist Rückschritt.»¹⁴

Wie bereits gesagt, kann unter dem Begriff «soziale Frage» die Summe aller Missstände verstanden werden. Dieser vorläufigen Definition hätten die Demokraten sicher auch zugestimmt. Darüber hinaus bedeutete diese für sie aber noch mehr. Die Missstände waren für sie nur das äussere Erscheinungsbild dieses Problems. Dazu schrieb das Tagblatt in einem Artikel zur sozialen Frage:

«Es herrscht allgemein die Ansicht, die soziale Frage, welche noch von keiner Zeitepoche, durch keine Staatsaktion und durch keine Revolution endgültig gelöst worden ist, habe erst in unserem Jahrhundert praktische Gestalt und Form angenommen. Das ist aber ein grosser Irrthum und es bewährt sich auch hier wieder das Wort aus dem Munde des Rabbi Ben Akiba: Alles schon dagewesen.

Die ungleiche Vertheilung der Glücksgüter hat zu allen Zeiten auf Seiten der Minderbegünstigten Unzufriedenheit, Neid und Missgunst erregt. Der Zustand der Ungleichheit in der wirthschaftlichen Lage ist eine unabweisbare Folge der Ungleichheit der menschlichen Kraft und der ökonomischen Mittel im Kampf um's Dasein; der Stärkere wird Herr und gründet sich auf dem Nacken des Unterlegenen und auf Kosten desselben eine bessere Existenz. Die Reichen des Alterthums mit ihren Sklaven, die Feudalherren des Mittelalters mit ihren Hörigen und Leibeigenen, die Unternehmer der Gegenwart mit ihren Arbeitern – überall zeigen sich die nämlichen Erscheinungen: die eine Gesellschaftsklasse steht vollständig im Dienste der anderen. In diesem Verhältnis ist nun aber allerdings nicht von selbst verstanden, dass die eine Klasse die andere ausbeuten, aussaugen und nur geniessen soll, während die andere entbehrt; aber die thatsächliche Unabhängigkeit führt leicht zu einem solchen Zustande. Jahrhunderte lang beugt sich der Unterdrückte unter das Joch, bis endlich die Zeit kommt, wo das Rechtsbewusstsein in den Massen mit Macht erwacht und sie fordernd nach den Menschenrechten rufen. Werden sie nicht gutwillig gewährt, so suchen die Verzweifelten in erbittertem Klassenkampf dieselben zu erobern.

Das ist die soziale Frage. Im elften Jahrhundert nach Christo herrschten im alten Wunderlande China ähnliche soziale Zustände, wie sie heutzutage bei uns sich fühlbar machen. Das Haupt der damaligen sozialen Bewegung ... stellte eine Theorie auf, welche jedem modernen sozialistischen Schriftsteller zur Ehre gereichen würde. Er predigte unter Anderem: «Um die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu verhindern, muss der Staat sich aller Hilfsquellen des Landes bemächtigen und der einzige Ackerbauer, der einzige Industrielle und der einzige Handelstreibende sein. Er bestimmt alsdann die Preise der Waren. Er legt den Reichern Steuern auf, von denen die

¹⁴ TT 1.5.1890; Vögelin hatte England mit eigenen Augen gesehen und wusste, wovon er sprach.

Armen befreit sind, setzt die Vertheilung derselben fest, damit es keine Armen und Bedürftigen mehr im Staate gebe.»¹⁵

Nach diesem Artikel ist die soziale Frage ein Problem der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, der Macht und der menschlichen Charaktereigenschaften. Also alles in allem ein weitreichendes und umfassendes Problem. Die grundlegenden Fragen dieses Problems sind die Ursachen der Missstände, in denen sich die soziale Frage dem Betrachter zeigt. Für das Tagblatt waren dies keine naturgewollten Voraussetzungen des menschlichen Zusammenlebens. Es war überzeugt, der Mensch sei fähig, diese zu verändern. Von seinem Standpunkt aus, konnte die soziale Frage nie nur durch sozialpolitische Massnahmen (z.B. AHV, Arbeitslosenkassen, Krankenkassen) gelöst werden. Tiefgreifendere Reformen waren für die Demokraten ebenso notwendig.

Bei der Sichtung des Materials fällt auf, dass die Demokraten einigen Problemen besonderes Gewicht beimessen. Ob das nur durch das Fehlen oder Vorhandensein von Quellenmaterial bedingt ist, lässt sich nicht beurteilen. Es geht dabei um die Frage nach der Stellung der Frau in der Gesellschaft, nach der Entstehung des Verbrechens und des Anarchismus und nach der Bedeutung der Arbeitslosigkeit.

Die Beurteilung der Stellung der Frau in der Gesellschaft war (und ist) einerseits zeitgebunden und dann vor allem von der ideologischen Herkunft des Betrachters abhängig. Ausgehend von einer solchen Beurteilung können also immer gewisse Rückschlüsse über den Verfasser gezogen werden. Das Tagblatt hat sich 1896 in einer Artikelserie intensiv mit diesem Problem befasst. Die Artikel selber gehen auf einen Vortrag von Parrer Pflüger zurück. Wie sah nun das Tagblatt das Problem der Stellung der Frau in der Gesellschaft und ihrer Emanzipation?

«Noch niemals hat das Ringen der Unterdrückten und Enterbten eine so gewaltige Ausdehnung angenommen wie in unseren Tagen. Vor unserem Auge erhebt sich das Bild einer emporschreitenden, zu neuen Vervollkommnungen unaufhaltsam vordringenden Menschheit und im Geiste sehen wir immer deutlicher die Umrisse einer ganz neuen, menschenfreundlichen Ordnung unserer Gesellschaft. Wir stehen mitten drin in der grossartigsten Revolution, welche die Menschheit erlebt, in einer den einen langsam, den andern allzu rasch sich vollziehenden Umgestaltung aller sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse und Einrichtungen. In dieser sozialen Bewegung ist die heutige Frauenbewegung ein integrierender Bestandteil, denn auch die Frauen gehören zu den Unterdrückten und Ausgebeuteten. Wenn auch einzelnen Frauen zu allen Zeiten ein befriedigendes Los zu teil geworden, wenn auch in manchen Ehen die Frau das Szepter führt, das Frauenge-

15 TT 18.8.1889.

schlecht als solches und ganzes wird minderwertig behandelt und entbehrt der rechtlichen und ökonomischen Stellung, die ihm gebührt.

... Die seit dem letzten Jahrhundert in der Kulturwelt aufgenommene kapitalistische Wirtschaftsordnung hat im höchsten Masse zersetzend und auflösend auf das Familienleben gewirkt und dadurch dem Frauengeschlecht unermesslichen Schaden zugefügt. Schon durch seine zerstörenden Einwirkungen auf Familie und Haus hat der herrschende Kapitalismus sich selbst das Urteil gesprochen. Es ist sattsam bekannt, dass infolge der niedrigen Arbeitslöhnung des Mannes die Ehefrau des Arbeiters zur industriellen Arbeit gezwungen wurde; dass bei der an Stelle der Hausindustrie getretenen Fabrikarbeit der Frau die Pflege und Erziehung der Kinder, wie die Besorgung des ganzen Hauswesens verwahrlost wurde; dass die auf Grund des Privateigentums an Grund und Boden mit Notwendigkeit entstehende Wohnungsnot zur Auflösung der Familie beitragen musste; dass durch die kärgliche Lebenshaltung und die häufige Arbeitsübermüdung dem Alkoholumismus der Männerwelt, der seinerseits wieder die Banden des Familienlebens löst, Vorschub geleistet wurde; dass mit der geringen Löhnung der Frauenzimmer und den häufigen Industriekrisen die bedenkliche Ausdehnung der Prostitution zusammenhängt, die selbst die tiefste Entwürdigung des Frauengeschlechts darstellt und andererseits wieder vergiftend und verseuchend auf das Familienleben wirkt. Kurz, es ist die unersättliche Ausbeutungs- und Profitwut des Kapitals, welche unmittelbar und mittelbar die proletarische Familie zersetzt, und die Stellung des Weibes trostloser und verzweifelter als je gemacht hat.

... Die Frauenfrage wurzelt nicht bloss im Geschlechtsgegensatz, sondern auch in Kasten und Klassengegensätzen; sie ist ein Teil der sozialen Frage, aus deren Abgrund ja mehr oder weniger alle praktischen Fragen und Probleme unserer Tage gespenstisch hervorstechen; ihre Lösung beruht in der ökonomischen Unabhängigkeit der Frau einerseits vom Mann, andererseits auch von der kapitalistischen Ausbeutung.

... Als Ziel der Entwicklung postulieren wir nicht einen Zustand, da alle Frauen von industrieller Arbeit befreit sind; vielmehr wird die Teilnahme an der nationalen Produktion für die meisten Frauen eine Bedingung ihrer ökonomischen Selbständigkeit und Unabhängigkeit sein. Aber ein Zustand schwebt uns vor, da die verheirateten Frauen wenigstens im Fall und solange sie Kinder zu warten und zu erziehen haben, bloss ihrem Hauswesen zu leben haben, während die Männer durch ausgiebige Löhnung der Arbeit ohne Not allein für ihre Familie aufkommen können; da den unverheirateten Frauen für die gleiche Arbeit der gleiche Lohn verabfolgt wird wie dem Manne, vor allem aber die Konkurrenz zwischen Mann und Frau auf wirtschaftlichem Gebiet in eine Solidarität der Interessen umgewandelt ist; ...»¹⁶

16 TT 17./18./19.11.1896.

Der Satz – «In dieser sozialen Bewegung ist die heutige Frauenbewegung ein integrierender Bestandteil, denn auch die Frauen gehören zu den Unterdrückten und Ausgebeuteten»¹⁷ – zeigt deutlich, dass für den Verfasser die Frauenfrage nur ein Teil der sozialen Frage war. Die Gründe lagen für ihn in den Ungerechtigkeiten des Wirtschaftssystems, die eben auch die missliche ökonomische Lage der unteren Volksschichten verursachten. Bei der Betrachtung dieses Artikels muss man der Person des Referenten Rechnung tragen. Pflüger hat später in Zürich als eher linker Sozialdemokrat in der Politik Karriere gemacht. Der Redaktor des Tagblattes muss aber mindestens die allgemeine Tendenz dieses Vortrages gebilligt haben. Denn einerseits hätte er diesen ja nicht publizieren müssen, und andererseits hat er ihn anscheinend auch nicht wörtlich abgedruckt.¹⁸ Dazu verzichtete er auch auf jeden Kommentar zu diesem Artikel. Viele Jahre später, nämlich im Parteiprogramm von 1931, hat dann die demokratische Partei offiziell zur Frauenfrage Stellung genommen. Die Ideen, denen wir dort begegnen, unterscheiden sich aber um einiges von diesen hier. Wir haben aber bereits bei der Behandlung jenes Programms festgestellt, dass es im Vergleich zu den älteren Parteiprogrammen in mehreren Punkten neue Wege suchte. Es wäre natürlich auch möglich, dass das Tagblatt unter seinem Redaktor Vögelin 1896 innerhalb der Partei mindestens in dieser Frage eine eher extreme Position einnahm. Persönlich würde ich diese zweite Möglichkeit ablehnen; beweisen lässt sich das aber nicht. Wir können aber festhalten, dass innerhalb der Partei ohne weiteres ganz verschiedene Meinungen vertreten werden konnten.

Die Arbeitslosigkeit war für das Tagblatt eines der drückendsten Probleme der Zeit. Diese war allerdings für die Betroffenen damals noch um einiges schlimmer als heute, da es kaum Arbeitslosenkassen gab, in vielen Industriezweigen die Arbeitslosigkeit beinahe endemisch war und die wenigsten Arbeiter über Ersparnisse verfügten. Ähnlich wie heute in den Entwicklungsländern war ja die Arbeitslosigkeit in Europa und Amerika geradezu eine Begleiterscheinung der ersten Phasen der industriellen Entwicklung.

Nur mit viel Mühe und Rückschlägen gelang es später die Arbeitslosenziffer zu reduzieren, wobei in Wirklichkeit bis in die heutige Zeit hinein das Problem nicht endgültig gelöst werden konnte.

Das Tagblatt hat sicher zu Recht zwischen endemischer und krisenbedingter Arbeitslosigkeit unterschieden. Kritisiert hat es vor allem, dass der Staat nichts gegen die endemische Arbeitslosigkeit, d.h. gegen die industrielle Reservearmee der Arbeitslosen, unternahm. Es wusste anscheinend, dass die Bekämpfung krisenbedingter Arbeitslosigkeit viel schwieriger war und ist. Das Tagblatt sah in der Arbeitslosigkeit nicht nur die Probleme des Arbeitslosen, der durch seinen Verdienstausschlag fast immer der Armengekössigkeit verfiel. Nach seiner

¹⁷ a.a.O.

¹⁸ Der Artikel wird ausdrücklich mit den Worten «Nach einem Referat...» eingeleitet.

Meinung war die Arbeitslosigkeit in vielen Fällen auch die Ursache der Zerrüttung von Familie und Moral, des Alkoholismus, der Prostitution und des Verbrechens, also alles Erscheinungen, die an den Fundamenten von Staat und Gesellschaft nagten.¹⁹

Ein weiteres typisches Problem der sozialen Frage war für das Tagblatt der Anarchismus; typisch nicht nur als Erscheinung, sondern auch durch die Art und Weise wie der Staat darauf reagierte. So schrieb das Tagblatt zur Affäre Ravachol, es sei traurig, dass Staat und Gesellschaft im 19. Jahrhundert gegen soziale Leiden keine anderen Mittel kennen, als die alten Römer gegen ihre Sklaven und die mittelalterlichen Raubritter gegen ihre leibeigenen Bauern gekannt und angewendet hätten, anstatt dass sie versuchen würden, die Probleme an der Wurzel zu lösen.²⁰

Ähnlich äusserte es sich acht Jahre später zum italienischen Anarchismus:

«Der italienische Anarchismus ... muss scharf bekämpft werden, aber nicht mit Massregeln, die ... selbst grausam sind, sondern mit tiefgreifenden Reformen, welche die Armut und Unwissenheit weiter Kreise der italienischen Bevölkerung, den Mangel einer gesicherten Existenz mehr und mehr mindern».²¹

Genau so wie beim Anarchismus sah es die Ursache des Verbrechens in den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen der Zeit. So druckte es einmal einen Vortrag des Berliner Strafrechtslehrers v. Liszt ab. Dieser Artikel trug den bezeichnenden Titel «Das Verbrechen als Produkt der gesellschaftlichen Verhältnisse».²²

Kurze Zeit später schrieb es selber:

«Sie zeigen aber deutlich, dass gewisse Verhältnisse sozialer und wirtschaftlicher Natur eine grosse Kategorie von Menschen zum Verbrechen geradezu züchten ... Nicht nur die einzelnen, die sich gegen das Strafgesetz vergangen haben, sondern auch unsere wirtschaftlichen Zustände gehören auf die Anklagebank, da sie der Nährboden und Untergrund des Verbrechens sind.»²³

Wie bereits gezeigt, sahen die Demokraten in der Lösung der sozialen Frage eine der wichtigsten, wenn nicht sogar die wichtigste Aufgabe ihrer Politik. Die Erscheinungen, die nach ihrer Meinung dieses Problem erst sichtbar machten, waren für sie die Folgen von Ungerechtigkeiten und Missständen in Wirtschaft,

19 TT 18.3.1892 und TT 3.6.1897.

20 TT 5.4.1892.

21 TT 7.8.1900.

22 TT 16.1.1903; zu Liszt: Franz v. L. war ein Vetter des Komponisten, * 1851, + 1919, seit 1899 Prof. für Straf- und Völkerrecht in Berlin. Er war der Begründer der deutschen soziologischen Strafrechtsschule. An Stelle der Vergeltungsstrafe fordert er eine auf Erziehung und Sicherung ausgerichtete Strafe.

23 TT 28.8.1903

Gesellschaft und Politik. Bis zu einem gewissen Punkt waren für sie diese Probleme symptomatisch für das «kapitalistische» Wirtschaftssystem. In der Analyse der sozialen Frage sind sie also in vielen Punkten sozialistischen oder marxistischen Ideen gefolgt. Mit ihren Ideen zur Lösung der sozialen Frage sind sie aber wieder ziemlich deutlich vom Marxismus und damaligen Sozialismus abgerückt. Das Tagblatt schrieb in seinem bereits einmal zitierten Artikel «Zur sozialen Frage» dazu:

«... Sie verlangen für ihre Arbeit einen Lohn im Verhältnis zum Werte derselben, verlangen überhaupt für sich und ihre Familien eine menschenwürdige Existenz.

Diejenigen Staaten und Behörden, welche diesem gerechten Verlangen der arbeitenden Klasse mit Gewalt entgegengetreten wollten, müssten mit Recht der Kurzsichtigkeit bezichtigt werden. Verbesserung des Loses der arbeitenden Bevölkerung ist das einzige Mittel zur Verhinderung einer sozialen Revolution. Jeder wahrhafte Menschenfreund hat daher das im letzten Jahr vom deutschen Reichstag angenommene Invaliden- und Altersversorgungs-Gesetz, welches das Wohl der arbeitenden Klasse befördern soll, mit Freuden begrüsst ...

Wie viel soziales Elend könnte vermieden werden durch Gründung einer obligatorischen schweizerischen Invaliden- und Altersversorgungsanstalt, in welcher jeder Arbeiter und Arbeitgeber je 2 Prozent des vereinbarten Arbeitslohnes beizutragen hätten.»²⁴

Die Lösung der sozialen Frage war für das Tagblatt also eine fast «klassische» Staatsaufgabe. Noch deutlicher kommt dies in den Ideen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zum Ausdruck:

«Alle aufschiebbaren öffentlichen Arbeiten des Staates und der Gemeinden dürfen nicht in Zeiten guten Geschäftsganges ausgeführt werden, sie müssen als Lückenbüsser in die Perioden industriellen Arbeitsmangels geschoben werden.

... Der heutige Zustand jedenfalls, der die Machthaber in Staat und Gemeinden völlig unvorbereitet findet, bei dem die Hilfsaktion sich im Wesentlichen im Brotherverteilen und anderem Bettel erschöpft, dieser Zustand, der jetzt an mehreren Orten offenbar geworden ist, ist ein Stück Barbarei und Kopflosigkeit, dessen Ausrottung doch wahrlich den Fortbestand der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung nicht gefährden würde.»²⁵

Sozialreformen müssen bekanntlich auch bezahlt werden. Das Tagblatt vertrat sicher die Ansicht, dass im Prinzip jeder seinen finanziellen Beitrag leisten sollte. Der allergrösste Teil der Mittel wollte es aber bei jenen Kreisen beschaf-

24 TT 18.8.1889; siehe oben Anm. 15.

25 TT 18.3.1892.

fen, die nach seiner Meinung zu den »Kapitalisten« gehörten. Besonders den Versicherungen gegenüber hegten die Demokraten Verstaatlichungsgelüste. So schrieb das Tagblatt:

«Sind diese Zahlen nicht geeignet, dem Schweizervolk die Augen zu öffnen und ihm zu zeigen, wo Barthli nicht nur den Most, sondern auch den Wein holen könnte.»²⁶

Das Ziel der Demokraten waren also Reformen. Sie waren überzeugt, dass im «demokratischen» Staat diese Reformen mit Hilfe der Volksrechte auf friedlichem Weg durchgesetzt werden könnten. Überspitzt formuliert könnte man sagen: Die Analyse der Demokraten zur sozialen Frage war sozialistisch, ihr Lösungsmodell hingegen «demokratisch», d.h. im Grunde bürgerlich.

Ein Artikel zum 1. Mai 1908 vermag diese These gut zu belegen. Vor allem im letzten Abschnitt dieses Artikels wird sehr deutlich auf den «demokratischen» Weg der Reform hingewiesen und der revolutionäre, obwohl er nicht erwähnt wird, abgelehnt. Darüber hinaus zeigt dieser Artikel, dass die Ideen der Demokraten über längere Zeit hinweg Bestand hatten. Die ersten Artikel zu diesen Problemen sind im Tagblatt schon vor der Gründung der Demokratischen Partei zu finden. In den folgenden Jahren haben sich die Demokraten und ihre Zeitung immer wieder dazu geäußert. Dabei war der Grundtenor immer derselbe. Die letzte grosse Auseinandersetzung dürfte das Begleitwort zum Parteiprogramm von 1917 sein. Nach dem Ersten Weltkrieg verflachte dann diese Diskussion und die Beiträge zu diesen Problemen wurden im Tagblatt immer seltener.

«Zum 1. Mai

Unser gegenwärtiges Wirtschaftssystem baut sich auf dem Privateigentum an Gütern auf, also auch an den zur Gütererzeugung unentbehrlichen: Den Produktionsmitteln, als Rohstoffen, Werkzeugen, Fabriken, Grundstücken. Der Gang der geschichtlichen Entwicklung hat es mit sich gebracht, dass die Erzeugung der Güter heute im grossen erfolgt, d.h. in der Weise, dass viele Arbeitskräfte unter einheitlicher Leitung sich je zu einem einheitlichen Werke vereinigen: Tausend und mehr Menschen zum Betriebe einer Maschinenfabrik, einer Spinnerei oder Weberei, einer Schifflistickerei. Dieselbe Entwicklung hat aber bewirkt, dass die vielen, die solcherart zusammenarbeiten, nicht alle gleiche rechtliche Beziehungen zu den Produktionsmitteln haben. Vielmehr sind die einen deren Eigentümer und dieses Eigentum an Produktionsmitteln befähigt sie zu Leitern der Produktion, denen auch die fertigen Produkte zufallen. Die anderen – der grosse Haufe – bleiben vom Eigentum an den Produktionsmitteln ausgeschlossen. Sie sind genötigt, um leben zu können, den Besitzern der Produktionsmittel ihre Arbeitskraft, ihr einziges

²⁶ TT 15.8.1900; nach diesem Artikel soll es im Geschäftsjahr 1898 Versicherungen gegeben haben, die bis zu 32 % Dividenden auszahlten.

Besitztum, gegen Entgelt zur Verfügung zu stellen. Die Abhängigkeit der Arbeiter ist zwar nicht mehr eine rechtliche wie zur Zeit der Sklaverei, aber darum eine nicht minder vollständige. Sie äussert sich darin, dass der Arbeiter angewiesen ist auf Anstellung durch den Unternehmer – man muss leben auf der Erde – sie äussert sich in der bedingungslosen Unterwerfung unter das Kommando des Unternehmers innerhalb des Betriebes und nimmt oft mittelalterliche Formen an, wenn der Fabrikherr sich als «Patriarch» «seinen» Leuten gegenüber fühlt und sie auch in ihrem Privatleben zu leiten und zu bestimmen sucht. Sie greift hinüber ins Gebiet der politischen Rechte, wenn der Unternehmer das bundesverfassungsmässig garantierte Vereinsrecht zu schmälern sucht, wenn er Arbeiter wegen ihrer politischen oder gewerkschaftlichen Tätigkeit aufs Pflaster wirft.

Aus der modernen Produktionsweise heraus ist die soziale Bewegung unserer Zeit entstanden, das Emanzipationsbestreben der Arbeiterschaft. Der Kontrast, den der Arbeiter beobachtet zwischen seiner häufig gebückten Lage und dem Reichtum, in dem viele Angehörige der Unternehmerklasse schwelgen, die Ungewissheit seiner Existenzmöglichkeit, die Tatsache, dass er von heute auf morgen nicht weiss, ob er seinen Lebensunterhalt sich noch verdienen wird, – in den Vereinigten Staaten sind zurzeit über vier Millionen arbeitslos – veranlassen ihn zum Nachdenken. Und da enthüllt sich ihm dann ein Geheimnis, das recht eigentlich der Anlass zur modernen Bewegung der Lohnarbeiterklasse wird, das Geheimnis nämlich, dass diese Unsicherheit seiner Existenz nicht in natürlichen, unabänderlichen «gottgewollten» Verhältnissen begründet ist, sondern im Wesen des herrschenden Wirtschaftssystems. Damit ist der Angriffspunkt geschaffen, gegen den sich die soziale Bewegung mit Naturnotwendigkeit richten muss.

Die Arbeit in den modernen Grossbetrieben bewirkt, dass das einzelne Produkt nicht mehr das individuelle Erzeugnis des Arbeiters sondern Gesamterzeugnis aller ist. Der Schuster, der ein Paar Schuhe verfertigt, ist der Schöpfer dieses Werkes: der Arbeiter in einer modernen Schuhfabrik, der noch eine einzige Teilverrichtung in dem Gesamtprozess zuführen muss, hat diese persönliche Beziehung zu dem einzelnen Produkt verloren und mit ihr einen grossen Teil der Arbeitsfreudigkeit. Der Gütererzeugungsprozess ist schon heute tatsächlich im einzelnen ein gemeinsamer und deshalb ist für die Arbeiterschaft die Vorstellung einer gemeinsamen Organisation der Gesamtproduktion nichts Fremdes mehr.

Wer in dem grossen, weltgeschichtlichen Ereignis, das sich vor unseren Augen abspielt, nur das Werk von Agitatoren erblickt, muss mit Blindheit geschlagen sein. Die moderne soziale Bewegung will eine neue Gesellschaftsordnung herbeiführen, nicht von heute auf morgen, nicht durch Gewalt, sondern durch unablässige Arbeit und Aufklärung, durch Organisation.

Die organisierte Arbeiterschaft begeht in allen Kulturländern den 1. Mai als

ihren Feiertag, an dem sie für ihre Zukunftsideale Zeugnis ablegt. Das Wort Klassenkampf bedeutet noch heute für viele ein wahres Schreckenswort, weil sie dabei sich falsche Vorstellungen machen. Es bedeutet doch nur die Verfolgung der spezifischen Arbeiterinteressen im wirtschaftlichen, im gesellschaftlichen Leben und in der Politik und das ist doch das gute Recht der Arbeiter, denn auch alle anderen Bevölkerungsschichten tun ja ein Gleiches, müssen es auch tun. Nur darf verlangt werden, dass der Kampf, nach einem Spruche eines griechischen Weisen, der Vater aller, also auch der guten Dinge, mit anständigen Waffen geführt werde. In dem Gegner soll der Mensch geachtet werden. Das Wohl der Menschheit zu fördern, ist schliesslich der Zweck alles Kämpfens. Der Unverstand lacht über die Weltverbesserer, der Verständige sucht die soziale Bewegung zu verstehen und er achtet sie, weil durch sie immer grössere Massen zu einem Anteil an den reichen Gütern der Kultur gelangen.»²⁷

3.3.2 Die Lösung der sozialen Frage

3.3.2.1 Sozialpolitische Reformen oder Systemveränderung?

Als Erkenntnis aus dem vorausgehenden und als Ausgangspunkt für dieses Kapitel können wir folgendes festhalten:

- Symptome und Ursachen der sozialen Frage haben die Demokraten eher von einem «sozialistischen» Standpunkt aus betrachtet.
- Wie bereits gezeigt wurde und noch weiter nachzuweisen sein wird, haben die Demokraten das Schwergewicht auf die Symptombekämpfung gelegt; d.h. auf die Sozialpolitik. In diesem Punkt herrschte allem Anschein nach in der Partei ein weitgehender Konsensus der Meinungen.²⁸
- In der Frage der Ursachenbekämpfung ist das Bild etwas differenzierter. Neben sozialistischen Ideen (Verstaatlichungen, Staatsmonopole usw.) sind auch ganz gegenteilige Meinungen zu finden.
- Zur Lösung der sozialen Frage griffen also die Demokraten eher auf «bürgerliche» Ideen zurück, ohne sich aber ganz von sozialistischen Vorstellungen zu distanzieren.

Dieser Zwiespalt ist auch im Tagblatt selbst zu finden. In einem Artikel zum 1. Mai 1894 schrieb es:

«Die Arbeiter beschränken sich in ihren Forderungen auf Erreichbares, mit ihnen gehen Hand in Hand wir Demokraten – ... – die wir Anhänger einer entschiedenen Sozialreform sind und für die Arbeiterforderungen prinzi-

27 TT 30.4.1908; weitere Artikel des Tagblattes zum 1. Mai: TT 1.5.1898; 1.5.1899; 2.5.1903 und 3.5.1903, Bericht über die Rede von Hofmann in Romanshorn zum 1. Mai; 3.5.1905, Rede zum 1. Mai von Vögelin in Weinfelden; 1.5.1906 und 3.5.1906, Rede zum 1. Mai von Vögelin in Weinfelden; 30.4.1907; alle diese Artikel entsprechen in der Tendenz demjenigen von 1908.

28 Vgl. dazu die sozialpolitischen Postulate in den Parteiprogrammen.

piell eintreten, so weit sich dieselben mit der gegenwärtigen Staatsordnung, die auf der Privatwirtschaft beruht, vertragen.»²⁹

Diese Aussage scheint eindeutig und endgültig zu sein: Sozialreform durch Sozialpolitik ja – «sozialistisches» Wirtschaftssystem nein. Allerdings sind hier Einschränkungen anzubringen. Dem Verfasser ging es sicher nur um das Prinzip der freien Wirtschaft, die sich bekanntlich auf vielfältigste Art und Weise ausgestalten lässt, sonst wäre die immer wieder auftauchende Kritik der Demokraten und des Tagblattes an dieser Wirtschaftsordnung nicht zu erklären. Zur Beweisführung könnte beispielsweise ein Artikel zur Gewerbefreiheit beigezogen werden. Die Gewerbefreiheit ist ja geradezu eines der Dogmen dieser Wirtschaftsordnung. Dort meinte das Tagblatt, diese sei ebenso schlecht wie früher der Zunftzwang; es sei wichtig, aber schwierig, die «richtige Mitte» zu finden.³⁰ Im Gegensatz zum oben zitierten Artikel³¹ kommt in einem anderen mit dem Titel «Staatssozialismus», dann eher eine linke Strömung zum Zuge:

«Der Staatssozialismus hat gegenwärtig namentlich von der Westschweiz aus viele Angriffe zu erleiden. Man will nicht, dass der Staat mit starker Hand den Schwachen stütze, er soll die Dinge gehen lassen, denn wir leben ja in der besten der Welten, wo es allen gut geht, welche arbeiten, während nur diejenigen zu nichts kommen, welche nichts tun! Steht es so in Wirklichkeit? Oh nein. Das Kapital ist des Einkommens gewiss, ohne zu arbeiten, es verfügt auch über die Produktionsmittel, kurz, es regiert die Welt. Dabei befinden sich die oberen Schichten der Gesellschaft wohl, die untern dagegen verfallen zusehends immer mehr der Armut. Es ist daher Pflicht eines jeden, der es mit dem Volke ehrlich meint, mitzuhelfen an dem grossen Werke der Befreiung des Volkes aus den Klauen des Kapitalismus und ein Mittel dazu ist der Staatssozialismus, der der Gesamtheit die Mittel an die Hand gibt, in den wirtschaftlichen Kampf zu Gunsten der ökonomisch Schwachen einzugreifen. Mit bitterer Ironie zählt die «Zürcher Post» die «Sünden» auf («Sünden» natürlich in den Augen der Leute vom heiligen Manchester), welche der Staatssozialismus, von den Welschen étatisme geheissen, in unserem Lande begangen hat. Hier sind sie:

... Alle diese Sünden des Staatssozialismus sollen durch eine grosse Flut, die von Westen herkommt, weggespült werden, damit der Verderbnis dieses Geschlechtes ein Ende bereitet sei. Nichts wird sich aus der Flut retten können, als die Arche Numa, welche die einzig Gerechten enthält. Diese findet zuletzt Land auf dem Ararat des Kapitalismus und von da aus wird sich ein glücklicheres Menschengeschlecht ausbreiten.»³²

29 TT 2.5.1894.

30 TT 26.8.1896.

31 Siehe oben Anm. 29.

32 TT 15.7.1896.

Noch deutlicher wurde das Tagblatt jeweils dann, wenn es sich für die Verstaatlichung der Versicherungen einsetzte:

«Wir Demokraten wissen aber, warum wir für staatliche Versicherungen eintreten, weil uns das Volksinteresse am Herzen liegt. Wenn sich die Herren für ihre Privilegien aus Leibeskräften wehren, so ist uns das ein Grund mehr, alle Hebel in Bewegung zu setzen, dass dem Kapitalismus ein Ausbeutungsobjekt nach dem andern entrissen wird.»³³

Neben diesem »sozialistischen« Einfluss kann man aber im gleichen Artikel auch einen christlichen entdecken:

«Der Satz ‹Im Schweisse deines Angesichts sollst du dein Brot essen›, ist heutzutage für viele ein überwundener Standpunkt. Die Couponsabschneider geraten kaum in Schweiss bei dieser ‹Arbeit›.»³⁴

Eine ähnliche «Liebe» brachte das Tagblatt den Banken entgegen, denen es mehr als einmal vorwarf, am sozialen Elend mitschuldig zu sein. So schrieb es schon im Jahre 1889 über die Banken:

«Unsere oberste Bundesbehörde wurde von achtbaren Eidgenossen schon längst auf die heillose Banknotenwirtschaft aufmerksam gemacht, welche in unserm Vaterlande zu Gunsten der Geldaristokratie betrieben wird. Sonderbar, dass, während dem Bunde das Monopol der Münzprägung allein zusteht, der Nationalrath ruhig zusehen mag, wenn die Geldbarone durch unbefugte Herausgabe von wertlosem Papier (Banknoten) das guthmütige Schweizervolk ökonomisch ausbeuten und schröpfen dürfen.»³⁵

Aber auch in diesem Artikel ist der oben erwähnte Zwiespalt zu entdecken. Denn weiter unten wurde dann mehr nach sozialpolitischen Massnahmen als nach Verstaatlichung gerufen und der Artikel mit dem Hinweis auf legale Reformwege beendet:

«Wenn, wie jeder ruhig denkende Bürger zugeben muss, unsere sozialen Zustände sich von Tag zu Tag verschlimmern, so liegt es in der Aufgabe aller Menschenfreunde, auf Mittel und Wege zu denken, um aus diesen unerquicklichen Zuständen auf friedlichem, legalem Wege herauszukommen.»³⁶

Alle diese Artikel stammen aus der frühesten Zeit der Demokratischen Partei. Später haben die Demokraten dann mehr Gewicht auf die Idee der Sozialreform gelegt, ganz verschwunden sind gewisse sozialistische Ideen aber nie. Noch 1905 konnte das Tagblatt einen Artikel publizieren, der ziemlich offen

33 TT 19.4.1898.

34 a.a.O.

35 TT 6.7.1889.

36 a.a.O.

und eindeutig auf den sozialistischen Standpunkt Bezug nahm. Allerdings stammte dieser Artikel von einem Korrespondenten:

«... weil die jetzige kapitalistische Produktionsweise auf ein Gesetz sich gründet, das eine Mindestentlohnung der Arbeiterschaft und grösstmögliche physische und geistige Ausnutzung der menschlichen Arbeitskräfte verlangt, selbst auf Kosten der Volksgesundheit und Volkskraft. Ehe wir nicht dazu kommen, unsere Wirtschaftsordnung zu sanieren, d.h. ehe nicht die Gesellschaft die Produktionsmittel in ihre Hände bekommt und sich Produktion zur Konsumation regeln lässt, ehe nicht diese Hetze nach Gewinn und Überproduktion sich durch einen stabilen Arbeits- und Warenmarkt überflüssig machen lässt, ist die Zeit für eine direkte Aktion nicht erfüllt, die Bedingungen für den Achtsturentag nicht gegeben. Nichts lässt sich überspringen. Geschieht es trotzdem, so tritt immer wieder, eben mit Naturnotwendigkeit die Reaktion ein. Eine jede grosse Errungenschaft entstammt der gesetzmässigen Entwicklung und diese verlangt Zeit. Und namentlich verlangt Zeit das Werk der Sozialreform.»³⁷

Zusammenfassend:

- Die Demokraten als Partei glaubten an die Möglichkeit, die soziale Frage durch Sozialreformen, d.h. sozialpolitische Massnahmen (AHV, Krankenkassen, Arbeitslosenversicherungen, Arbeitsbeschaffung usw.), lösen zu können. Zur Durchsetzung dieser Reform kam für sie nur der «demokratische» Weg in Frage (Volksrechte usw.). Darüber hinaus traten sie für die Verstaatlichung ganz bestimmter Wirtschaftszweige ein (Bahnen, Versicherungen, Hypothekarbanken, Energieversorgung, Banknoten- und Zündhölzchenmonopol).³⁸
- Daneben gab es in der Partei aber auch Kreise, die weitergehenden Massnahmen nicht abhold waren. Diese kamen vor allem in der Frühzeit der Demokratischen Partei zu Wort. Später dürften sich diese der Sozialdemokratischen Partei angeschlossen haben.

In diesem Sinne hat sich die Demokratische Partei als einzig wahre Fortschrittspartei verstanden. Den einzig wirklichen Gegner auf diesem Gebiet der

37 TT 5.9.1905.

38 Vgl. dazu:

Banknotenmonopol:	TT 26.8.1890 und 22.1.1897;
Zündholzmonopol:	TT 14./15.1.1892 und, TT 25./26.9.1895;
Bahnen:	TT 3./4./5./6.12.1891, 13./15.7.1896 und 19.1.1898;
Versicherungen:	TT 6.7.1889 und 19.4.1898;
Banken:	TT 1.8.1905;
Hypothekar- kreditbanken:	TT 10./11.4.1894;
Energieversorgung:	TT 19.3.1892, 26.10.1904 und 10.6.1906;
Getreidemonopol:	TT 30.8.1889 und 2.4.1925.

Politik sahen sie in der Freisinnigen Partei. So behaupteten sie in der Propaganda zu den Nationalratswahlen 1922, die Freisinnigen hätten dreissig Jahre lang gross über Sozialwerke gesprochen, täten dies immer noch und würden trotzdem nie etwas tun. Mit den Worten –

«Wir aber wollen jetzt nicht Steine, sondern Brot; wir wollen Taten und nicht bloss Worte.»³⁹

– riefen sie die Wähler auf, demokratisch zu wählen. Die Sozialdemokraten waren ihnen in der Zwischenzeit aus anderen Gründen suspekt geworden.⁴⁰

Logischerweise ist Sozialpolitik immer eine direkte Antwort auf anstehende Sozialprobleme. Diese Feststellung trifft auch auf die Sozialpolitik der Demokraten zu. Daneben sind in ihren Verlautbarungen und Argumentationen immer wieder gewisse moralische Aspekte, Hoffnungen auf ein harmonisches und ideales Zusammenleben der Menschen und christliche Ideale zu finden. Obwohl solche Aspekte und Ideen sachlich schwer erfassbar sind, kann man sie in vielen der bis anhin zitierten Texten entdecken. Natürlich geht es dabei mehr um ein gefühlsmässiges Erahnen als um ein rationales Erfassen von Ideen. Trotzdem können gerade solche Aspekte eine gute Einsicht in die Gedankenwelt der Demokraten vermitteln. Dazu zeigen solche Gedanken, dass für die Demokraten schlussendlich der Mensch und seine Würde im Mittelpunkt all ihrer Bestrebungen stand und nicht irgend ein Ideal, das um seiner selbst willen vertreten wurde. Die fragwürdigen moralischen Zustände jener Zeit (Prostitution, Alkoholismus usw.) waren für sie in erster Linie Folgen der sozialen Missstände. Besonders die Arbeitslosigkeit war ihrer Meinung nach eine der Hauptursachen dieser moralischen Zerfallerscheinungen. Das Tagblatt meinte dazu, angemessene Arbeit und Entlohnung und Arbeitspflicht für alle Arbeitsfähigen sei der beste Schutz der Moral.⁴¹

Die Vorstellungen der Demokraten von einem harmonischen und idealen Zusammenleben lassen sich selbstverständlich, nur um ein Beispiel zu nennen, nicht mit Campanellas «Sonnenstaat» vergleichen. Ihr ganz kleines und bescheidenes «Utopia» hatten sie aber auch.

«In einem demokratischen Staat darf niemand Mangel leiden, der bestrebt ist, sich und die Seinen durch redliche Arbeit zu ernähren. Das soziale Gewissen muss im kommenden Jahrhundert noch weiter geschärft werden, denn noch viel bleibt zu tun übrig, dass die Heimat für alle ihre Kinder zur wahren Heimat wird. Alle die Bestrebungen zum Ausgleich der klaffenden sozialen Gegensätze werden wir auch im kommenden Jahre, getreu unsern Prinzipien kräftig unterstützen.»⁴²

39 TT 26.10.1922.

40 a.a.O.

41 TT 27.5.1900.

42 TT 3.1.1900.

«Dem Siegeslauf der Industrie, der zur Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft geführt, hat der Staat Einhalt thun müssen. Im Interesse der Volkskraft und Volkswohlfahrt hat er die Sozialgesetzgebung – Fabrikgesetz, Arbeiterschutzgesetze – geschaffen. Aber die Schweiz marschiert nicht mehr an der Spitze der Nationen, andere haben ihr den Vorrang abgelaufen. Die Begleiterscheinung der Konzentration des Kapitals ist die Massenarmut. Dem Kapital gegenüber hat sich die Arbeiterschaft organisiert. Ihre Führer haben Eingang gefunden in die Parlamente und Behörden, ihre Interessen werden verfochten von den Lehrstühlen der Universitäten und den Kanzeln der christlichen Kirchen herab. Was wollen die Arbeiter? Eine neue Welt ohne Kampf und Streit, ohne Elend und Kummer, eine Welt voll Friede, Freiheit, Gerechtigkeit und Brüderlichkeit. Wir lassen uns trotz Krieg und Kriegsgeschrei, trotz allem Jammer und Elend der Gegenwart den Glauben an eine schönere Zeit nicht rauben. Diese wird kommen einem Geschlechte, das des Lebens erstes Ziel erblickt in Selbstverleugnung und edler Pflichterfüllung. Wenn wir diese Zeit nicht mehr erleben, so helfen wir sie doch vorbereiten.

«Wir weihen, was wir schmieden.
Der Freiheit und dem Frieden,
Nicht droben erst, hienieden,
soll jeder glücklich sein.»⁴³

Natürlich geht in diesem Zusammenhang bereits das Erwähnen der Namen «Campanella» und «Thomas Morus» zu weit. Die Zitate selber zeigen aber doch, dass es den Demokraten um mehr als nur um die Lösung von Sozialproblemen ging. Es scheint ja überhaupt eine menschliche Eigenschaft zu sein, ebenso gern vom diesseitigen wie vom jenseitigen Paradies zu träumen. Der Predigtstil im zweiten Zitat ist übrigens leicht zu erklären. Es stammt nämlich aus einer Weihnachtsrede, die Emil Hofmann in Wigoltingen vor der Schuhmachergewerkschaft hielt. Von Hause aus war dieser ja Pfarrer. (Da er als Nationalrat nicht mehr als Seelsorger amtieren durfte, nannte das Tagblatt diese Predigt «Festrede an einer Christbaumfeier.»)

3.3.2.2 Sozialpolitische Ideen und Aktivitäten

Für welche sozialpolitischen Ideen setzten sich nun die Demokraten im einzelnen ein? In den Parteiprogrammen ist ein ganzer Katalog von Forderungen zu finden. Bei der Behandlung der Parteiprogramme wurde schon einiges dazu gesagt. Deshalb wollen wir uns hier auf einige wenige Forderungen beschränken, welche die Demokraten in den Programmen, in der Presse und bei anderer Gelegenheit immer wieder erhoben haben.

⁴³ TT 1.1.1901.

Schon vor der Gründung der Demokratischen Partei hatte sich das Tagblatt für verschiedene Kranken- und Unfallversicherungsprojekte eingesetzt. So schrieb es 1889, als in einigen Kantonen über die Einführung von öffentlichen Krankenkassen gesprochen wurde:

«Könnte nicht auch im Thurgau Ähnliches angestrebt werden? Gibt es nicht Fälle, wo ein armer Hausvater, dem an seiner Ehre und an seiner ökonomischen Selbständigkeit gelegen ist, vor einer Krankheit in seiner Familie zittern muss ...»⁴⁴

Ähnlich liess sich das Tagblatt zu Bestrebungen vernehmen, die Ende der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts darauf abzielten, ein eidgenössisches Kranken- und Unfallversicherungsgesetz einzuführen.⁴⁵

«Dass aber ein schweizerisches Unfallgesetz mit guter Grundlage und billiger Verrechnung besonders derjenigen Klasse zu gute kommen muss, welche sich durch ihrer Hände Arbeit oft noch kümmerlich durchbringt und bei der oft ein Unfall die ganze Existenz einer Familie ruiniert, ist klar. Und dabei ist diese Unterstützung kein Almosen, sondern bildet eine rechtmässige Forderung. Besonders da, wo der Tod dasjenige der Familienmitglieder seinen Angehörigen entreisst, das ... die Familie zu ernähren berufen war, oder ... wo eine bleibende Erwerbsunfähigkeit den Ernährer der Familie unproduktiv machen sollte, und Beiträge aus solchen Anstalten so notwendig, so wohlthuend wären, dass man eine solche Institution mit Freuden begrüssen darf.»⁴⁶

Die Demokratische Partei hat diese Tradition nach 1891 vollumfänglich weitergeführt. So wurde etwa 1893 das «Volksbegehren für unentgeltliche Krankenpflege» begrüsst und der Initiativtext publiziert.⁴⁷ (Diese Initiative gelangte allerdings nie zur Abstimmung.)

Für das «eidgenössische Gesetz betreffend die Kranken- und Unfallversicherung mit Einschluss der Militärversicherung»⁴⁸ haben die Demokraten und das Tagblatt im wahrsten Sinne des Wortes die Propagandatrommel geschlagen; allerdings vergeblich, da das Gesetz deutlich verworfen wurde.⁴⁹

Fast eigenartig berührt die Stellungnahme der Demokraten zum «Gesetz betreffend die unentgeltliche Leichenbestattung», das vom Thurgauer Volke in

44 TT 17.2.1889.

45 Diese Bestrebungen führten zu BV 34 bis (Unfall- und Krankenversicherung), angenommen in der Volksabstimmung vom 26.10.1890, siehe dazu: AS II 737; BB1 1889 IV 825; 1890 I 42, II 955 f., III 644/646/648, IV 1127.

46 TT 24.2.1889.

47 TT 17.12.1893.

48 TT 20./21.4.1900 und 3./5./9./11./12./13./16./17./18./19./20.5.1900; Kommentar zum Abstimmungsergebnis: TT 22.5.1900.

49 TT 22.5.1900.

der Abstimmung vom 9. April 1899 angenommen wurde. Im Zusammenhang mit Wirtschafts- und Sozialpolitik scheint ein Gesetz über die Leichenbestattung eine Kuriosität zu sein. Wir sehen aber gerade hier, dass für die Demokraten eben vieles zur Sozialpolitik gehörte.

«Zu denjenigen sozialpolitischen Massnahmen, welche zur finanziellen Entlastung der ökonomisch Schwachen dienen, gehört die Unentgeltlichkeit der Beerdigung.»⁵⁰

«Der moderne Staat soll die Solidarität aller seiner Glieder auch dadurch zum Ausdruck bringen, dass er jedermann, ob arm oder reich, der Sorge für eine gesicherte pietätvolle Bestattung enthebt ...

Die Annahme des Gesetzes betreffend unentgeltliche Leichenbestattung bedeutet einen kräftigen Schritt vorwärts auf dem Wege einer gesunden Sozialreform.»⁵¹

Alle diese sozialpolitischen Forderungen wurden von unseren Parteien früher oder später in dieser oder jener Form aufgegriffen und vertreten. Die Demokraten haben sich aber schon sehr früh und mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln sozialpolitisch engagiert. Neben diesen Forderungen, die mindestens später wenig umstritten waren, haben die Demokraten auch einige Ideen vertreten, die mehr Brisanz enthielten. Deshalb dürften sie diese auch immer nur so im Vorbeigehen erwähnt haben. So setzte sich etwa das Tagblatt schon sehr früh für die obligatorische Einführung des Achtstundentages ein. Diese Forderung begründete es damit, dass der Achtstundentag die Gesundheit der Arbeiter, die Moral (Familienschutz, Arbeiterbildung, bessere Erziehung der Kinder usw.) und die Volkswirtschaft (höhere Produktivität bei verkürzter Arbeitszeit) fördere.⁵² Ebenso war es für Beteiligung der Arbeiter am Unternehmensgewinn, da dies deren Interesse am Unternehmen und an der Gesamtwirtschaft wecke und erst noch die Kaufkraft der Arbeiterschaft vergrössere, was letzten Endes wieder der Wirtschaft zugute komme. Zu grosse Illusionen machte es sich allerdings über die Realisierbarkeit dieser Forderung.

«Die Manchestermänner würden zwar über einen solchen Eingriff in Privatverhältnisse ein grosses Lamento erheben, doch über Irrlehren dieser Sorte Wirtschaftspolitiker ist die moderne Zeit längst weggeschritten.»⁵³

Die Frage, wie weit hier die Meinung der Gesamtpartei vertreten wurde, kann nicht unbedingt beantwortet werden. Es wäre natürlich möglich, dass sich die Demokraten aus Gründen der Taktik und Opportunität in diesen Fragen etwas zurückgehalten haben. Unter Berücksichtigung des bis anhin bearbeitete-

50 TT 10.4.1899.

51 TT 5.4.1899.

52 TT 2.6.1896.

53 TT 10.3.1906.

ten Materials wäre diese Möglichkeit nicht auszuschliessen. Es gibt nämlich auch aus späterer Zeit Hinweise in diese Richtung. So hat das Tagblatt Jahre später unter dem Titel «Soziale Demokratie» einen Artikel publiziert, in dem die Demokratisierung der Wirtschaft verlangt wurde. Anlass zu diesem Artikel war die sich damals in Arbeit befindende Revision des Fabrikgesetzes.

«Das Vertrauen kann nur wieder hergestellt werden durch die Demokratisierung der Wirtschaft. Die Arbeiter müssen bei der Festsetzung der Arbeitszeit und der Löhne mehr als bisher angehört werden. Sie müssen mehr als bisher über den Gang und die Notwendigkeit der Betriebe unterrichtet werden, dass sie selber urteilen können, ob die Opfer, die sie bringen im Interesse des Unternehmens und damit im eigenen Interesse seien, oder ob sie nur dem Unternehmer erhöhte Gewinne bringen. Wir wissen wohl, dass der Demokratisierung im Wirtschaftsleben sehr grosse Schwierigkeiten im Wege stehen. Hier kann nur Schritt um Schritt vorwärts gegangen werden, wenn man nicht das Wirtschaftsleben gefährden will. Aber so gross diese Schwierigkeiten auch sind, dürfen wir nicht vergessen, dass nur die Demokratisierung die Lösung der sozialen Frage bringen kann ...

... Wirtschaftliche Demokratie oder fortgesetzt soziale Kämpfe ist die Lösung. Wir haben gewählt! Die Demokratisierung der Wirtschaft kommt nicht nur dem Arbeitnehmer zu gute, sondern auch den Arbeitgebern. Das wirtschaftliche Leben wird in ruhigere Bahnen geleitet und nicht immer durch Streik lahmgelegt werden. Nicht im Interesse einer Klasse, sondern im Interesse des sozialen Friedens, verlangen wir demokratische Rechte auch im wirtschaftlichen Leben. Der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes würde es förderlich sein.»⁵⁴

Heute ist diese Forderung unter dem Namen Mitbestimmung bekannt. Wenn man sich vergegenwärtigt, wie diese Forderung bis heute die Gemüter erregt, so kann man sich vorstellen, dass sie damals wahrscheinlich für ziemlich extremistisch gehalten wurde.

Fassen wir noch einmal zusammen:

- Die Demokraten vertraten eine entschiedene Sozialpolitik.
- Soweit wir bis jetzt gesehen haben, waren sie im Prinzip keine Systemveränderer. In bestimmten Bereichen der Wirtschaft waren sie aber auch tiefgreifenden Reformen und Veränderungen nicht abgeneigt.

3.3.3 Marxismus, Sozialismus, Kommunismus

Am Ende des letzten Kapitels ist die Frage offen geblieben, wie weit die Demokraten Systemveränderer waren. Wie stellten sie sich nun zu einer Bewegung, deren Ziel damals noch eindeutig die totale Systemveränderung war. Bis zur Gründung der Sowjetunion konnten sie sich mit allen auf Marx zurückge-

⁵⁴ TT 30.6.1922.

henden Ideologien nur theoretisch auseinandersetzen. Noch weniger als die marxistischen, sozialistischen und kommunistischen Theoretiker und Führer konnten sie wissen, wie nach einer diesen Theorien entsprechenden Veränderung Staat und Gesellschaft aussehen würden. (Selbst Lenin kam ja nicht mit einem fertigen Patentrezept in der Tasche an die Macht). Dies änderte sich, als sich zu Beginn der zwanziger Jahre in der Sowjetunion der Kommunismus endgültig durchgesetzt hatte. Wie wir aber bereits bei der Behandlung des Phänomens «Diktatur»⁵⁵ gesehen haben, beschäftigten sich die Demokraten mehr mit dem äusseren Erscheinungsbild der Diktatur, als mit der kommunistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Dies hängt vielleicht damit zusammen, dass sie eine der wichtigsten Grundlagen jeder marxistischen Ideologie nie oder nur im bescheidensten Ausmasse übernommen hatten. Trotz aller Entlehnung und geistiger Verwandtschaft war für sie die ökonomische Struktur (Produktionsverhältnisse, Klassenkampf usw.) nie das einzige oder wichtigste treibende Element der Entwicklung. Der «demokratische»⁵⁶ Staat und die «demokratische» Gesellschaft waren für sie nicht Folge, sondern Ursache und Ausgangspunkt von Veränderungen im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich. Überspitzt und in Umkehrung marxistischer Theorie könnte man sagen, der Staat war für sie kein Phänomen des Überbaus sondern des Unterbaus. Überspitzt ist dieses Urteil, weil sich die Demokraten in Wirklichkeit weder zur einen noch zur anderen Seite so leicht und so genau abgrenzen lassen. Heute glauben wir, ziemlich genaue Vorstellungen zu haben, was ein Kommunist oder ein Sozialist ist. Beides sind irgendwie Marxisten. Während aber der erste dogmatisch einem revolutionären Weg folgt, der bis heute immer in die Diktatur geführt hat, sucht der Sozialist jeglicher Observanz den Weg der Reformen. So gesehen müsste man den ehemaligen Demokraten mit dem heutigen Sozialdemokraten vergleichen und würde wahrscheinlich viele Gemeinsamkeiten finden. Für die Demokraten stellte sich das Problem nicht so einfach. Damals waren noch in den meisten Ländern Kommunisten und Sozialisten in der gleichen Partei. Die revolutionäre und revisionistische Strömung war also unter dem gleichen Dach vereint. Dieses «Janusgesicht» der damaligen sozialistischen Bewegung hat auch das Tagblatt erkannt. So schrieb es zum Stuttgarter Parteitag der SPD von 1898:

«Die sozialdemokratische Partei hat lange Zeit traumhaften Idealen nachgejagt und den Philister mit der revolutionären Phrase erschreckt und darüber vielfach die praktische Politik vergessen. Die Partei muss nun die Erfahrung machen, dass auch für sie das Gesetz der Entwicklung besteht. Führende Geister innerhalb der Partei haben die Grundlagen der marxistischen Theorie einer scharfen Kritik unterzogen. So hat der in London lebende

55 Vgl. dazu oben 3.1.4.

56 Vgl. dazu oben 0.2 und 3.2; «Demokratisch» in dem dort dargelegten Verständnis der Demokraten.

Bernstein in der wissenschaftlichen Revue der Sozialdemokratie eine Artikelserie veröffentlicht, worin er ausführt, er könne nicht glauben, dass die bürgerliche Gesellschaft schon vor ihrem Zusammenbruch stehe.

... Das Vernünftigste, was die Sozialdemokratie tun kann, ist, wenn sie das Erreichbare zum Ziele setzt und praktisch mitarbeitet an der Lösung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben unserer Zeit, denn bei dem fortwährenden Verweisen auf einen in nebelhafter Ferne liegenden Zukunftsstaat schaut doch nichts heraus.»⁵⁷

Die Sympathien der Demokraten lagen natürlich bei den Revisionisten. Ihr Interesse an diesen Auseinandersetzungen in der sozialistischen Bewegung war auch nicht nur «akademischer» oder «theoretischer» Art, weil sie in einer revisionistischen Sozialdemokratie einen zukünftigen Kampfgefährten sahen.⁵⁸

Obwohl das Tagblatt in diesem besonderen Fall die innere Problematik der sozialistischen Bewegung genau erkannt hatte, machten sonst Tagblatt und Demokraten, wenn sie von Sozialisten sprachen, ein ziemliches Durcheinander. Einmal werden diese mit Lob bedacht, dann wieder getadelt und verurteilt, und man muss dann schon sehr genau hinschauen, um herauszufinden, ob jetzt gerade «gute» Sozialisten, Kommunisten oder sogar Anarchisten gemeint sind. Eines ist aber sicher, wenn sie den Sozialismus angriffen, dann verurteilten sie immer revolutionäre Strömungen dieser Bewegung.

«Es gibt leider eine Partei, die unter einem kleinen Teil der Arbeiter Fuss gefasst hat, die nur zerstören will. Aus den Trümmern, aus dem Chaos soll dann eine neue Welt voll Glanz und Schönheit hervorgehen. Durch ein Meer von Thränen und von Blut ginge es hindurch in dieses gelobte Land. Doch die Vernünftigen lockt ein Ziel, das auf solche barbarische Weise errungen werden müsste, nicht. Es hätte zweifelhaften Wert und vor allem kein Bestand. Nicht zum Zerstören sind wir Menschen da, sondern zum friedlichen Aufbauen, das sieht der Grossteil der Arbeiterschaft denn auch ein und die schärfsten Gegner der Anarchisten finden sich in den Reihen der organisierten Arbeiter. Der Fortschritt gründet sich darauf, dass der Mensch die Naturkräfte in immer höherer Masse in seinen Dienst zu stellen versteht und dass er auch in geistiger Beziehung auf eine Warte zu stehen kommt.»⁵⁹

Ähnlich antworteten sie auf die Frage, warum die Demokraten nicht Sozialdemokraten werden könnten:

«Die Sozialdemokraten ... haben dem Rufe Folge geleistet, der lehrt, dass das wirtschaftliche Leben sich immer mehr industrialisiere, so dass zuletzt

57 TT 9.10.1898.

58 TT 9.10.1898; ähnliche Ideen in einem Kommentar zum Dresdner Parteitag der SPD von 1903 in TT 27.9.1903.

59 TT 18.4.1901.

jedes Volk nur mehr aus zwei Klassen bestehen werde: aus den Millionen mittelloser Lohnarbeiter und der an Zahl verhältnismässig ganz geringen Klasse der Kapitalisten. Dem gegenüber neigt aber die neuere wissenschaftliche Forschung wieder mehr dem Standpunkt zu, dass es auch in Zukunft immer einen Mittelstand geben werde und müsse. Der individuelle Freiheitsdrang im Menschen lässt Ungezählte vorziehen, selbst bei geringerem Verdienst irgend einen selbständigen Beruf auszuüben. Dann gibt es im Leben der Gesellschaft eine sehr grosse Anzahl von Beschäftigungen und Produktionszweigen, die sich entweder nicht industrialisieren lassen, ohne dass sie, die Gesellschaft, daraus einen empfindlichen Schaden hätte, oder ihrer Natur nach nicht einmal industrialisiert werden können. Auf diesen zwei Grundgedanken basieren nun die Theorien der bürgerlichen und der sozialistischen Weltanschauung, die wir hier nicht weiter ausspinnen wollen, aber dazu offen erklären, der ersten zu huldigen.

Als Voraussetzung einer starken sozialistischen Entwicklung ist somit die Industrialisierung eines Landes oder Gebietes erforderlich. Und das ist der praktische Grund, warum die Demokraten keine Sozialisten werden können. Gewiss hat sich die Industrie auch im Kanton Thurgau vermehrt. Die reinen Industriearbeiter zählen aber gar nicht nach vielen Tausenden ... Die demokratische Partei hat Anhänger in allen Bevölkerungsschichten, und ihr Gros, das sich vornehmlich aus kleineren Bauern, Arbeitern, Handwerkern, Gewerbetreibenden und Beamten rekrutiert, weist gar mancherlei verschiedene Interessen auf, die alle gegenüber den Übergriffen der wirtschaftlich Grossen, Mächtigen und Rücksichtslosen gewahrt und verteidigt werden müssen. Vor allem aber taugt die Waffe, die die Sozialdemokratie zur blossen Verteidigung der Interessen der Nur-Lohnarbeiter sich ausgebildet, der grundsätzliche Klassenkampf, nicht für so gemischte Verhältnisse, wie sie bei uns anzutreffen sind. Wo mannigfaltige Interessen täglich und stündlich ineinander greifen, müssen die Klassengegensätze im Gegenteil auszugleichen versucht werden. An Stelle des Klassenkampfes muss der Entspannung der Gegensätze und der Klassenverständigung das Wort geredet werden. Darum können wir keine Sozialdemokraten werden!»⁶⁰

Auch dieser Artikel verurteilt die revolutionäre oder klassenkämpferische Tendenz deutlich. Man muss allerdings beachten, dass diese Verurteilung u.a. mit den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zuständen im Thurgau und in der Schweiz begründet wurde; d.h. dass sich die Demokraten Zustände vorstellen konnten, die den revolutionären oder klassenkämpferischen Weg verlangen würden.

Wie stellten sich nun die Demokraten zu Marx. Wir haben gesehen, dass die Stellungnahme der Demokraten zu marxistischen oder sozialistischen Ideen keiner geraden Linie folgten. Bei vielen ihrer eigenen Ideen, die wir bis jetzt

⁶⁰ TT 27.10.1911; Artikel zu den Nationalratswahlen 1911.

kennen gelernt haben, kann aber ein marxistischer Einfluss nicht geleugnet werden. Natürlich sind dies keine marxistischen Ideen; ganz spurlos ist aber der Marxismus an diesen nicht vorbeigegangen. Dabei dürfte diese Tatsache den meisten Demokraten kaum bewusst gewesen sein. Der Name «Marx» oder die Begriffe «Marxismus», «Diktatur des Proletariats» usw. sind nämlich bis zum Ende des Ersten Weltkrieges im Tagblatt nur höchst selten zu finden. Vögelin, dem Redaktor des Tagblattes, waren aber die Werke von Marx bekannt.

«Marx war einer der grössten Denker aller Zeiten. Ihm verdankt die Nationalökonomie die wertvollsten Anregungen.»⁶¹

Soweit mir bekannt ist, dürfte dies aber auch so ziemlich der einzige Artikel sein, in dem etwas über Marx selbst steht.

Die Entstehung der sozialistischen Bewegung war für das Tagblatt eine Folge des industriellen Zeitalters und der sozialen Missstände jener Epoche.

«... dass die Maschinensklaverei und die Sucht nach Gelderwerb der Grossen die Sozialdemokratie grossgezogen haben.»⁶²

Das Tagblatt war überzeugt, dass die sozialistische Bewegung keine vorübergehende Erscheinung war. Dazu glaubte es, dass diese als Reformpartei eine grosse Zukunft haben würde.⁶³

Wie sah nun das Tagblatt das Verhältnis der «Demokratischen» Bewegung zur sozialistischen? Wo glaubte es das Trennende, wo das Gemeinsame zu erkennen. Vergegenwärtigen wir uns noch einmal den Artikel zu den Nationalratswahlen 1911, in dem das Tagblatt zu erklären versuchte, warum die Demokraten keine Sozialdemokraten sein könnten. Dort hatte es die Notwendigkeit des Klassenkampfes und die Existenz von nur zwei Klassen bestritten. Die Demokraten sind ja überhaupt immer davon ausgegangen, dass es einen Mittelstand gebe und immer geben werde. Da die Demokraten nie nur Arbeiterpartei sein wollten, sondern einfach eine Partei der «kleinen Leute», mussten sie natürlich auch von dieser Warte aus den Klassenkampf ablehnen. Ein Jahr später ist die Diskussion um dieses Problem im Tagblatt wieder entflammt:

«... so fragt dann der Mann: «Wo gehört ihr Demokraten hin?» Und da lautet unsere Antwort ebenso bestimmt und klar, wie wir sie auch vor den Nationalratswahlen gegeben haben:

Weder bei den einen noch bei den anderen, weder bei den alles Kapitalisierendenwollenden, noch bei den die ganze Welt Verstaatlichenwollenden! Und die Weltgeschichte gibt uns recht: Weder auf dem Gebiete der Religion, noch des Denkens (der Philosophie) hat sich je irgend ein System, eine unbeschränkte, dauernde Machtstellung und Vorherrschaft erringen können.

61 TT 10.1.1908.

62 TT 14.12.1889; ähnliche Ideen in: TT 5.3.1897 und TT 13.5.1898.

63 TT 16.1.1900; siehe dazu auch oben Anm. 58 und Anm. 60.

Und je mehr sie mit allen Mitteln danach gestrebt haben, desto rascher erfolgte nur ihr Sturz. Wie wäre das gleiche also denkbar im wirtschaftlichen Leben, wo die Gegensätze und die Reibungen sich viel fühlbarer manifestieren und der Einzelne hinwiederum am besten Gelegenheit hat, seine eigenen Fähigkeiten zu erproben? Die Entwicklung des heutigen Staates zeigt auch schon sehr deutlich, dass die beste Verteilung und die für das Volksganze beste Steigerung des Arbeitsertrages dort zu erreichen ist, wo Verstaatlichung und Genossenschaft auf der einen und Privatbetrieb auf der anderen Seite ökonomisch-zweckmässig ineinandergreifen und sich gegenseitig ergänzen. ... Mit den Sozialdemokraten haben sie, soweit diese die Sozialreform im Gegenwartsstaate in den Vordergrund stellen ein Ziel.»⁶⁴

Was wir schon vorher gesehen oder vermutet haben, findet in diesem Artikel seine Bestätigung. In der Analyse der sozialen Zustände der Zeit, in den Forderungen nach Sozialreformen und in der Idee gewisse Wirtschaftszweige zu verstaatlichen hatten die Demokraten mit den Sozialdemokraten vieles gemeinsam. Einig waren sie sich mit den revisionistischen Strömungen auch über den Weg, der nach ihrer Ansicht nur der »demokratische« sein konnte und für den sie sich in ihrer politischen Arbeit einsetzten.⁶⁵ Den revolutionären Weg verurteilten sie, weil er die von ihnen hochgehaltenen demokratischen Institutionen verleugnen muss und immer in die Diktatur führt.

Wie beurteilten nun die Demokraten eine mögliche »sozialistische Wirtschaftsordnung«? Wir müssen davon ausgehen, dass für sie ein solches Modell einfach totale Verstaatlichung bedeutete. Viel mehr konnten sie sich darunter nicht vorstellen. Im allgemeinen haben sie dieses Modell genauso entschieden abgelehnt wie das damalige kapitalistische Wirtschaftssystem. Beide waren ihrer Meinung nach zu extrem. Aus beiden sollten aber die positiven Elemente übernommen werden. Dies bedeutete einerseits Verstaatlichung aller für das gesamte Volk und die Volkswirtschaft lebenswichtiger Wirtschaftszweige (Verkehrswesen, Energieversorgung, Hypothekarkreditwesen, Banknotenemission, Versicherungen, Getreidehandel usw.) und andererseits unter Kontrolle des Staates (Sozialpolitik) Privatwirtschaft und Einzelinitiative in allen übrigen Gebieten der Wirtschaft. Im privatwirtschaftlichen Bereich sollte vor allem das genossenschaftliche Prinzip zum Zuge kommen (Einkaufs-, Produktions-, Vertriebs- und Konsumgenossenschaften).⁶⁶

Alles in allem war aber das Verhältnis der Demokraten zu jeder möglichen Wirtschaftsordnung eigentlich immer zweideutig. Ein frühes Beispiel dieser Unentschlossenheit und Zweideutigkeit ist ihre Stellungnahme zur Initiative

64 TT 18.3.1912; Artikel mit ähnlichen Tendenzen: TT 13.4.1912 und 22.3.1919.

65 Siehe dazu oben 3.2.2.

66 Zur Bedeutung des Genossenschaftswesens siehe unten 3.3.5.

«Recht auf Arbeit».⁶⁷ An und für sich lehnten sie die Initiative ab und empfahlen ihren Anhängern diese zu verwerfen.⁶⁸ Immerhin billigten sie der Initiative einen «guten Kern» zu.⁶⁹ Interessant sind aber die Argumente, mit denen sie ihre Ablehnung begründeten:

«Daneben ist der Artikel ein Dekorationsstück, denn zu behaupten, die Forderungen des Rechtes auf ausreichend lohnende Arbeit sei im heutigen Staat im Ernst durchzuführen, ist offenbar Widersinn. Im Sozialistenstaat aber wäre das Recht auf Arbeit gar nicht nöthig, denn es würde sich von Selbst verstehen.

In That und Wahrheit verlangen die Initianten nicht bloss das Recht auf Arbeit, sondern das Recht auf Verschaffung von Arbeitsgelegenheit. Pflicht des Staates wäre es nach Annahme des Verfassungsartikels, dem arbeitslos gewordenen Schweizerbürger von Staates wegen für Arbeit zu sorgen. Der Staat müsste also Herr über alle Arbeitsmittel werden, es müsste eine totale Umwälzung unserer heutigen Wirtschaftsordnung Platz greifen, oder das Recht auf Arbeit, worunter nicht das Recht zu arbeiten gemeint ist, würde ein leeres Wort ohne praktischen Inhalt bleiben.

..., jedenfalls ist dieses Postulat auf Grundlage der gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gar nicht ausführbar.

... Das Initiativbegehren, wenn es auch verworfen wird, war nicht nutzlos, der gute Kern, der in demselben steckt, wird von der rauen sozialistischen Schale losgehüllt werden.

... Es ist gewiss richtig, man braucht kein Sozialdemokrat zu sein, um der Initiative sympathisch gegenüber zu stehen. Bundespräsident Frey hat sich s.Z. öffentlich für das Recht auf Arbeit ausgesprochen und auch die Initiative unterschrieben. Er sagte u.A.: «Es besteht ein Recht auf Arbeit, wie es ein Recht gibt zu leben und zu athmen, und eine Gesellschaftsorganisation irgend einer Art, welche dieses Recht nicht anerkennt, muss an dem Widerspruch auf die Dauer zu Grunde gehen.» Wir gehören auch nicht zu denen, welche sagen, weil die Initiative von sozialdemokratischer Seite komme, müsse sie unter allen Umständen bekämpft werden. Es heisst auch in Bezug auf dieses Initiativbegehren: Prüfet Alles und das Gute behaltet. Aber so natürlich und selbstverständlich das Recht auf ausreichend lohnende Arbeit an und für sich ist, so wäre doch der betreffende Verfassungsartikel nichts mehr als eine schöne Phrase, so lange nicht die Verstaatlichung sämtlicher Arbeitsgelegenheiten, insbesondere der Industrie, durchgeführt ist. Mit der

67 Diese Initiative wurde in der Volksabstimmung vom 3.6.1894 verworfen; siehe dazu: BBl 1893 IV 369, 1894 II 354, 356 und 358, III 89.

68 TT 1./2.6.1894.

69 a.a.O., Ausgabe vom 2.6.

Annahme dieses Volksbegehrens würden wir diesem Sozialstaat zusteuern.»⁷⁰

Vom demokratischen Standpunkt aus war also diese Initiative im damaligen Staat nicht durchführbar; d.h. zuerst hätten Veränderungen in «sozialistischem» Sinne stattfinden müssen. Gegen Ende des Artikels ist dazu zu lesen, das Schweizervolk wünsche dies nicht. «Expressis verbis» steht aber im ganzen Artikel nirgends, die Demokraten seien dagegen. Das heisst natürlich nicht, dass sie dafür waren. Es illustriert aber ihr gebrochenes Verhältnis zu diesem Problem.

Fassen wir zusammen:

- Das Verhältnis der Demokraten zum Sozialismus war weder ablehnend noch zustimmend. Bestimmte Ideen, Forderungen und Ziele haben sie übernommen, zur Kenntnis genommen oder verworfen.
- Revolutionären Strömungen (kommunistischen oder anarchistischen) waren sie ausgesprochen feindlich gesinnt.
- Revisionistischen und sozialreformerischen Tendenzen brachten sie ebenso eindeutig Sympathien entgegen.
- Ihre Aussagen zum Ziel des Sozialismus (sozialistische Wirtschaftsordnung) waren meistens unklar oder widersprüchlich. Das könnte darauf zurückzuführen sein, dass sie sich in dieser Frage mit theoretischen Modellen und nicht mit der Realität auseinandersetzen mussten. Möglich wäre aber auch, dass für sie die Frage der Wirtschaftsordnung gar nicht die Bedeutung hatte, die wir ihr heute beimessen. Wie wir im Kapitel über den «Staat»⁷¹ gesehen haben, hatten die Demokraten nur ganz wenige politisch-ideologische Glaubenssätze (Volksrechte wie Initiative und Referendum, Volkssouveränität, Proporz, Volkswahlen). Sonst gab es für sie keine «endgültigen» Wahrheiten und Erkenntnisse, weil sie die Ansicht vertraten, jede Zeit habe ihre neuen grossen Probleme, die ihrerseits immer neue Lösungsformen verlangen würden. Deshalb sollten alle wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Gegebenheiten immer revidierbar sein. So gesehen ist nur die Erhaltung der «demokratischen» Institutionen wichtig, da nur diese den ständigen Wandel ermöglichen. Die Frage nach dem richtigen Wirtschaftssystem ist dann weitgehend irrelevant, da auch dieses revidierbar sein muss.

3.3.4 Die Demokraten und das «kapitalistische» Wirtschaftssystem

Das Urteil der Demokraten zum Sozialismus als politischer Bewegung wie als Ideologie fiel also sehr differenziert aus. Radikalen Tendenzen standen sie immer ablehnend, gar feindlich gegenüber. Neben radikalen Tendenzen gab es in der «Sozialdemokratie» natürlich immer auch gemässigtere Strömungen,

⁷⁰ a.a.O.

⁷¹ Siehe dazu oben 3.2.

denen sich die Demokraten nie verschlossen. Dies waren aber immer Auseinandersetzungen mit Ideen oder Theorien und nie mit «real existierenden» Wirtschafts- und Gesellschaftsmodellen.

Im Gegensatz dazu war für sie die Auseinandersetzung mit einem «kapitalistischen» System Teil ihres Alltags. Verbal führten sie diese Auseinandersetzung oft äusserst radikal. Dies lässt sich nur schon an einigen wenigen Beispielen zeigen:

«Hier liegt der Kardinalfehler unserer heutigen Produktionsorganisation, weil die beiden Produktionsfaktoren – Fabrikant und Arbeiter – dergestalt verschieden dastehen, dass wohl dem erstern, nicht aber dem letztern, möglich ist Ersatz für die verbrauchten Produktionskräfte zu finden.»⁷²

«Der Kapitalismus ist der gemeinsame Feind der Mittel- und Arbeiterklasse. Beide haben also auch ein gemeinsames Interesse an dessen Bekämpfung. Wenn man das nur überall einsehen würde.»⁷³

«Der grosse Feind – ... – ist heutzutage der Kapitalismus.»⁷⁴

«Weitere Schlüsse zu ziehen aus diesen Zahlen wollen wir den Lesern überlassen und ihnen die Frage zur Erdauerung anheimstellen, ob es nicht im höchsten Interesse der Allgemeinheit wäre, wenigstens auf dem Gebiete der Versicherung der Dividendenwirtschaft durch Errichtung staatlicher Institute ein Ende zu bereiten.»⁷⁵

«Man braucht sich darüber nicht zu ängstigen, wenn die Zinsverhältnisse der Landwirthe andere werden. Mach man sich's doch z.B. nur klar, welche Summe von Sittlichkeit darin liegt, wenn einer den anderen mit seinem Gelde nicht mehr tributpflichtig machen kann.»⁷⁶

Das tönt alles ziemlich radikal und tönte wohl für zeitgenössische Ohren⁷⁷ noch radikaler; den eigentlichen Kern einer bürgerlichen und liberalen Wirtschaftsordnung (Privateigentum, Gewinnstreben usw.) stellten damit aber auch die Demokraten nicht in Frage. Ihre Kritik richtete sich in Wirklichkeit nur gegen Auswüchse. Wo diese Kritik weiter ging, d.h. wo die Demokraten nach dem Staat riefen (Hypothekar-, Versicherungs-, Energie- und Verkehrswesen), herrschten oft besondere Verhältnisse, galten Grundsätze einer «kapitalistischen» Ordnung, wie Konkurrenz oder Angebot und Nachfrage, kaum oder gar nicht mehr. Dazu kommt, dass sie mit diesen Forderungen durchaus im Trend der Zeit lagen.⁷⁸

72 TT 8.3.1905.

73 TT 8.3.1902.

74 TT 10.3.1910.

75 TT 14.5.1903.

76 TT 5.5.1892.

77 Siehe oben 1.8.

78 Man denke hier etwa an den Rückkauf der Bahnen oder die Gründung von Kantonalbanken in der Schweiz oder an die Einrichtung der ersten Sozialversicherungen im Deutschen Reich.

Ziel der demokratischen Kritik war also nicht ein revolutionär umgestaltetes, sondern ein sozialer gestaltetes Wirtschaftsleben; mit heutigen Begriffen: eine soziale Marktwirtschaft.

3.3.5 Die Demokraten und das Genossenschaftswesen

Seit den Zeiten der «Redlichen Pioniere von Rochedale» hat das Genossenschaftswesen eine grosse Entwicklung durchgemacht. Ausgangspunkt der ganzen Bewegung waren Konsumgenossenschaften, wenn auch die geistigen Väter (Saint-Simon, Fourier, Proudhon, Owen) zuerst an Produktionsgenossenschaften gedacht haben. Im Laufe der Zeit hat sich das Genossenschaftswesen in vielen Wirtschaftsbereichen durchgesetzt und bis heute gehalten (z.B. Coop als Konsumgenossenschaft, Maschinengenossenschaften der Landwirte, VOLG als Einkaufs-, Vertriebs- und Konsumgenossenschaft der Landwirtschaft, Genossenschaftliche Zentralbank, Kibbuzim in Israel als Produktionsgenossenschaften.) Mit Ausnahme der anarchosyndikalistischen und marxistisch-leninistischen Richtung liegt die Eigenart des Genossenschaftswesens darin, dass es in Wirklichkeit das Privateigentum und das privatwirtschaftliche Prinzip nicht in Frage stellt. Wohl ist in einer Produktionsgenossenschaft das Privateigentum des einzelnen Unternehmers abgeschafft. An seine Stelle tritt aber nicht die Gesamtgesellschaft (also kein gesellschaftliches Eigentum im marxistischen Sinne). Besitzer sind die an der Produktion beteiligten Arbeiter aller Stufen. Für Aussenstehende bleibt eine solche Produktionsgenossenschaft trotzdem Privateigentum. Im Grunde genommen beruhen heute bei uns sämtliche Genossenschaften auf diesem Prinzip. Deshalb können die Genossenschaften in den «westlichen» Ländern auch nicht mit denen der «östlichen» verglichen werden.

Wir sehen, trotz der «sozialistischen» Herkunft steht das Genossenschaftswesen unserem Wirtschaftssystem näher als der Wirtschaftsordnung in Osteuropa. Es widerspricht unserem Wirtschaftssystem nicht, es kann sogar ein integraler Bestandteil dieses Systems werden. In Ländern mit einer gesellschaftlichen Eigentumsordnung marxistisch-leninistischen Zuschnitts ist es aber ein Fremdkörper.

Was bedeutete nun für die Demokraten das Genossenschaftswesen?

Entgegen allen Erwartungen beschäftigten sie sich recht selten mit diesem Problem. Erstaunlich ist diese Feststellung, weil sie in den wenigen Äusserungen zum Genossenschaftswesen diesem eine grosse Bedeutung beimassen.

1914 schrieb das Tagblatt in einem Artikel, das Genossenschaftswesen sei die Übertragung der «demokratischen» Ideen und Prinzipien auf das volkswirtschaftliche Leben.⁷⁹ Schon 1889 hatte es die Arbeiter aufgerufen, Verkaufsgenossenschaften zu gründen, um ihre soziale und wirtschaftliche Situation zu verbessern:

⁷⁹ TT 8.1.1914.

⁸⁰ TT 5.9.1889.

«Ein erster Weg wäre, wenn der Arbeiter sich einigermaßen zum Kaufmann aufschwingen würde, wenn Arbeitervereinigungen die Errichtung von Verkaufsmagazinen behufs Detailverkauf an die Hand nehmen würden.»⁸⁰

Drei Jahre später beurteilt es die Genossenschaftsidee in einem Artikel über eine Schuhmacherproduktionsgenossenschaft folgendermassen:

«Wir halten dafür, dass diese Genossenschaften auf gesunder Grundlage ruhen und einen der Wege darstellen, auf denen die allmälige Befreiung der Arbeit gefördert werden kann.»⁸¹

Ähnlich nahm es zur «Birseck'schen Produktions- und Konsumgenossenschaft» Stellung.⁸²

Aber auch die Zukunft von Handwerk, Gewerbe und Landwirtschaft lag für das Tagblatt in der genossenschaftlichen Organisation von Einkauf, Verarbeitung und Vertrieb.⁸³

Abgesehen vom Parteiprogramm von 1891⁸⁴ sind dies fast die einzigen Äusserungen zum Genossenschaftswesen. Mehr Aufschluss geben auch die übrigen nicht. Welche Schlussfolgerungen lassen sich daraus ziehen? Bei so wenigen Fakten muss man sehr vorsichtig sein. Es wäre geradezu fahrlässig, daraus ein «demokratisches» Wirtschaftsmodell auf genossenschaftlicher Basis konstruieren zu wollen, obwohl Ansatzpunkte dazu da sind. Unter Berücksichtigung dieser Voraussetzungen könnten folgende Schlüsse gezogen werden:

Das Genossenschaftswesen war für die Demokraten einerseits ein Mittel zur Überwindung des Kapitalismus, d.h. der Missstände im Kapitalismus. Andererseits wurden nach ihrer Ansicht Arbeiter, Bauern, Handwerker und Gewerbetreibende durch das gemeinschaftliche Wirtschaften in Genossenschaften in die Lage versetzt, selbst Nutzen aus den Möglichkeiten zu ziehen, die der Kapitalismus der Privatinitiative bietet (Privateigentum, Gewinn, Selbständigkeit, relative wirtschaftliche Unabhängigkeit).

3.3.6 Zusammenfassung

Ideen und Forderungen der Demokraten lassen sich auf keine ausformulierte Ideologie zurückführen, wie dies bei anderen politisch-ideologischen Bewegungen möglich ist. Die meisten ihrer Forderungen und Ideen waren Antworten auf Probleme, denen sie täglich begegnen konnten. Nach ihrer Meinung waren die meisten dieser Probleme Folgen von Auswüchsen, Missständen und Fehlentwicklungen des «kapitalistischen» Wirtschaftssystems. In dieser Hinsicht haben sie die freie Wirtschaftsordnung zweifellos verurteilt und abgelehnt. Sie haben sich aber nie für die Ablösung dieser Ordnung durch irgend ein

81 TT 19.5.1892.

82 TT 9.6.1899, 3.5.1904 und 24.7.1908.

83 TT 8.10.1902.

84 Siehe dazu oben 2.1, «Programm von 1891, 1.4.».

sozialistisches, marxistisches oder kommunistisches System eingesetzt. Sie glaubten vielmehr, durch geeignete sozialpolitische Massnahmen, Verstaatlichung von Teilbereichen der Wirtschaft (Kantonalbanken, Bahnen u.ä.m.) und Förderung der Genossenschaftsidee die erforderlichen Korrekturen vornehmen zu können. In Anlehnung an ein Schlagwort aus den späten 60er Jahren⁸⁵ könnte man sagen, dass ihnen ein «Kapitalismus mit menschlichem Gesicht» vorschwebte.

4 Ergebnisse und Ausblick

4.1 Ergebnisse

Ausgehend von den in der Einleitung zur Diskussion gestellten Problemkreisen halten wir folgendes fest:

1. Parteigeschichte im engeren Sinne
 - Eigentlich hat die Demokratische Partei des Kantons Thurgau keine «eigene» Geschichte; denn ihre Geschichte ist weitgehend die Geschichte einiger weniger führender Demokraten. Von diesem Gesichtspunkt aus stehen wir eher vor einer Honoratiorenpartei als vor einer modernen Massenpartei. Andererseits erinnert sie uns oft mehr an eine politische Bewegung (Landesring, Überfremdungsparteien, Atomgegner, Grüne) als an eine Partei.
 - Hintergrund ihrer Gründung ist neben anderem das Auseinanderfallen der freisinnigen Grossfamilie; Hintergrund ihres Unterganges der Aufstieg der Sozialdemokratie. Darin spiegelt sich auch die Ablösung des damals traditionellen politisch-ideologischen Gegensatzes: «Liberalismus vs. Konservatismus» durch den neuen «Bürgertum vs. Sozialismus, bzw. Sozialdemokratie». Deshalb ist es wohl kein Zufall, dass im Thurgau der Aufstieg der Demokratischen Partei mit der Gründung der Sozialdemokratischen Partei sein Ende findet (um 1905).
 - Wähler und Führer (der DP) sind vorwiegend in der «Provinz»¹ zu Hause oder wenigstens dort aufgewachsen, in ihrer grossen Mehrheit sind sie protestantisch² und stammen meist aus bescheidenen oder bescheidensten Verhältnissen. Ihre Führer üben oft typische Aufsteigerberufe aus (Lehrer, kleine Beamte bei Staat, Post und Eisenbahn, (kaufm.) Angestellte usw.) oder sind Kinder von Männern in Aufsteigerberufen. Zählen wir zu diesem Teil der Führungsgruppe noch Wirte, grössere Bauern, Lokalpolitiker und den einen oder anderen Handwerksmeister oder Kleinunternehmer unter den wichtigeren Demokraten hinzu, dann haben wir, mindestens in ihrer sozia-

85 Gemeint ist der Begriff «Sozialismus mit menschlichem Gesicht»; geprägt 1968 in der Tschechoslowakei während des Prager Frühlings.

1 D.h. nicht in Frauenfeld.

2 Dies ist ein «Erbstück» aus der freisinnigen Grossfamilie.